PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 26. Oktober 1976, fertiggestellt.

28. Oktober 1976 Jg. 4 Nr. 43 50 Pf.

Das Volk von Zimbabwe fordert die sofortige Übergabe der Macht

Während der Verhandlungen wird der Befreiungskrieg fortgesetzt

Diese Woche soll die Genfer Konferenz über Zimbabwe auf Grundlage des Kissinger-Plans beginnen. Der Kissinger-Plan ist ein Plan zur Zerschlagung des Volksbefreiungskrieges und zur Vorbereitung der imperialistischen Aggression gegen die Völker im südlichen Afrika. Aufrechterhaltung des kolonialen Staatsapparates, die Imperialisten als Garantiemächte, der Befreiungskampf soll eingestellt werden. Diesen Plan verfechten die Unterhändler der Imperialisten: der britische UNO-Delegierte Sir Richard und Ian Smith, der Kolonialist. Das Volk von Zimbabwe führt den bewaffneten Volkskrieg gegen das Kolonialregime Ian Smiths und gegen den Imperialismus, für die Befreiung von imperialistischer Knechtschaft und Ausbeutung.

Sein revolutionäres Prinzip ist: „Wir sind unsere eigenen Befreier." 6 Millionen Arbeiter, Bauern, die Jugend Zimbabwes wollen die Befreiung von Imperialismus und Kolonialismus durch Revolution. Wer soll sie davon abhalten? Robert Mugabe, der Generalsekretär der ZANU, der für die ZANU an der Genfer Konferenz teilnimmt, hat am Sonntag bei seiner Ankunft erklärt: „Zur gleichen Zeit, wie wir verhandeln, bleiben wir entschlossen, den Krieg fortzuführen, bis wir alle Macht in den Händen haben. Unsere Haltung zu dieser Konferenz ist allgemein bekannt. Wir wollen die Machtübergabe und die Unabhängigkeit. Zum Kissingerplan wurden wir nicht gefragt und er wird vollständig von uns und den ganzen Volksmassen Zimbabwes, die hinter uns stehen, abgelehnt." (Nach: ARD-Nachrichten, 24.10.76).

Die Genfer Konferenz ist ein Kampfplatz zwischen Konterrevolution und Revolution. Auf diesem Kampfplatz wird aber nicht die Entscheidung fallen. Das Volk von Zimbabwe setzt den Krieg fort. Befreiungskämpfer haben Polizisten des Siedlerregimes erschossen.

Der Kolonialherr Smith hat erklärt: „Es könne keine Rede davon sein, daß die Weißen die Kontrolle über die Sicherheitskräfte während der Amtszeit der Übergangsregierung aufgäben. In einem von ihm gezeichneten Artikel schreibt Smith wörtlich: ‚Gesetz und Ordnung in Rhodesien müssen und werden aufrechterhalten und unsere Sicherheitskräfte werden die Vernichtung der Terroristen fortsetzen, wo sie sie finden." (Neue Zürcher Zeitung, 19.10.) Dies Gesetz und Ordnung sind die Herrschaft einer kleinen bewaffneten Siedlerschicht, die vermittels des kolonialen Staatsapparates das Volk von Zimbabwe unterdrückt, damit die imperialistischen Monopole die Arbeiter ausbeuten und die Produkte ihrer Arbeit an sich reißen können. Die Anglo-American-Corporation of South Africa beherrscht in Zimbabwe die Kupferproduktion, die Phosphatproduktion, die von Zink und Zinn. Gold und Nickel werden von der Rio Tinto Co. ausgebeutet, einer Tochtergesellschaft der Anglo-American-Corporation (L'économiste du Tiers monde). Die imperialistischen Monopole sind von der Ausplünderung der Völker der Dritten Welt abhängig. Nach Angaben (Fortsetzung Seite 2)



In Italien entwickelt sich die Streikbewegung gegen das Ausplünderungs- und Unterdrückungsprogramm der Regierung Andreotti. Die revisionistische KPI unterstützt dieses Programm. Die Arbeiter bekämpfen es entschieden. Das Bild zeigt eine Blockade während des Generalstreiks in Turin. In der Nacht vom Montag auf Dienstag haben die Eisenbahner einen Generalstreik begonnen.

Die Volksmassen lassen sich nicht im Blitzkrieg besiegen!

Militärische Durchsetzung des Baubeginns für das Kernkraftwerk Brockdorf eingeleitet

Brockdorf (Schleswig-Holstein). In der Nacht von Montag auf Dienstag hat das schleswig-holsteinische Wirtschafts- und Sozialministerium der Nordwestdeutschen Kernkraftwerksunion die Teilgenehmigung für den Bau eines Kernkraftwerkes in Brockdorf erteilt. Am Dienstag in den frühen Morgenstunden rückten zwei Hundertschaften Polizei, Bundesgrenzschutz sowie der Werkschutz der Kernkraftwerksunion auf dem Bauplatz an, um ihn zu besetzen und den Beginn der Bauarbeiten gegen die Volksmassen durchzusetzen.

Der Bauplatz wurde von einem hohen Zaun umgeben, dahinter scharfer NATO-Draht ausgelegt, außerdem patroullieren Polizisten mit scharfen Schäferhunden auf dem Gelände und sichern die Zufahrtswege ab. Der Ausnahmezustand würde hier vorexerziert, erklärte der Kommentator des NDR am Dienstagabend. Am Vormittag hatte ein Reporter des Rundfunks jubiliert: „Eine Besetzung ist hier wie etwa in Wyhl auf keinen Fall möglich. Da ist die Landesregierung, da ist die Polizei, da ist der Grenzschutz eben schneller gewesen als die Demonstranten." Vor einer Woche noch hatte Matthöfer in der Fernsehsendung Panorama behauptet, Genehmigungen würden erst erteilt, wenn die Frage der Beseitigung des Atommülls geklärt sei. Mit diesem Bürgerkriegsmanöver hofft die Landesregierung, den Widerstand der Arbeiter und Bauern in der Wilster Marsch gegen den Bau des Kernkraftwerks zu ersticken und eine Entwicklung wie in Wyhl zu verhindern. Insgesamt zehn Kernkraftwerke will das Finanzkapital in der Unterelbregion errichten. Überall, wo der Bau von Kernkraftwerken vor bereitet werden soll, erhebt sich der Widerstand der Arbeiter und Bauern. Die schnelle Inbegriffnahme ihrer Bauvorhaben ist für die Kapitalisten von großer Bedeutung. Bis 1980 wollen sie 29,3 % ihrer Stromerzeugung in Kernkraftwerken betreiben lassen, bis 1990 56,6 %. Der Strom aus Kernkraftwerken soll den westdeutschen Kapitalisten größere Profite verschaffen und ihnen in der imperialistischen Konkurrenz Vorteile verschaffen. Der Widerstand der Volksmassen soll rasch gebrochen werden, um die Bauvorhaben in der geplanten Zeit durchziehen zu können.

Dies soll von der schleswig-holsteinischen Landesregierung in Brockdorf vorexerziert werden, die sogleich erklären ließ, sie hätte auf Druck der Bundesregierung gehandelt. Arbeiter und Bauern in der Wilster Marsch bekämpfen den Bau der Kernanlage und wollen ihn verhindern. Der Bau der Kernkraftwerke beschleunigt die Ruinierung der Bauern, die ein unvermeidliches Ergebnis der gesetzmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ist. Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist in Schleswig-Holstein von 1960/61 bis 1971/72 von 149 500 auf 83 500 gesunken. In der Wilster Marsch ist gegenwärtig die Vieh-Milchwirtschaft vorherrschend. Der Bau der Atomkraftwerke, die radioaktive Verseuchung der Milch würde die Viehwirtschaft ruinieren und zum Übergang auf Getreideanbau zwingen. Diesen würde von 5 Bauern einer überleben. Schon 1975 haben norddeutsche Bürgerinitiativen und „Lebensschutzverbände" erklärt: „Weil wir wissen, ... daß der Betrieb der Atomkraftwerke und der nachfolgenden Industrien die Qualität der Luft, des Wassers und des Bodens und damit die Existenzgrundlage der Landwirtschaft und des mit ihr verbundenen Gewerbes zerstört und die Betroffenen als billige Arbeitskräfte in die Fabrik gehen müssen. Deshalb haben wir beschlossen, den vorgesehenen Bauplatz für das Atomkraftwerk zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird."

Am Dienstag Abend haben sich Vertreter der Bürgerinitiativen Umweltschutz an der Unterelbe getroffen, um die weiteren Schritte des Kampfes zu beraten. Sie haben Vorschläge zurückgewiesen, sich jetzt vertrauensvoll an Gerichte zu wenden und beschlossen, am Samstag in Brockdorf am Bauplatz um 14 Uhr eine Kundgebung durchzuführen, für die in ganz Schleswig-Holstein und in Hamburg mobilisiert werden soll.

Krupp und der Schah

Der Iran hat 25,1 Prozent der Aktien des Krupp-Konzerns erworben. Das ist ein Milliardengeschäft. Für wen vor allem?

Für den Krupp-Konzern und für das westdeutsche Finanzkapital. Sie können jetzt über die Gelder verfügen, die das Schah-Regime durch den Ausverkauf der Reichtümer des Iran in die Hände bekommen hat. Der Krupp-Konzern kann seine Ausbeutungstätigkeit mit Hilfe der Milliarde aus dem Iran beträchtlich erweitern. Er kann sich im Iran breitmachen und durch Exporte weitere Milliarden holen.

Es wäre naiv, zu glauben, daß der Iran aus dem Geschäft irgendeinen Nutzen ziehen würde. Noch nicht einmal das herrschende Schah-Regime wird aus diesem Geschäft über die Dividenden hinaus, mit denen es an der Ausbeutung der Proletarier durch den Krupp-Konzern teilnimmt, großen Vorteil ziehen. Der Krupp-Konzern dagegen wird im Iran hausen können, als wär' Beitz der Kaiser.

Der Schah mag denken, daß er sich in den Krupp-Konzern eingekauft hat. Juristisch hat er recht. In Wahrheit hat sich der Krupp-Konzern zusammen mit der Milliarde im Schah einen nützlichen Agenten verschafft. Bis er von den Volksmassen des Iran gestürzt und die Filialen des Krupp-Konzerns enteignet werden.

Bei wem die Vorteile liegen, scheint der Wirtschaftsminister des Schah-Regimes zu ahnen: Der Iran, „das Land, dessen Wirtschaft sich weltweit am schnellsten entwickelt, bietet in seinem Industrialisierungsprogramm der Firma nahezu unbegrenzte Möglichkeiten". Möglichkeiten für Höchstprofite, versteht sich.

Obwohl der Iran ein Land mit großen natürlichen Reichtümern ist und das Schah-Regime diese Reichtümer in großem Umfang ausverkauft, wird er zur Finanzierung dieser Industrialisierungsprogramme direkt auf das imperialistische Finanzkapital angewiesen sein und hier wieder speziell auf die westdeutschen Großbanken. Kurz nachdem der Einkauf des Schah-Regimes dick in den westdeutschen Zeitungen bekanntgemacht wurde, schrieb das „Handelsblatt" klein in seinem Innenteil: „Im übrigen bleibt Iran in Zukunft wohl stärker auf Kapitalimporte angewiesen. Um möglichen Finanzierungsengpässen zu begegnen, wurden im Budget für das laufende Finanzjahr verschiedene Posten gekürzt."

Der „spektakuläre" Einkauf des Schah-Regimes in den Krupp-Konzern wird bloß die Abhängigkeit des Iran vom imperialistischen Kapital verstärken. „Im laufenden Jahr hat sich Iran im Ausland erneut verschuldet. Nach Schätzungen der Schweizerischen Bankgesellschaft dürfte für 1976 die öffentliche Hand im Ausland Kredite in Höhe von 2 Milliarden Dollar aufnehmen." Kein Wunder, daß sich Beitz und Friderichs die Hände gerieben haben. Allzuviel Zeit wird ihnen dazu nicht bleiben.

Das iranische Volk wird das Schah-Regime stürzen. Das westdeutsche Proletariat wird in der proletarischen Revolution zusammen mit dem Krupp-Konzern auch die 25 Prozent des Schah enteignen.

Zimbabwe

(Fortsetzung von Seite 1)

des US-Handelsministeriums sind die Profite im Süden Afrikas um 50 % bis 100 % höher als bei anderen Auslandsinvestitionen. Die imperialistischen Monopole geben ihre Herrschaft niemals freiwillig preis. Ihre Herrschaft muß zerschlagen werden.

Der BRD-Imperialismus ist an der Vorbereitung der imperialistischen Aggression aktiv beteiligt. Er drillt seine Armee. Die Soldaten berichten aus den Manövern, daß diese sich häufen und man bis auf die Knochen geschunden wird. Gegenwärtig findet, laut „Bundeswehr aktuell“, ein gemeinsames Manöver US-amerikanischer, westdeutscher und kanadischer Truppen unter dem Namen „Donau-Safari“ statt. Manövernamen haben immer einen Sinn, denn es handelt sich um militärische Demonstrationen. Geübt wird die Jagd auf die afrikanischen Völker. Sollten die Imperialisten das im Ernst versuchen, wird aus dem Jäger schnell der Gejagte werden.

Bundeskanzler Schmidt hat bei seinen Beratungen mit Kissinger nicht nur die Einmischung in Zimbabwe beraten. „Ich möchte hinzufügen, daß wir Deutsche ein wenig mehr an Namibia interessiert sind, weil dort etwa 25000 Leute deutscher Abstammung leben, mit denen wir natürlich besondere Verbindungen haben.“ Er möchte „vor allem unsere besonderen Interessen in Namibia betonen“ (Aus: Afrika-Review of German African Relations 6/76, einer englischsprachigen Propagandaschrift des BRD-Imperialismus). Die 25000 Deutsche sind die Nachkommen der Soldaten und Siedler, die vom deutschen Imperialismus nach Afrika geschickt wurden, um Kolonialbesitz gegen die Völker Afrikas zu erobern. Sie halten das Land noch heute besetzt und sind rassistische Ausbeuter und Unterdrücker. Schmidts „besondere Beziehungen“ sollen heißen, daß der BRD-Imperialismus Anspruch auf Namibia erhebt.

Im UNO-Sicherheitsrat haben der US-amerikanische, englische und französische Imperialismus einen Antrag Tansanias auf Waffenembargo (Einstellung von Waffenlieferungen) gegen das Vorsterregime durch ihr Veto verhindert. Begründet haben die Imperialisten dies damit, daß dies Embargo eine „Verhandlungslösung“ über Namibia verhindere (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.). Diese „Verhandlungslösung“ soll das namibische Volk nach wie vor unter der Fuchtel des Imperialismus halten. Den Zweck ihrer „Namibia-Konferenzen“ haben die Imperialisten somit klargemacht: die Imperialisten somit klargemacht: Zeit gewinnen, den reaktionären Krieg verstärken, aufrüsten. „Waffenstrom nach Südafrika“ lautet die Überschrift eines Artikels in der „Süddeutschen Zeitung“.

Die SWAPO, Befreiungsorganisation des namibischen Volkes, hat daraufhin erklärt, daß der Kampf für die Befreiung Namibias unvermindert fortgesetzt wird.

Erneut hat sich die sozialimperialistische Supermacht zu Wort gemeldet. Sie kritisiert den Kissinger-Plan und die Genfer Verhandlungen wegen der Absicht der USA, „imperialistische Kontrolle“ auszuüben. Als ob sie nicht dasselbe wollte. Diese Supermacht will sich selber zum Herrn über die Völker Afrikas aufschwingen. Angola hat sie bereits besatzt. Jetzt hat sie einen Knebelvertrag abgeschlossen. Den weißen Siedlern in Azania und Zimbabwe garantiert sie ausdrücklich „Minderheitenschutz“. Da kann der folgende Bericht nicht erstaunen: „Nach einem Bericht der Johannesburger Zeitung Rand Daily Mail stammen diese Waffen in nahezu 50 Prozent aus der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Die Waffen gelangen, wie das Blatt ermittelte, aus dem Ostblock über den Freihafen Hamburg nach Südafrika. Daneben beliefern auch Firmen aus der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Spanien, Brasilien und Finnland Südafrika.“ (Süddeutsche Zeitung, 23.10.) In der Prawda, dem Zentralorgan der revisionistischen KPdSU, heißt es, die westlichen Imperialisten wollten den Seeweg um Afrika v.a. aber die „weiten Territorien“ südlich des Wendekreises des Krebses unter Kontrolle halten. Sie empört sich, daß ihre Konkurrenten die „sowjetische Präsenz in diesen Gebieten, die minimal ist, angreifen. „Weite Gebiete“ und „minimale Präsenz“ – der Appetit der neuen Zaren ist groß.

Gemeinsames Interesse aller Imperialisten ist: Zerschlagung des Befreiungskampfes, Erhaltung Zimbabwes als Kolonie. Diesem Zweck dient die Genfer Konferenz, für diesen Zweck bereiten sie die Aggression vor. Das Interesse der Arbeiter und Bauern Zimbabwes ist diesem direkt entgegengesetzt: Befreiung von Ausbeutung, kolonialem und imperialistischem Joch. Deshalb kämpfen sie für die Zerschlagung des kolonialen Staatsapparates, die Niederlage des Siedler-Regimes und des Imperialismus im bewaffneten Volkskrieg. Es gab eine Zeit, wo das Volk von Zimbabwe hoffte, über Verhandlungen und Petitionen seine Lage zu ändern. Sie hat sich nicht geändert. 1964 hat die ZANU den Appell „Aufruf zu den Waffen“ an das Volk von Zimbabwe gerichtet. Seit diesem Jahr wird der bewaffnete Kampf geführt. 1966 haben die zimbabwischen Revolutionäre in der Schlacht von Sinoia den Siedlertruppen eine schwere Niederlage zugefügt. Die Ausweitung des Befreiungskampfes hat die Konterrevolution durch das erste Entspannungsmanöver bekämpft. Bereits damals wollte sie die Einstellung des bewaffneten Kampfes erreichen. Die ZANU hat aufgerufen, die Waffen nicht niederzulegen, sondern weiterzukämpfen. Daran ist dies Entspannungsmanöver gescheitert. Das Volk von Zimbabwe kämpft für die sofortige Machtübernahme. Dieses Ziel vertritt die Delegation der ZANU auf der Genfer Konferenz. Gleichzeitig führen die Massen in Zimbabwe unter Führung der ZANU den Befreiungskampf für dieses Ziel. Die Befreiung Zimbabwes ist nur durch bewaffnete Revolution möglich. Das lehren die Erfahrungen aller Revolutionen. Das Volk von Zimbabwe braucht die politische Macht. „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“

Unfallbericht des „Sicherheitsingenieurs“ bei Thyssen-Henschel:

„933 Belastungsfälle“

Im letzten Monat erschien eine Auswertung der schwersten Unfälle in den Jahren 1973 bis 1975 des „Sicherheitsingenieurs“. In dieser Untersuchung ging es im wesentlichen um die größten Unfälle, die nicht mehr durch den Berufsgenossenschaftsbeitrag abgedeckt sind. Für diese Unfälle müssen die Thyssen-Henschel-Kapitalisten allein für 1975 an die Berufsgenossenschaft noch einen „Zuschlag von 91700,52 DM“ zahlen. Das wurmt die Kapitalisten. Deshalb setzen sie ihren „Sicherheitsingenieur“ in Bewegung, um herauszufinden, wo diese „nicht unbeträchtliche Kostenbelastung“ herkommt. Sehen wir zu, was dieser herausfindet: Als erstes „analysiert“ er, daß die „insgesamt 933 Belastungsfälle eine durchschnittliche Kostenbelastung je Unfall von DM 418“ ergeben. Diese „933 Belastungsfälle“, wie dieser Kapitalistenknecht die Unfälle nennt, entwickelten sich wie folgt: 1973: 28, 1974: 212, 1975: 693 (zusammen 933).

Diese Zahlen widerspiegeln die Steigerung der Arbeitshetze und die Verlängerung des Arbeitstages für die Arbeiter bei Thyssen-Henschel.

Der Herr „Sicherheitsingenieur“ sieht das anders: In seiner nachfolgenden „Analyse“ der 54 Unfälle und Berufskrankheiten, „die Kosten über 1000 DM verursachten“, versucht er die These der sogenannten Selbstverschuldung an den Mann zu bringen. Unter der Rubrik „Ursache“ tauchen zwölfmal Begriffe wie „falsche Arbeitsweise“ und ähnliches auf.

Die einzig richtige Ursache gibt er bei der Schwerhörigkeit mit Lärm an, was er dann in genialer Weise als „Lärmschwerhörigkeit“ betitelt. Er führt insgesamt 16 solcher Fälle an, davon allein die Hälfte aus dem Lokbau. Dort herrscht in einer Halle ein Höllenlärm, weil dort die Rahmen mit großen Vorhämmern gerichtet werden. Ein Kranfahrer berichtete letztens: „Da oben bekommst du den ganzen Tag den Krach von 6 Hämmern mit. Jetzt muß ich wieder zum Gehörtest zum Werksarzt, wenn der Test schlecht ausfällt, was wahrscheinlich der Fall sein wird, werde ich wohl den Kranführerschein nicht mehr erneuert bekommen. Wenn die mir dann einen neuen Arbeitsplatz zuweisen, wird sicher der Lohn auch noch nach unten gehen.“

Relativ am billigsten kommt für die Thyssen-Henschel-Kapitalisten der Tod eines Arbeiters. Die „Kostenbelastung“ für den Tod eines türkischen Arbeiters in der Schmiede im Sommer letzten Jahres betrug für sie lediglich 4741,63 DM, während z.B. der Bruch des rechten Fußes in Folge „falschen Anschlagens von Schmiedeteilen“ dagegen schon 4196,96 DM kostete.

Aus diesen 54 „Belastungsfällen“ führt der Herr „Sicherheitsingenieur“ in einer Tabelle nochmal „die *uns* bisher angelasteten Kosten einiger markanter Unfälle“ namentlich auf. Daraus zieht er dann den folgenden Schluß: „Da zweifellos alle dort aufgeführten Unfälle bzw. Berufskrankheiten vermeidbar gewesen wären (den Verletzten wäre damit gesundheitlicher Schaden und dem Unternehmen eine nicht unbeträchtliche Kostenbelastung erspart geblieben), bitte ich erneut alle betrieblichen Führungskräfte, sich künftig noch stärker für die Vermeidung von Unfällen einzusetzen.“

Die ganze „Analyse“ dient also nicht dazu, die Ursachen der Unfälle zu benennen oder gar zu beheben, denn dazu bedarf es keines „Sicherheitsingenieurs“. Sie dient nur dazu, herauszufinden, welche Arbeiter seiner Meinung nach für die „Kostenbelastungen“ verantwortlich sind. – (b., Betriebszelle Thyssen-Henschel Kassel / Red.)



Die Massen können ihre Interessen durchsetzen. Als die Landesregierung von Baden-Württemberg im Frühjahr des letzten Jahres den Bauplatz für das Kernkraftwerk in Wyhl räumen, einzäunen und von der Polizei besetzen ließ, haben die Massen den Bauplatz zurückerobert. Jetzt hat die Regierung von Schleswig-Holstein den Bauplatz für das Kernkraftwerk in Brockdorf militärisch besetzen lassen. Die Wyhler haben den Brockdorfern sofort eine Solidaritätsadresse geschickt: „Wyhl ist überall. Wir sind betroffen, daß bei euch in Brockdorf unter Polizeieinsatz mit den bauvorbereitenden Maßnahmen begonnen worden ist. Wir fühlen uns mit euch verbunden. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Badisch-Elsässische Bürgerinitiative Freiburg.“ Auch die Bürgerinitiative ‚Kein Atommüllager in Geesthacht‘ hat eine Adresse geschickt: „In unserer Grundsatzerklärung haben wir ausdrücklich alle andern Umweltschutzinitiativen begrüßt und sprechen euch in dem weiteren Kampf gegen die Errichtung des Atomkraftwerks in Brockdorf unsere volle Solidarität aus. Bürgerinitiative ‚Kein Atommüllager in Geesthacht‘.“ Solidaritätsadressen an die Bürgerinitiative „Aktiver Umweltschutz an der Unterelbe“: Albert Reimers, 2211 Wewelsfleth Grosswisch, Tel.: 04 829 / 207

Dreister Annäherungsversuch

Als der Genosse Willfried Maier als Redakteur der KVZ durch das ZK entlassen worden war, hat die in Hamburg erscheinende Zeitschrift „Arbeiterkampf“ ein hohes Lied auf die Intelligenz des Genossen losgelassen. Auf diese Tour kommen auch andere. Offensichtlich ist es ein Prinzip des Verfassungsschutzes, sich an abgewählte oder entlassene Funktionäre heranzumachen. Als der Genosse Reichert letztes Jahr durch die Delegiertenkonferenz der früheren Ortsgruppe Mannheim (jetzt Bezirk Rhein-Neckar I) aus der Ortsleitung abgewählt worden war, mußte er auch ein paar Tage später die Verfassungsschützer rauswerfen, die ihn auf seine Intelligenz und die ungerechte Behandlung durch die Ortsgruppe ansprachen. Die Bourgeoisie kann sich überhaupt nicht vorstellen, daß jemand abgewählt oder aus einer Funktion entfernt wird und nicht zum Spalter und Verräter wird. Der Genosse Willfried Maier berichtet der KVZ:

„Sonnabend, 16.10. Mannheimer Innenstadt. Das Ordnungsamt hat den Informationsstand gegen den § 218 verboten. Die Polizei schlägt ihn zusammen. Zu dritt werden wir festgenommen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Im Polizeigefängnis Einzelzellen. Mich holt man raus in die Kripodienststelle. Erneute Aufnahme der Personalien. Der Beamte, jugendlich, flott – wie ich später mitbekomme, Porsche-Fahrer –, gibt sich freundlich. Während er umständlich seine Formulare ausfüllt, versucht er immer wieder, ein Gespräch anzufangen. Daß er das ja nicht gern täte usw. Schließlich: „Sie schaden sich ja selbst durch Ihre Aktionen. Wandbemalungen, überklebte Plakate von CDU, SPD, FDP usw. Da sind die Leute dagegen. Tragen Sie ordentlich Ihre Auffassungen vor! Aber da werden wohl auch von der Leitung viele Fehler gemacht! Da müßten Sie mal was unternehmen!“ Und: „Herr Maier, Sie werden Ihre politischen Aktivitäten noch bereuen. Glauben Sie mir das. Ich kenne schon jemand, der das bereut.“ Etwas später: „Herr Maier, wir waren ja ganz überrascht, Sie am Stand in der Innenstadt anzutreffen. Namen wie Hager, Fochler, Klokke, Maier, die kennen wir da gar nicht. Die haben wir immer für zu intelligent gehalten, so was zu machen.“ Die Anzeige war unterschrieben mit „KHM Schneider“. Daß so der flotte junge Beamte hieß, ist allerdings unwahrscheinlich. Obwohl Kriminalhauptmeister von der Bourgeoisie gut bezahlt werden: zum Porsche langt's kaum. Seinen Porsche hat er sich beim Verfassungsschutz verdient durch Beschnüffelung, Spitzelwerbung und Betrug für die besitzende Klasse und ihren Staatsapparat. Der Mann liest eifrig die KVZ auf Widersprüche, in die die Bourgeoisie sich einnisten möchte, ein bewußter Feind der Arbeiterklasse. Solche Leute werden sicherlich schlecht enden.“

Arbeitslosenprogramm zur weiteren Senkung des Lohnes

Unter der drohenden Überschrift „Letzte Chance für Arbeitslose“ hat „Bild am Sonntag“ ein Fünf-Punkte-Programm veröffentlicht, das die Bundesregierung noch vor den Wahlen ausgekocht hatte und nun verabschieden will. Erster Punkt: Wer länger als ein halbes Jahr arbeitslos ist, soll gezwungen werden, seine Arbeitskraft für einen Lohn zu verkaufen, der um mindestens 15 % unter dem alten Lohn liegt. Dafür werden je 500 DM aus der Versicherungskasse der Lohnabhängigen gezahlt. Zweitens: Mit einer weiteren Prämie soll zum Beispiel ein Facharbeiter gezwungen werden, seinen bisherigen Beruf zugunsten eines geringer bezahlten aufzugeben. Drittens: Durch eine Umzugsprämie, die nach Gutdünken des Arbeitsamtes gezahlt wird, soll eine Verschiebung der industriellen Reservearmee dorthin erzwungen werden, wo die Kapitalisten einen flüssigen Markt billiger Arbeitskraft verlangen. Viertens soll in mehr Fällen als bisher den Kapitalisten 60 Prozent des Tariflohns aus den Beitragsgeldern der Arbeitslosenkasse ersetzt werden. Fünftens sollen die Kapitalisten mit 20 000 DM bis 30 000 DM beglückt werden, wenn sie einen Lehrling mehr ausbeuten. – Allesamt sind das Maßnahmen, die einzig und allein dazu dienen, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu schüren, den Lohn weiter zu senken, wobei sich die Kapitalisten direkt an den Versicherungsgeldern bereichern. Die Bourgeois können die Arbeitslosenversicherung dazu einsetzen, weil sie sich noch in ihrer Hand befindet.

Bankmonopole verdienen an der nationalen Kohlenreserve

Wie wir in unserer letzten Ausgabe gemeldet haben, will die westdeutsche-Finanzbourgeoisie im Rahmen ihrer Kriegsvorbereitungen bis Jahresende eine Kohlenreserve von 10 Millionen Tonnen bilden. Das wird runde 1,5 Milliarden DM kosten. Finanziert wird das Ganze über Schuldschein-Kredite bei den Banken. Um 8 Prozent Zins bekommen die Finanzbarone dafür; aus Steuern, um die der Arbeiterlohn gekürzt wurde. Was Wunder, daß die Banken bereits auf die erste Ausschreibung wesentlich mehr Kredite anboten, als gebraucht werden.

Sozialimperialismus: Feind der 200-Seemeilen-Zone

Sozialimperialismus: Feind der 200-Seemeilen-Zone

Zu den Ergebnissen der 3. UN-Seerechtskonferenz im August und September, die im nächsten Frühjahr weitergeführt wird, hat die außenpolitische Zeitschrift „Nowoje Wremja“ der Sozialimperialisten Stellung genommen und die Länder kritisiert, die „noch vor Annahme entsprechender internationaler Dokumente sich das Recht auf Festsetzung von Fischfang- und Wirtschaftszonen in einer Breite bis zu 200 Meilen sichern“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.10.) Die sozialimperialistische Macht bekämpft die gerechte Forderung der Länder der Dritten Welt nach einer 200-Seemeilen-Zone. In ihrer Jagd nach Rohstoffen, nach Höchstprofit will sie überall plündern und rauben. Sie beklagt sich weiter, daß die 110 Entwicklungsländer „unter dem Einfluß irriger oder einseitiger Konzeptionen verlangen, daß die Erforschung und Erschließung der Reichtümer auf dem Meeresboden (jenseits der 200-Meilen-Zone) auf eine internationale Organisation übertragen wird.“ Sie verlangt, daß dies auch „einzelne Staaten“ tun dürften, womit sie vor allem sich selber meint. Die Supermacht fürchtet, daß in einer internationalen Organisation die Länder der Dritten Welt ihre Interessen gegen sie durchsetzen.

Indischer Ozean soll Friedenszone werden

Vertreter vieler Länder der Dritten Welt haben sich auf der 31. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen entschieden für die Erklärung des Indischen Ozeans zur „Friedenszone“ ausgesprochen. Unter vielen anderen führte J.A. Chissano, Außenminister von Mozambique, aus: „Dies wird ein bedeutender Schritt sein, um den Indischen Ozean von imperialistischen Einmischungen freizuhalten, die eine beständige Quelle von Konflikten und Bedrohungen des internationalen Friedens und der Sicherheit darstellen.“ (Quelle: Hsinhua, 18.10.76)

Korrespondentenbericht

Die Massen feiern die Wahl des Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und den Sieg über die parteifeindliche Clique

Große Siegesstimmung mit Trommelwirbel, Zimbeln und Musik herrschte gestern, Sonntag, bei der Massenkundgebung auf dem Tienanmen-Platz in Peking. Ein Meer roter Fahnen wehte an dem sonnigen Nachmittag. Weit über eine Million Menschen waren versammelt. Gefeiert wurde die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas und zum Vorsitzenden der Militärkommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, und gleichzeitig wurde die Unterdrückung der „parteifeindlichen Clique von Wang Hung-wen, Tschang Tschung-tschiao, Tschiang Tsching und Yao Wen-yuan“ gefeiert.

Auf der Tribüne des Tienanmen-Tores standen der Parteivorsitzende – in Armeeuniform – und die führenden Genossen der Partei und des Staates. Reden wurden gehalten von Wu Dö, dem Ersten Parteisekretär und Vorsitzenden des Revolutionskomitees der Stadt Peking, und von Vertretern gesamter Einheiten der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Rotgardisten. Vorausgegangen waren 3 Tage riesiger Demonstrationen, an denen die Millionenmassen mit Begeisterung teilnahmen, und die chinesischen Genossen sagten, daß es wohl selten jemals eine solche freudige Atmosphäre in der Stadt gegeben hat. Überall lachende, strahlende Gesichter, die Menschen tanzen auf den Straßen, viele Demonstrationszüge haben einen stundenlangen Anmarschweg bis zum Tienanmen-Platz im Stadtzentrum, Knallkörperschläge sind bis spät in den Abend zu hören. Die von roten Fahnen angeführten Demonstrationen dauern vom frühen Morgen bis Mitternacht.

Luftballons fliegen in die Höhe. Bei Regen legen sich die Menschen Taschentücher auf die Köpfe und marschieren weiter. Ihre Parolen rufen sie mit erhobener Faust, sie tragen Fähnchen – wie in China üblich –, auf denen die Losungen stehen; Mädchen und junge Männer tanzen mit Blumensträußen oder bunten Bändern in den Händen. Auf den Spruchbändern ist abzulesen, welche Fabriken, Kaufhäuser, Armeeeinheiten, Milizeinheiten, Schulen usw. den jeweils folgenden Demonstrationszug bilden.

Es besteht kein Zweifel, daß die Massen großes Vertrauen in Hua Guo-feng haben und daß Wang, Tschang, Tschiang und Yao entschieden verurteilt werden. Seit langem sind dem Volk bestimmte Auseinandersetzungen im Politbüro und im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas bezüglich dieser vier bekannt, und es gab kaum Überraschung, als die Massen am 7. Oktober erfuhren, daß einen Tag zuvor die Vier unter Hausarrest gestellt worden waren. Es ist eben nicht so, wie es in der westlichen Presse heißt, daß das chinesische Volk über die Kämpfe in der Parteiführung nicht Bescheid weiß, sondern das Gegenteil ist der Fall, und die aufklärenden Dokumente, die gegenwärtig von der Parteiführung zum Verlesen in Fabriken, Volkskommunen, Regierungsinstitutionen, Schulen und an jeder Arbeitsstelle veröffentlicht werden, werden intensiv diskutiert.

Welche Vorwürfe gegen die Vier werden heute mit besonderer Empörung vertreten?

Immer haben sich Wang, Tschang, Tschiang und Yao im Zentralkomitee als arrogante Clique verhalten, zielten auf Spaltung und strebten überhaupt nicht danach, das Politbüro oder Zentralkomitee zu vereinheitlichen. Sie glaubten sich wichtiger als der Vorsitzende Mao. Oft gaben sie mit ihrem Namen unterzeichnete Beschlüsse oder Stellungnahmen heraus – eine Praxis, die der Vorsitzende Mao Tsetung ihnen gegenüber scharf kritisierte und in der Form sogar er als Parteivorsitzender nicht betrieb.

Sie kritisierten andere, waren selber jedoch niemals zu einer Selbstkritik bereit. Jeden, der ihnen nicht genehm war, deklarierten sie als „bürgerlichen Demokraten“.

Noch bevor im Politbüro die Planung zur Führung der Bewegung gegen Lin Piao und Konfuzius zu Ende diskutiert war, begannen die Vier diese Kampagne und begannen zusätzlich eine Bewegung zur Kritik an Kadern, die ihre Kinder „durch die Hintertür“ auf die Hochschule brachten. Der Vorsitzende Mao kritisierte dieses Vorgehen, da der ursprüngliche Plan dadurch zerstört worden war und die Kampfkräfte durch die Zielrichtung auf drei anstelle von zwei Objekten geschwächt und zersplittert wurden.

Etwa um die gleiche Zeit kritisierte der Vorsitzende einen der Vier in einer längeren Ausführung anhand eines bestimmten Beispiels, daß diese sich im Kampf nur gegen die eine Seite des Revisionismus – den Empirismus – wenden, nicht jedoch gegen die andere Seite – den Dogmatismus. Ausdruck dieses Cliquenverhaltens war auch, daß sie bestimmte Punkte nicht im Politbüro vorbrachten, sondern allein dem Vorsitzenden Mao vortrugen, wie beispielsweise auch eine Kritik am damaligen Ministerpräsidenten Tschou En-lai. Die Bewegung zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius wollten sie nutzen, um Tschou En-lai zum modernen Konfuzius zu erklären. Denn sie wollten den Posten des Ministerpräsidenten besetzen. Gleichzeitig bezweckten sie mit einer Ausschaltung Tschou En-lais, den Vorsitzenden zu isolieren.

Vor der Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses Anfang 1975 wurden sie beim Vorsitzenden Mao vorstellig und traten gegen die vorgeschlagene Liste der Regierungsmitglieder auf. Sie brachten eigene personelle Vorschläge und wollten, daß einer von ihnen stellvertretender Vorsitzender des Volkskongresses werde. Der Vorsitzende Mao wandte sich gegen dieses Verhalten. Er riet zur Wachsamkeit gegen Tschiang Tsching, da er bei ihr Ambitionen festgestellt hatte, Parteivorsitzende zu werden.

Sehr häufig hatte der Vorsitzende Mao seinen Unmut über Tschiang Tsching ausgedrückt, die andere wegen Kleinigkeiten niederschmettern wollte. Schon vor Jahren hatte er es schriftlich abgelehnt, sie zu sehen, da sie trotz seiner ständigen Mahnungen immer wieder die gleichen Fehler machte und auch – wie er sagte – nicht bereit war, aus den Werken der marxistischen Klassiker zu lernen.

Im Einverständnis mit den anderen Dreien hatte einer von ihnen einer ausländischen Journalistin ein langes Interview gegeben, in dem Geheimnisse der Partei verraten und der Vorsitzende Mao verunglimpft wurden.

Der Vorsitzende Mao sagte vor einiger Zeit, daß das Problem der vier Leute eines Tages gelöst werden müsse, und zwar wenn nicht in jenem halben Jahr, dann im nächsten halben Jahr, und wenn nicht in dem Jahr, dann im darauffolgenden.

Die Vier hatten die entscheidenden Hebel im Propagandaapparat, die wichtigen Zeitungen und den Rundfunk in der Hand und konnten mit diesem Mittel viel Verwirrung erzeugen. Ihr Karrieretum und Machtstreben ließ sie auch nicht davor zurückschrecken, Worte des Vorsitzenden Mao nach seinem Tod zu verfälschen. Bei einem Zitat des Vorsitzenden: „Handelt nach den früheren Richtlinien“, das aus 6 Schriftzeichen besteht, wandelten sie ein Schriftzeichen um und veröffentlichten in Zeitungsartikeln: „Handelt nach den festgelegten Richtlinien“. Genosse Hua Guo-feng machte eine schriftliche Anmerkung, daß dies eine Fälschung sei. Daraufhin sagten sie ihm Anfang Oktober in einem Artikel der Pekinger Zeitung „Guangming Ribao“ den Kampf an. Sie fälschten das Zitat deshalb – wie heute gesagt wird –, da sie mit „festgelegten Richtlinien“ die von ihnen propagierten Richtlinien gemeint haben wollten.

Jahrelang hatten sie versucht, als sogenannte Linke zu erscheinen. Sie machten viele Worte gegen das bürgerliche Recht, gegen materielle Anreize usw. Es gibt einen Beschluß des Zentralkomitees, daß die Löhne in China nicht uneinheitlich verändert werden sollen, damit die Ungleichheiten nicht vergrößert werden. Diese Leute jedoch wollten vor einiger Zeit auf einmal die Löhne der Arbeiter von Shanghai, und nur von Shanghai, wo sie ihre Bastion wähnten, erhöhen. Damit wollten sie die Shanghaier Arbeiter für sich kaufen und betrieben in der Tat materiellen Anreiz. Von den Vieren wird erzählt, daß sie ihre Machtposition ausnutzten, um sich teuerste Villen bauen zu lassen, einer bevorzugte es, zu Pferde auf die Jagd zu gehen, eine staffierte sich gerne mit ausländischem Klimbim aus usw.

So weit der Bericht über einen Teil der in diesen Tagen zu hörenden Kritik.

Genosse Wu Dö sagte in seiner Rede: „Vor eineinhalb Monaten verloren wir unseren großen Führer und Lehrer, den Vorsitzenden Mao Tsetung. Die Partei, die ganze Armee und die Menschen aller Nationalitäten im Land wurden in tiefste Trauer gestürzt, und sie waren besorgt über das Schicksal und die Zukunft der Partei und des Staates, und besorgt darum, ob das Zentralkomitee unserer Partei den Willen des Vorsitzenden Mao würde durchführen können, an der Grundlinie und der Politik, die der Vorsitzende Mao für unsere Partei formuliert hatte, festzuhalten und die proletarische Revolution bis zu Ende zu führen.

Auch das internationale Proletariat und die revolutionären Völker anderer Länder waren darüber in Sorge. Diese Sorge war nicht ohne Grundlage. Zu jener Zeit gab es tatsächlich eine dunkle Wolke über unserem Land. Während der Vorsitzende Mao ernstlich krank war und nach seinem Ableben ergriff die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Tschang Tschung-tschiao, Tschiang Tsching und Yao Wen-yuan hastig die Gelegenheit und versuchte, die höchste Partei- und Staatsführung zu usurpieren. Wir waren konfrontiert mit der wirklichen Gefahr, daß unsere Partei revisionistisch wird und unser Land seine politische Farbe ändern könnte. Unsere Partei befand sich in einem Moment ernster Schwierigkeit. In diesem Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei Klassen, zwei Wegen und zwei Linien hat sich unsere Partei siegreich erhoben, das Proletariat hat sich siegreich erhoben und das Volk hat sich siegreich erhoben!

Wir unterstützen entschieden die Resolution vom 7. Oktober 1976, die das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas über die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und zum Vorsitzenden der Militärkommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas. Genosse Hua Guo-feng wurde von unserem großen Führer, Vorsitzenden Mao, persönlich als Nachfolger ausgewählt. Der Vorsitzende Mao schlug im April 1976 Genossen Hua Guo-feng persönlich für den Posten des Ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und als Ministerpräsidenten des Staatsrates vor. Dann, am 30. April, schrieb der Vorsitzende Mao mit eigener Hand an Genosse Hua Guo-feng: „Du leitest die Angelegenheiten, dann bin ich unbesorgt“, womit er sein grenzenloses Vertrauen in Genossen Hua Guo-feng ausdrückte. In dem kritischen Moment der chinesischen Revolution nach dem Tod von Vorsitzenden Mao ergriff das Zentralkomitee der Partei unter Leitung des Genossen Hua Guo-feng entschlossene Maßnahmen zur Bloßstellung der parteifeindlichen Clique von Wang Hung-wen, Tschang Tschung-tschiao, Tschiang Tsching und Yao Wen-yuan und rettete auf diese Weise die Revolution und die Partei, festigte die Diktatur des Proletariats in unserem Land und befähigte unsere Partei, unsere Armee und die Menschen aller Nationalitäten unseres Landes, ihren siegreichen Vormarsch in der von Vorsitzendem Mao vorgezeichneten sozialistischen und kommunistischen Richtung fortzusetzen.“ (Übersetzung von U.K.)

Die Bewegung ist hiermit nicht abgeschlossen. Sie wird schrittweise zu einer umfassenden Offenlegung der konkreten Inhalte der Auseinandersetzung führen. – (Uwe Kräuter, Peking, 25.10.76)

Neuer Aufschwung auf dem Erdölfeld Datjing im Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Vorsitzendem Mao

Die 500 000 Menschen zählende auf dem Erdölfeld Datjing arbeitende Bevölkerung Datjings hat auf den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas aktiv geantwortet: Sie entfachen einen neuen Aufschwung des Studiums der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Vorsitzendem Mao.

Die Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas, Arbeiter und ihre Familien und Mitglieder der Volkskommune unterstützen entschlossen den Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, des Staatsrates und der Militärkommission des Zentralkomitees zum Bau einer Gedenkhalle für den großen Führer und Lehrer Vorsitzenden Mao Tsetung sowie den Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Veröffentlichung der „Ausgewählten Werke Mao Tsetungs“ und über die Vorbereitungen für die Veröffentlichung der „Gesammelten Werke Mao Tsetungs“. Sie sind entschlossen, sich ganz eng um das Zentralkomitee der Partei mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze zusammenzuschließen, gewissenhaft den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen zu studieren und gegen die Bourgeoisie, gegen den Revisionismus und gegen alle Erklärungen und Aktionen zu kämpfen, die die drei grundlegenden Prinzipien verraten: *„Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen“*. Sie sind entschlossen, die in China vom Vorsitzenden Mao begonnene revolutionäre Sache des Proletariats zu Ende zu führen.

Die Veröffentlichung der beiden glänzenden Beschlüsse der leitenden zentralen Körperschaften sind von den Parteikomitees aller Ebenen und den Arbeitermassen des Erdölfeldes Datjing mit Jubel und Begeisterung begrüßt worden. In den Schächten, Baustellen, Verwaltungsgebäuden und in den Arbeiter-Bauern-Dörfern haben sich die Massen die großen Veränderungen in Datjing von einem weiten Ödland zum heutigen riesigen Ölfeld in Erinnerung gerufen. Mit großer Bewegung erklären sie, daß dank der Lehren des Vorsitzenden Mao die Arbeiter von Datjing politisch gereift sind und aufgrund der revolutionären Linie des großen Führers Vorsitzenden Mao das Erdölfeld Datjing sich siegreich entwickelt hat. Die beiden glänzenden Beschlüsse der leitenden zentralen Körperschaften drücken den Wunsch aller Arbeiter Datjings aus. Sie stellen vollständig unter Beweis, daß das Zentralkomitee der Partei mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze eng mit den arbeitenden Massen verbunden ist. „Wir werden entsprechend den Erwartungen des Zentralkomitees der Partei handeln, die Maotsetungideen studieren und unser ganzes Leben hindurch Revolution machen und Datjing in eine große Schule des Studiums des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen verwandeln.“

Die Mitglieder der Parteikomitees aller Ebenen auf dem Erdölfeld Datjing ergreifen noch bewußter die Führung beim Lesen und Studieren. Oft studieren sie zusammen mit den Arbeitern die Werke des Vorsitzenden Mao, gedenken seiner unsterblichen Verdienste und packen die Revolution an und fördern die Produktion. Die Parteikomitees von mehr als 50 Mannschaften, darunter die für Bohren, Förderung, Bau, unterirdische Operationskontrolle und die petrochemischen Anlagen sowie die mehr als 2 500 von ihnen angeleiteten Parteizellen haben alle ihre Studienpläne überprüft und konkrete Maßnahmen beschlossen, um die Arbeiter im Studium der Maotsetungideen zu leiten. Die mehr als 7 900 theoretischen Studiengruppen und die mehr als 37 000 Aktivisten des theoretischen Studiums studieren zusammen mit den Arbeitern gewissenhaft die große Theorie der Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, vom Vorsitzenden Mao Tsetung entwickelt, und seine wichtigen Weisungen während der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Es werden besondere Anstrengungen gemacht, um die grundlegende Linie der Partei zu studieren, die vom Vorsitzenden Mao ausgearbeitet wurde. All dies hat ihre Bewußtheit über die Notwendigkeit der Durchführung der grundlegenden Linie der Partei gehoben. Sie sagen: „Die Werke des Vorsitzenden Mao sind ein unausschöpflicher ideologischer Schatz; die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao ist unser Lebensnerv. Obwohl Vorsitzender Mao uns verlassen hat, werden uns die Maotsetungideen immer in unserem Kampf leiten.“

In diesem neuen Aufschwung des Studiums haben die Arbeiter von Datjing sich in Erinnerung gerufen, wie der große Führer Vorsitzender Mao die gesamte Partei, die ganze Armee und die Volksmassen des ganzen Landes darin führte, gegen die Klassenfeinde im Inland und Ausland und gegen die rechts- und „links“-opportunistische Linie innerhalb der Partei zu kämpfen. Sie studieren erneut die Weisung des Vorsitzenden Mao: *„Den Marxismus und nicht den Revisionismus betreiben; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen“*. Sie wissen, daß die von Vorsitzendem Mao gegründete Partei eine in den Flammen des Klassenkampfes und des Kampfes zweier Linien lang erprobte Partei ist und eine große, ruhmreiche und korrekte Partei ist. Die historische Erfahrung lehrt, daß es niemals leicht gewesen ist, zu versuchen, die Partei zu zerstören. Sie erklären: „Wir Arbeiter von Datjing sind entschlossen, an der Spitze des Klassenkampfes und des Kampfes zweier Linien zu stehen. Wir werden gegen jeden, der den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen verrät und die Weisungen des Vorsitzenden Mao verfälscht oder jeden, der Revisionismus praktiziert, Spaltung betreibt und Verschwörungen anzettelt, bis zu Ende den Kampf führen. Wir sind entschlossen, uns ganz eng um das Zentralkomitee der Partei mit Genossen Hua Guo-feng zusammenzuschließen, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren, den Geist der Organisation und Disziplin zu stärken, den Weisungen des Zentralkomitees der Partei unbedingt zu folgen, den Klassenkampf als Hauptkettenglied anzupacken, an der grundlegenden Linie der Partei festzuhalten, die Revolution unter der Diktatur des Proletariats fortzuführen, die Kritik an Deng Hsiao-ping zu vertiefen, im Kampf zur Abwehr des Versuchs von rechts, die richtigen Urteile umzustoßen, fortzufahren, die Siege und Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution zu konsolidieren und weiterzuentwickeln und die Diktatur des Proletariats weiter zu festigen.“

Die Arbeiter von Datjing packen die Revolution an und fördern die Produktion mit großen Anstrengungen in diesem neuen Aufschwung des Studiums. Während mehr als einem Monat sind neue Erfolge in der Förderung von Rohöl, im Bohren, Erschließen, den Infrastrukturarbeiten und bei den petrochemischen Anlagen erreicht worden. Der tägliche Ausstoß von Rohöl und die täglich eingepumpte Wassermenge haben alle Rekorde geschlagen. Eine ganze Reihe von Fabriken, Bautrupps und Bohrmannschaften haben bereits vorfristig ihren Jahresproduktionsplan erfüllt. – (Hsinhua, 17. Oktober 1976 / Übersetzung durch Red.)

Opel Rüsselsheim:

Die Arbeiter bekämpfen die Sonderschichten und fordern 1 DM mehr für alle

Rüsselsheim. Auf der Jagd nach Höchstprofiten verschärfen die Kapitalisten unaufhörlich die Schweißauspressung. Ruin der Arbeitskraft, Verelendung eines stets größeren Teils der Arbeiterklasse sind die Kehrseite der ungeheuren Ansammlung von Reichtum in den Händen der Kapitalistenklasse. Die Arbeiterklasse bereitet die Führung großer Kämpfe gegen die gewaltig gesteigerte Schweißauspressung vor. Bei der Adam Opel AG, im Besitz des amerikanischen Konzerns General Motors, hat sich schwungvoll die Bewegung der Arbeiter gegen die Sonderschichten entwickelt, und die Tarifrunde wird vorbereitet auf der Grundlage der Forderung „1 DM mehr für alle".

Die Kapitalisten steigern umfassend die Ausbeutung der Arbeiter

Seit März 1975 sind bei Opel Rüsselsheim bis heute 48 Sonderschichten gefahren worden, 384 zusätzlich abgepreßte Stunden. Noch während die letzten Entlassungen aus dem Jahre 1974, wo insgesamt 8000 Arbeiter auf die Straße geschmissen wurden, durchgeführt wurden, hat die Opel-Geschäftsleitung die ersten Sonderschichten beantragt und fahren lassen. Durch Kurzarbeit und Massenentlassungen 1974 hat sie eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung für das Jahr 1975 vorbereitet. Mit 1266 (gleich 5 %) Arbeiter weniger ist 1975 die Produktion um 74000 Autos (gleich 11 %) gesteigert worden. Im ersten Halbjahr 1976 ist die Produktion gegenüber dem ersten Halbjahr 1975 noch verdoppelt worden, wobei nur rund 5000 Arbeiter mehr eingestellt wurden. Mit rund 550000 Autos ist das Ergebnis des gesamten Jahres 1974 (583645) in der Hälfte der Zeit nahezu erreicht worden.



Lackiererei im Opel-Werk

Bereits von 1974 auf 1975 konnte der „Personal- und Sozialaufwand" an der „Gesamtleistung" nach Angaben des Opel-Geschäftsberichts von 31,8 auf 29,8 % gedrückt werden, wobei in diese Angabe das gestiegene Gehalt des Vorstandspacks genauso enthalten ist wie die gesunkenen Löhne der Akkordarbeiter. Der Zweck ist, die Lohnkosten zu senken, d.h. die Ausbeutung zu steigern. Die Adam Opel AG hat da große Erfolge erzielt. Bei einem durchschnittlichen Verkaufspreis pro Auto (1975) von 9077 DM betrug der Lohnanteil 2159 DM. Zum Vergleich VW: Dort lag der durchschnittliche Verkaufspreis 1975 bei 9252 DM und der Lohnanteil bei 2636 DM. Die Adam Opel AG hat sich einen Vorsprung in der kapitalistischen Konkurrenz erobert. Das Ziel ist, weitere Siege in der imperialistischen Konkurrenz durch rabiateste Ausbeutung der Opel-Arbeiter davonzutragen.

Neben der Ausdehnung der Arbeitszeit treibt die Geschäftsleitung vor allem die **Akkordhetze** voran. In den Abteilungen mit Bandarbeit ist das Tempo in einem fort gesteigert worden von 1974: 650 auf 1976: 1400 Autos pro Schicht. Mit der Steigerung des Arbeitstempos ist häufig die Zahl der Arbeiter für eine bestimmte Operation eingeschränkt worden. In der Lackiererei müssen z.B. seit einem halben Jahr neben dem Lackieren zusätzlich mehrere Schrauben befestigt werden. Im Preßwerk K 40 und K 67 sind die Akkordsätze für eine ganze Reihe von Teilen im Zeitraum von einem Jahr drastisch erhöht worden. In Abteilungen mit Zeitlohn (Teilebau z.B.) werden seit einigen Monaten Vorgabezeiten eingeführt, die die Einführung akkordähnlicher Systeme bedeuten, wobei weiter im niedrigen Zeitlohn bezahlt wird.

Gleichzeitig wird die **Schichtarbeit** ausgebaut. In der Produktion wird teilweise die Nachtschicht verstärkt, die bisher noch „freiwillig" gemacht wird. Vor allem aber in den Instandhaltungsabteilungen wird rund um die Uhr, samstags und oft auch sonntags malocht. Um das tote, keinen Mehrwert bringende Kapital niedrig zu halten, läßt die Geschäftsleitung mit veralteter Maschinerie arbeiten. So sind die meisten Pressen – bei einer Abschreibungszeit von 10 Jahren – zwischen 20 und 25 Jahren alt. Die Reparaturen nehmen zwangsläufig sprunghaft zu. In der Instandhaltung im M 55 ist übergehend ein System der „Galoppschichten" (ständiger Schichtwechsel in der Woche, z.B. am selben Tag Nachtschicht bis 5.45 Uhr und anschließend ab 14.15 Uhr gleich wieder in die Spätschicht) eingeführt worden. Drei mal sieben Schichten ist durchgehend gearbeitet worden mit anschließend einer Freiwoche. Die Arbeiter haben dagegen solange heftig protestiert, bis die Sache momentan wieder eingestellt worden ist.

Die Verschärfung der Akkordhetze, die nerven- und körpervernichtende Schichtarbeit hat zu einem gesteigerten Ruin der Arbeitskraft und zu einem sprunghaften Anstieg der **Arbeitsunfälle** geführt. In diesem Jahr sind bereits 3 Arbeiter tödlich verunglückt. Weniger als die Hälfte aller Arbeiter bei Opel erreicht arbeitsfähig das normale Rentenalter. Der Preis der Ware Arbeitskraft ist erheblich unter ihren Wert gedrückt worden. Grundlage für die Abpressung von Akkord- und Sonderschichten und Überstunden ist der tarifliche Hungerlohn, der in Lohngruppe V, wo die meisten Akkordarbeiter sind, 7,22 DM beträgt und netto im Monat rund 800 DM ausmacht. Auf 1300 DM kommt bei Opel durchschnittlich ein Akkordarbeiter, erkauft durch rigorosen Verschleiß der Arbeitskraft. Durch eine dreistufige „Opel-Zulage" (eine allgemeine übertarifliche Bezahlung), eine siebenstufige Leistungszulage, eine bisher 74 verschiedene Höhen umfassende Erschwerniszulage, die jetzt auf 104 Stufen ausgedehnt worden ist, durch verschiedene Akkordsätze und die prozentualen Zuschläge bei Überstunden, Spät- und Nachtarbeit hat die Geschäftsleitung ein umfangreiches Arsenal zur Spaltung der Belegschaft aufgebaut und setzt es zur Lohndrückerei ein. In ein und derselben Lohngruppe (V) kann so der Bruttolohn um 350 DM differieren. In den letzten Monaten sind verstärkt Umsetzungen im Gang, die weitere Lohndrückerei vorbereiten.

Die Geschäftsleitung hat mehrfach beteuert, daß ein Ausbau der Produktionsanlagen nicht „denkbar" sei. Dort, wo neue Investitionen gemacht werden, dienen sie der Ersetzung von verschlissener Maschinerie und zur **Rationalisierung**. Im Preßwerk K 67 ist eine vollautomatische Pressenstraße installiert worden, die rund 40 Arbeiter überflüssig macht. 800 Arbeiter sollen bis zum Jahresende eingespart werden. Öffentlich hat die Geschäftsleitung 400 zugegeben. Für die verbleibenden Arbeiter steigt die Hetze; so wie das z.B. jetzt an der neuen Pressenstraße ist, wo nach wie vor 2 Arbeiter die fertigen Teile absetzen, aber jetzt 25 % mehr.

Vor allem auf die Ausdehnung der Arbeitszeit ist die Geschäftsleitung weiter aus. Für Januar 1977 sind abermals 2 Sonderschichten geplant worden.

Der Kampf der Belegschaft hat sich zu einer festen Front gegen die Sonderschichten entwickelt

Von Anfang an sind die Sonderschichten auf Empörung und Protest unter den Arbeitern gestoßen. Als im Frühjahr 1976 die Metallkapitalisten in den Tarifverhandlungen wochenlang kein Angebot gemacht haben, ist die Empörung der Arbeiter in einen halbstündigen Streik von 5000 Kollegen im M 55 (Motorenbau usw.) umgeschlagen. Das 5,4 %-Ergebnis ist auf der Betriebsversammlung im März auf heftigen Protest gestoßen. Die Geschäftsleitung hat große Furcht bekommen, daß es zu weiteren Streiks kommt. Sie hat flugs der Berechnung des Ergebnisses auf den Effektivlohn zugestimmt und für 1976 einen zusätzlichen bezahlten Urlaubstag bewilligt. Den sich steigernden Haß auf die ständig steigende Ausbeutung, die jeden Samstag gefahrenen Sonderschichten hat sie damit nicht bremsen können. Hunderte von kleineren Aktionen sind in den Abteilungen geführt worden. Die Sonderschichten sind von einem stets größer werdenden Teil der Arbeiter boykottiert worden.

Auch die Sozialdemokraten im Betrieb, die auch die Politik des Betriebsrats bestimmen, haben verschiedene Forderungen aufgestellt, die vom Hauptteil, dem Zu-Fall-Bringen der Sonderschichten, ablenken sollten. Erhöhung des Weihnachtsgeldes (um rund 10 %); zusätzliche Pausen (einmal 10 Minuten, bei übermäßiger Hitze im Sommer weitere zweimal 10 Minuten); befristete Garantien, keine Kurzarbeit und produktionsbedingte Entlassungen
stete Garantien, keine Kurzarbeit und produktionsbedingte Entlassungen
vorzunehmen; Erhöhung der Schichtprämie von 10 auf 15 DM. Die Geschäftsleitung hat diesen Forderungen samt und sonders nachgeben müssen. Ruhe hat das ihr aber nicht gebracht.

Im Sommer 1976 sind die ersten Resolutionen von Bereichsvertrauensleuteversammlungen bekannt geworden. Schluß mit den Sonderschichten, weil sie uns ruinieren, wurde gefordert und eine Lohnerhöhung, damit keiner mehr zu Überstunden und Sonderschichten gezwungen ist. Nach den Werksferien im Juli hat die Geschäftsleitung erst mal keine Sonderschichten zu beantragen gewagt. Im September war es dann wieder so weit: Vier Sonderschichten sollten im Oktober/November gefahren werden. Kurz zuvor hatte die Blockvertrauensleuteversammlung, die das gesamte Werk repräsentiert, einstimmig einen Beschluß gegen Sonderschichten gefaßt und den Betriebsrat zur Verweigerung künftiger Zustimmungen aufgefordert.

Die Sozialdemokraten hatten keinen Spielraum zu Spaltungsmanövern. Die vier Sonderschichten sind abgelehnt worden. Am 16. September wurde die dritte diesjährige Betriebsversammlung durchgeführt. Sie war eine geschlossene Kampfansage an die Kapitalisten. Kurz zuvor war der Spruch der Einigungsstelle, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BVG) eingesetzt war, bekannt geworden: 2 Sonderschichten. Dieser Spruch, das ganze Verfahren, das die Arbeiterbewegung unter die Kontrolle des Staates knebeln soll, wurde angegriffen. 6 Stunden hat die Betriebsversammlung gedauert – 6 Stunden, in denen kein Auto vom Band gelaufen ist und keine Schraube angefaßt wurde. Den Arbeitern war klar, was das war: Streik. Viele meinten, daß man an diesem Tag überhaupt nicht mehr mit der Arbeit anfangen sollte.

Den Kapitalisten ist es angst und bange geworden. In den folgenden Tagen haben sie die bürgerliche Presse mobilisiert. Im „Rüsselsheimer Echo" haben sie die Opel-Arbeiter als „faul" beschimpfen lassen. Das war Öl aufs Feuer und die Geschäftsleitung hat das schnell wieder zurückgenommen.

Im Oktober waren dann die zwei Sonderschichten zu fahren. In vielen Abteilungen waren die meisten Arbeiter gar nicht erschienen. Um überhaupt einigermaßen produzieren lassen zu können, hatte die Geschäftsleitung Angestellte aus der PEK (Planung, Entwicklung, Konstruktion) in die Produktion abkommandiert. Dennoch kam es, entgegen den Behauptungen in der bürgerlichen Presse, zu keiner vollen Schichtproduktion. Im Gerippebau z.B. ist nur jeder zweite Wagen gelaufen. Im M 55 wurden zwei Arbeiter wieder heimgeschickt, weil so viele fehlten, daß mit der Arbeit erst gar nicht angefangen werden konnte.

In der Zwischenzeit haben die Sozialdemokraten weitere Versuche gestartet, um die Bewegung aufzuhalten. Bei Opel Bochum, wo in der gleichen Zeit vier Sonderschichten gefahren werden mußten, war das Weihnachtsgeld erhöht worden und die Bezahlung von 5,9 weiteren Stunden durchgesetzt und die zwei Vorholschichten für Weihnachten sollten mit allen Zuschlägen bezahlt werden. Klar war, daß diese Vereinbarungen noch für Rüsselsheim erkämpft werden mußten.

Die Geschäftsleitung hat nun mit den Sozialdemokraten ausgehandelt, daß diese Forderungen erfüllt werden, wenn dafür im Gegenzug der Betriebsrat zwei Sonderschichten für Januar zustimmt. Sie haben sich rasch geeinigt. Samstags – drei Tage später – konnten das die Arbeiter zu Hause in der Zeitung lesen, drei Tage vor einer schon länger festgelegten Vertrauensleutevollversammlung. In einem Flugblatt der IG Metall haben die Sozialdemokraten herausgestrichen, welche Erfolge erzielt sind.

Der Kampf gegen die Sonderschichten aber wird weiter geführt. Die Fronten werden schärfer. Auf der Vertrauensleutevollversammlung lag trotz der denkbar knappen Vorbereitungszeit eine Resolution mit den Unterschriften von 25 Vertrauensleuten vor, in der die Sonderschichten scharf angegriffen worden sind und der Betriebsrat wegen seiner Zustimmung kritisiert wurde. Der Betriebsrat hat argumentiert, daß allein auf diesem Weg die gleiche Regelung wie in Bochum habe erzielt werden können, daß er sowieso nicht anders vorgehen könne, weil man ja gesehen habe, daß beim Einigungsstellenverfahren nichts herauskomme, außerdem dürfe man jetzt dem Betriebsrat nicht in den Rücken fallen. Dem hat kein Vertrauensmann zugestimmt, auch wenn die Resolution nur gut 40 Fürstimmen bekommen hat. In Debatten in den Abteilungen hat es immer geheißen: Die Sonderschichten können nicht geschluckt werden. Am 1.11. ist eine Blockvertrauensleuteversammlung und am 8.11. eine Vertrauensleutevollversammlung, wo die Auseinandersetzung weiter geführt wird. Es muß die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Überstunden in der IG Metall verankert werden.

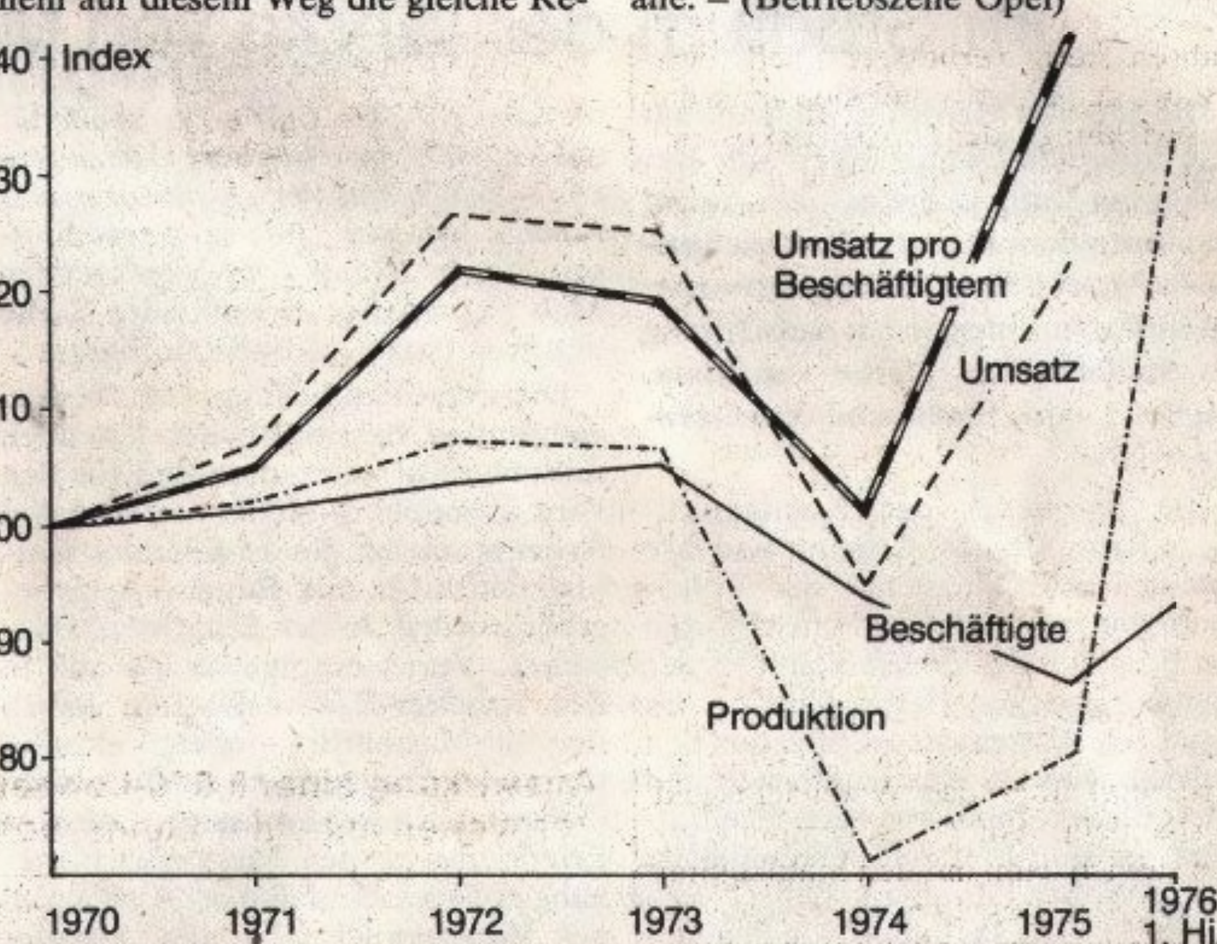
„Kurzarbeiterfonds"

Die Sozialdemokraten bei Opel fordern durch den Betriebsrat von den Kapitalisten die Bildung eines betrieblichen „Kurzarbeitsfonds". Die Kapitalisten sollen eine betriebliche Kasse anlegen, aus der bei Kurzarbeit die Differenz zwischen dem Kurzarbeitergeld und dem früheren Nettolohn gezahlt werden soll. „Das Auf und Ab der Konjunktur kann und darf nicht auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten in der Automobilindustrie ausgetragen werden", begründete Hans Preiss, Vorstandsmitglied der IG Metall, auf der Betriebsversammlung bei Opel diese Forderung. Inzwischen hat auch der Betriebsrat bei Ford Köln diese Forderung aufgegriffen. Loderer hat sich lobend geäußert und die Forderung abgesegnet. Auf was läuft sie hinaus? Sie soll die Sonderschichten und die unmäßige Ausdehnung der Arbeitszeit schmackhaft machen. Wodurch? Für den unmäßigen Verschleiß der Arbeitskraft sollen die Kapitalisten etwas auf die hohe Kante legen, um während der Krise bei Kurzarbeit mit diesen Geldern die erneut verschärfte Ausbeutung schmackhaft zu machen. Denn noch jedesmal haben die Kapitalisten die Kurzarbeit genutzt, um die Arbeitszeit zu verdichten. Die verdichtete Arbeitszeit gilt dann als normal, und auf ihrer Grundlage wird der Arbeitstag wieder ausgedehnt und werden neue Sonderschichten gefahren. Der immer raschere Verschleiß der Arbeitskraft kann nicht durch Geld ausgeglichen werden, erst recht nicht durch Geld, das in Wirklichkeit aus vorbehaltenem Lohn besteht. Den Entlassenen nützt der Fonds sowieso nichts. Die Arbeitslosen brauchen mindestens 80 Prozent vom Nettolohn. Die richtige Forderung ist das Verbot von Überstunden und Schichtarbeit und ausreichender Lohn für den Normalarbeitstag. Dieser muß auch bei Kurzarbeit bezahlt werden.

Preiss vom IGM-Vorstand hat für seinen Vorschlag auf der Betriebsversammlung keinen Beifall bekommen. Ein Arbeiter hat erklärt: „Was sollen wir mit einem solchen Fonds? Klar ist, die Geschäftsleitung wird uns an den Lohn gehen, um für sich Rücklagen zu bilden. Muß die Produktion wieder gedrosselt werden, wird sie eben versuchen, ein paar tausend auf die Straße zu werfen. In diesem System gibt es keine Sicherheit vor Krisen. (. . .) Falls es zu Kurzarbeit kommt, kämpfen wir für vollen Lohnausgleich, weil wir das Geld zum Leben brauchen. Woher die Geschäftsleitung das Geld nimmt, ist ihre Sache – von unserem Lohn nicht. Sie hat genügend Reichtümer aus unsrer Arbeit geholt."

Sache – von unserem Lohn nicht. Sie hat genügend Reichtümer aus unsrer Arbeit geholt."

Gleichzeitig wird die Tarifrunde vorbereitet. Die Arbeiter sagen: Wir brauchen unbedingt eine kräftige Lohnerhöhung, denn der sinkende Lohn treibt uns immer tiefer in die Akkordhetze und Überstundenschinderei. 52 Vertrauensleute, darunter eine Bereichsversammlung aus der Rohmontage/Gerippebau und K 82, sind mit Unterschrift für die Forderung nach 1 DM mehr für alle eingetreten. In der Vertreterversammlung der IG Metall, Bezirk Darmstadt, haben die Sozialdemokraten die Aufstellung einer Sockel- und Prozentforderung empfehlen lassen. Diese „Empfehlung" wird die unteren Lohngruppen nicht vor der Verelendung schützen und die Einheit im Kampf nicht ermöglichen. Das soll wohl wie im letzten Jahr laufen, haben eine Reihe Arbeiter gesagt. Darauf können wir unmöglich eingehen, wir brauchen 1 DM mehr für alle. – (Betriebszelle Opel)



Das obenstehende Schaubild gibt einen groben Eindruck über den Rückgang der Produktion des Opel-Konzerns in der Krise 1974 und wie die Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern versuchen. Die Daten mußten wir aus dem Geschäftsbericht des Konzerns entnehmen, was vieles vom wirklichen Vorgang vertuscht. Die beiden dünnen gestrichelten Linien zeigen die Entwicklung des Umsatzes, also der Verkaufserlöse, bzw. der Produktion von Fahrzeugen. 1974 hat Opel gerade noch 71 % der Produktion von 1970 erreicht. Die Differenz zwischen Zahl der Fahrzeuge und Umsatz beruht im wesentlichen auf reinen Preiserhöhungen, zum Teil aber auch auf einer Erhöhung des Gebrauchswertes, der erhöhte Arbeitsleistung je Auto in der Produktion verlangt. Die durchgezogene Linie zeigt die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt. Sie sinkt 1974 stark, jedoch nicht in gleichem Maß wie die Produktion. Die Kurzarbeit wird in der Kurve vertuscht. 1975 nimmt die Belegschaft weiter ab, obwohl sich die Produktion wieder etwas ausdehnt. Die je Stunde abgepreßte Arbeitsmenge steigt, die Arbeit wird intensiviert. 1976 ist die Belegschaft kaum gewachsen, die Mehrarbeit aber nochmal enorm gesteigert worden: Im ersten Halbjahr haben die Opel-Arbeiter fast so viel Autos produziert wie im ganzen Jahr 1974.
Als Kennzeichen für die Ausbeutung haben wir in der unterbrochenen Linie die Entwicklung des Umsatzes je Beschäftigtem aufgetragen. Es steigt schon 1975 in schwindelnde Höhen und ist das einzige, was die Kapitalisten noch entwickeln können. (Die Daten über den Halbjahresumsatz 1976 waren nicht erhältlich.)

„Tragischer Zwiespalt“

Das Gutachten der Wirtschaftsinstitute ist veröffentlicht worden. Wie jedes Jahr im Herbst hat es die Aufgabe, Lohnraub als Konsequenz wissenschaftlicher Einsicht zu rechtfertigen. 6 Prozent Lohnerhöhung sei das Höchstdenkbare. „Das ist die Lohnleitlinie, die sich aus dem Herbstgutachten herausrechnen läßt“, sagt das „Handelsblatt“. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gerieten jetzt „wieder in den Konflikt zwischen ihrer Einsicht in die ökonomische Notwendigkeit und ihrer Funktion, die Mitglieder nicht aus der Gefolgschaft zu verlieren“. Sie befänden sich in „einem tragischen Zwiespalt, der Verständnis verdient“. Wessen Verständnis? Und wem zuliebe sollen die Sozialdemokraten die Gewerkschaftsmitglieder nicht aus der Gefolgschaft verlieren?

Auf dem Weltmarkt tobt ein heftiger Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten. In diesem Konkurrenzkampf winkt dem Kapitalisten der Höchstprofit, der die Kunst der Schweißauspressung am besten beherrscht. Die Kapitalisten brauchen die Sozialdemokraten, damit sie diese Konkurrenz untereinander in eine Konkurrenz unter den Arbeitern umwandeln. „Für euch ist das Beste, wenn euer Kapitalist auf dem Weltmarkt Höchstprofite erzielt“, sagen die Sozialdemokraten den Gewerkschaftern.

In der Stahlindustrie ist der Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten gegenwärtig besonders scharf. In der EG wird der Kampf um Marktanteile geführt, und die japanischen und spanischen Stahlkapitalisten dringen ebenfalls verstärkt auf diesen Markt vor. Da müssen für die Stahlkapitalisten die Sozialdemokraten an die Front. Die große Tarifkommission für Nordrhein-Westfalen und Klöcknerhütte Bremen hat 8,5 Prozent beschlossen. 29 von 111 Tarifkommissionsmitgliedern waren dagegen. Zusätzlich werden zwei Tage mehr Urlaub und die Angleichung der stahltypischen Zuschläge an die Zuschläge in der Metallindustrie gefordert. Verhandlungen um „vermögenswirksame Leistungen“ laufen nebenher und parallel zur Metallindustrie. Das „Handelsblatt“ meint: „Bei der Vermögensbildung ist zur Zeit auch bei Metall noch alles offen. Hier ließe
bei Metall noch alles offen. Hier ließe
sich wohl am ehesten ein ‚Geschäft‘ machen.“ Wenn es nach den Kapitalisten und Sozialdemokraten geht, dann wird dieses Geschäft bei 6 Prozent und Angleichung an die Metallindustrie bei Urlaub und Zuschlägen enden.

Die westdeutschen Kapitalisten haben durch Verschärfung der Ausbeutung und Lohndrückerei ihre Konkurrenzposition in der Jagd nach Höchstprofiten bereits erheblich ausgebaut. „Die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie hat sich im Verhältnis zu den übrigen Gründerstaaten der EG in den letzten drei Jahren stetig verbessert“, sellt eine Studie der EG-Kommission über die Entwicklung der „Arbeitskosten“ fest. So soll es weitergehen. Die Sozialdemokraten spielen da für die westdeutschen Kapitalisten mit. Statt die Konkurrenz unter den Kapitalisten im Lohnkampf zu nutzen, versuchen sie Konkurrenz unter den Arbeitern zu schüren. „Der japanische Arbeiter ist billiger als ihr, ihr müßt billiger werden, wenn ihr nicht arbeitslos werden wollt“, so oder ähnlich treten sie landauf, landab auf den Betriebsversammlungen auf.

Am 29. Oktober wollen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erneut über die vermögenswirksamen Leistungen in der Metallindustrie und über das Weihnachtsgeld verhandeln. Am 11. November treffen sie sich dann mit den Stahlkapitalisten. Der komplizierte Reigen ist notwendig, um schließlich bei Stahl und Metall bei 6 Prozent zu landen.

Die Stahlarbeiter und die Metallarbeiter werden sich nicht einer nach dem anderen abspeisen lassen. In der Stahlindustrie gibt es Widerstand gegen die 8,5 %-Forderung. In der Metallindustrie werden die ersten Markforderungen aufgestellt. Es kommt darauf an, eine gemeinsame Front gegen die Kapitalisten zu errichten. Es ist Sache der Sozialdemokraten, wenn sie durch die Verschärfung des Klassengegensatzes in einen „tragischen Zwiespalt“ geraten. Sache der Arbeiter ist es, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation in den jetzigen Lohnkämpfen den Klassengegensatz auszutragen.

Klöckner Bremen:

„Die wollen uns verschaukeln“

Am 21.10. haben die Klöckner-Kapitalisten die Einführung von Kurzarbeit angekündigt. In den meisten Produktionsbetrieben der Klöcknerhütte Bremen soll nur noch eine von drei Schichten gefahren werden. Begründet haben sie die Kurzarbeit mit der Explosion am Hochofen II. Deshalb wäre zu wenig Roheisen da. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß die Klöcknerkapitalisten diese Kurzarbeit sowieso einführen wollten und ihnen die Explosion am Hochofen II ein willkommener Vorwand hierfür ist. Arbeitsdirektor Karl Sporbeck hatte die Kurzarbeit schon auf der letzten Betriebsversammlung angekündigt, indem er die Klöckner-Arbeiter warnte vor den Dingen, die da auf sie zukämen.

Die Klöckner-Arbeiter haben vielfältige Erfahrungen mit der Kurzarbeit. So hatten sie bei der letzten Kurzarbeit jährliche Lohneinbußen bis zu 3 000 DM. Gleichzeitig haben die Klöckner-Kapitalisten die Kurzarbeit dazu genutzt, um bei weniger Arbeitsstunden die gleiche Tonnenzahl aus uns herauszuholen und so die Profite zu erhöhen. Unter den Arbeitern auf der Hütte gibt es keinen Zweifel, daß die Kapitalisten auch die erneute Kurzarbeit zur Verschärfung der Ausbeutung nutzen wollen. Auch gibt es keinen Zweifel darüber, daß der zeitliche Zusammenfall der Kurzarbeit und des Beschlusses der Tarifkommission kein Zufall, sondern eine abgekarterte Sache ist. Deutlich wird, was die Kapitalisten vorhaben: Sie wollen einen Teil der Arbeiterklasse ins absolute Elend stürzen und so die ganze Arbeiterklasse tiefer hinabdrücken. Die Sozialdemokraten in der Tarifkommission haben mit ihrem 8,5 %-Beschluß gezeigt, daß sie den Kapitalisten hierbei behilflich sein wollen. Ein Kollege sagte bei der Bekanntgabe des Beschlusses: „Die wollen uns verschaukeln.“ Die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Helfershelfer werden sicher nicht mehr lange zu warten brauchen, bis sie ganz mächtig ins Schaukeln kommen. Beim Streik der Flämmer vor zwei Wochen haben die Klöckner-Kapitalisten einen Vorgeschmack von der Kampfkraft der Stahlarbeiter bekommen. Dort haben sie gedroht, alle Flämmer rauszuschmeißen. Es hat nichts genutzt. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, wer die währen Herren der Fabrik sind. Auf der Hütte werden zur Zeit Unterschriften für eine außerordentliche Betriebsversammlung gesammelt. Hier soll die Lage beraten und der Werksvorstand zur Rede gestellt werden. Breite Unterstützung findet bei den Kollegen die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit. Die Bedeutung der Forderung nach Absicherung wird durch die drohende Kurzarbeit deutlich. Zu Beginn der Lohnrunde sind viele Kollegen für eine Forderung von 1 DM und Absicherung der Schichtzulagen eingetreten. Es ist den Reformisten und Revisionisten auf der Vertrauensleutevollversammlung damals gelungen, diese Forderung mit Reden wie „da machen die Tarifkommissions-Mitglieder in Nordrhein-Westfalen nicht mit“ vom Tisch zu kriegen. Es wird notwendig sein, jetzt, wo die Klarheit darüber, daß die Stahlarbeiter sich selber zu Wort melden müssen, wächst, die Frage der Forderung erneut verstärkt zu beraten. – (t., Bremen/Red.)

Im Kapitalismus vergrößert jeder technische Fortschritt für das Proletariat die Qual der Arbeit

Klöckner Osnabrück. Die Arbeitsbedingungen in den Stahlbetrieben gehören zu den schlechtesten. Durch die Einwirkung von Lärm, Staub und Hitze wird die Arbeitskraft ruiniert. Die Arbeiter im Stahlwerk sagen, wenn wir jetzt zwanzig Jahre malocht haben, dann kann man uns auf den Schrott werfen.

Dieser tägliche Ausspruch drückt die Erfahrung der Arbeiter aus. Aber zwanzig Jahre im Stahlwerk, das schaffen die wenigsten. Denn ihre Gesundheit ist meistens vorher schon auf dem Tiefpunkt, daß sie einen Ruheposten nötig haben.

Im Mai 1974 wurde der E-Ofen 5 eingeweiht, der in drei Stunden 100 Tonnen Stahl verschmelzen kann.

Die Klöckner-Kapitalisten haben damals bei der Einweihung des neuen E-Ofens den Fortschritt in den Himmel gehoben. Vor allem ging es ihnen um die Technik und die Leistung, die der Ofen in kürzester Zeit hergibt. Doch seit dieser Einweihung ist die Arbeitshetze im Stahlwerk gesteigert worden, und die Arbeitsbedingungen sind kaum noch zu ertragen.

Der Ofen schmeißt die Tonnen nur so raus, und in den Gruben kommt man nicht mehr mit. Zu kleine Gruben und immer mehr Tonnen. Die Gubenarbeiter müssen immer schneller und häufiger die heißen Konkillen wechseln. An Abkühlung ist nicht zu denken, denn dann würde die Produktion stocken. Die Strahlungstemperaturen von über 1 000 Grad sind mörderisch. Jetzt in den Wintermonaten kommt man durchnäßt aus den Gruben in die kalte Zugluft. Kein Wunder, daß man sich dabei eine Erkältung nach der anderen holt.

Hinzu kommt der Staub und vor allem der Lärm des neuen Ofens. Am 10.4.74 wurden Lärmmessungen am E-Ofen 5 fünf Meter vor der Ofentür durchgeführt. Während der Einschmelzphase sind Lautstärkewerte 20 bis 30 Dezibel A (dB/A) über den von den Kapitalisten festgelegten Höchstwerten von 85 dB/A zu verzeichnen. Sie reichen damit an die Schmerzgrenze von 110 bis 120 dB/A heran.

Durch die analytische Arbeitsplatzbewertung sollen diese Bedingungen mit ein paar Pfennig Lohn festgeschrieben werden. Nach den Anforderungsarten wird für Hitze, Staub und Lärm mehr gezahlt. Damit ist dann gerechtfertigt, Lärmschutz usw. nicht durchzuführen. Wenn die Arbeiter Lärmschutzmaßnahmen erkämpft haben, können die Kapitalisten dann Punkte abziehen, wodurch der Lohn gedrückt wird. So sind den Kapitalisten alle Spaltungsmanöver möglich.

Die Klöckner-Kapitalisten haben in den letzten Jahren ständig investiert, um die Produktion zu rationalisieren. Bei dauernden Baustellen verwandelten sie den Betrieb in eine Stolperlandschaft, was zu vermehrten Unfällen geführt hat. Die Schichtarbeit tut den Rest. Die Forderung nach mehr Urlaub wird verstärkt diskutiert und gefordert. So wurde auf der Vertrauensleuteschulung am 8. Oktober die Forderung
lung am 8. Oktober die Forderung
nach zwei Tagen mehr Urlaub für Schichtarbeit der Tarifkommission für diese Stahltarifrunde mit auf den Weg gegeben.

In der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet der Fortschritt, den die Kapitalisten anpreisen, nur die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft. Die proletarische Revolution verwandelt die Arbeit in das erste Lebensbedürfnis, das die Arbeiterklasse bewußt und planmäßig erfüllt. – (g., Klöckner-Zelle Osnabrück)



Auswirkung einer 8,5 %-Lohnerhöhung auf die Löhne bei Hoesch, verglichen mit einer Lohnerhöhung von 1 DM mehr für alle gleich.

	gegenwärtiger Stundenlohn	bei 8,5 %	Veränderung gegenüber 1 DM-Forderg.
Behinderte im Technischen Sozialbereich (10 Punkte)	8,70	0,74	– 0,26
Arbeiter in der Werkstatt (18 Punkte)	9,33	0,79	– 0,21
Produktionsarbeiter (21 Punkte)	9,68	0,82	– 0,18
Facharbeiter (25 Punkte)	10,14	0,86	– 0,14
Kolonnenführer, Spezialfacharbeiter (28 Punkte)	10,49	0,89	– 0,11
Vorarbeiter bei Facharbeitern (34 Punkte)	11,08	0,94	– 0,06
Vorarbeiter bei Spezialfacharbeitern (36 Punkte)	11,41	0,97	– 0,03

Ausreichender Lohn auf der Grundlage des Normalarbeitstages

In der Westfalenhütte wurde bei geringfügig verringerter Belegschaft in der Weiterverarbeitung 30 % mehr aus den einzelnen Kollegen herausgeschunden. Die Stahlerzeugung selbst ging zurück und war mit dem Abbau von Überstunden und der Einführung von Kurzarbeit verbunden. Seit Juni 1975 wird in diesen Bereichen der Hüttenwerke keine Überstunde mehr gefahren. Vom 19. bis 31. Dezember 1975 wurde Kurzarbeit in Form eines Blockstillstandes durchgeführt.

Im unmittelbaren Bereich der Verarbeitung im Kaltwalzwerk I dagegen wird gegenwärtig „gepanzert“, d.h. es werden Überstunden und Sonderschichten gefahren.

Im FK I (Kaltwalzwerk I) liegen die meisten Arbeiter bei 14 bis 16 Punkten. Das sind meist angelernte Arbeiter. Facharbeiter liegen bei bis zu 30 Punkten. Ein Facharbeiter mit 30 Punkten, der Normalschicht fährt, d.h. 40-Stundenwoche und Frühschicht, kommt in FK I nicht mal auf 1 400 DM netto. Dagegen hat ein Springer mit 15 Punkten 1 700 DM bis 1 800 DM, wenn er statt der Normalarbeitszeit Conti-Schicht fährt.

Das zeigt, bei gleichzeitig gesteigerter Arbeitsleistung den Zwang zur Schicht-, Samstags- und Sonntagsarbeit, zur Überstundenschinderei. Deshalb ist es richtig, wenn die Stahlarbeiter um eine ausreichende Tariflohnerhöhung auf der Grundlage des Normalarbeitstages kämpfen. – (m., Dortmund/Red.)

Peine. Die 24 Lehrlinge des ersten Lehrjahrs der Elektroanlagen-Installateure von P & S, Werk Peine, haben am Montag Vormittag in einer Versammlung als Forderung beschlossen: 174 DM mehr, also 1 DM pro Stunde (174 Stunden werden bei P & S monatlich abgerechnet) sowie Anhebung des ersten, zweiten und dritten Lehrjahres auf das vierte – 21 Lehrlinge stimmten für diese Forderungen, einer dagegen, zwei waren abwesend. Die drei Vertrauensleute, die gleichzeitig gewählt wurden, wurden beauftragt, diese Forderungen gegenüber der Tarifkommission und dem Jugendvertrauenskörper zu vertreten. Auf einer Sitzung des Jugendvertrauenskörpers am Montag Nachmittag wurde eine Forderung nach 160 DM im ersten und zweiten Lehrjahr, 150 DM im dritten und vierten beschlossen. Vier von 19 Vertrauensleuten stimmten für die Forderung des ersten Lehrjahrs der Elektroinstallateure, fünf enthielten sich.

Bei Thyssen-Henschel, Kassel, haben die Arbeiter im Lokbau ihre Vertrauensleute verpflichtet, die Festgeldforderung in Höhe von 168 DM mehr im Monat in der Hallenvertrauensleutesitzung, die letzten Mittwoch stattfand, zu vertreten. Dort wurde diese Forderung mit großer Mehrheit verabschiedet und die Vertrauenskörperleiter verpflichtet, die Forderung auf der betrieblichen Vertrauenskörper-Leitersitzung, die am Montag stattfand, zu vertreten. Dort war der zweite IG Metall-Bevollmächtigte Lipp anwesend. Anscheinend witterten die Sozialdemokraten die Gefahr, zumal schon im letzten Jahr für Thyssen Henschel eine Mindestforderung aufgestellt wurde. Als die Vertrauenskörperleiter aus dem Lokbau die 168 DM-Forderung als Antrag einbrachten, zog Lipp schon alle Register der sozialdemokratischen Forderungspolitik. Mit dem Hinweis, daß bei Thyssen Henschel nur zirka 15 Prozent in Lohngruppen unter der Ecklohngruppe 6 eingestuft seien, behauptete er, würden die Kollegen darüber mit einem Festgeldbetrag benachteiligt. Er rechnete die 168 DM auf die Lohngruppe 6 um und kam dabei auf eine 13 %-Forderung. Außerdem, so meinte er scheinradikal, würden die Unternehmer mit diesem Festgeldbetrag noch geschont. Bei der Abstimmung konnte er diese 13 %-Forderung gegen die Stimmen der Vertrauenskörperleitung aus dem Lokbau durchdrücken. Das ist eine übliche sozialdemokratische Taktik. Erst hoch mit den Prozenten auftreten, um die Forderungsart an den Mann zu bringen und zu spalten, dann weniger Prozente in der Tarifkommission beschließen und am Ende mit wenig Prozenten abschließen. Am 6. November ist Vertreterversammlung der Ortsverwaltung. Die Vertreter aus dem Lokbau werden dort weiter die 168 DM-Forderung vertreten.

Oldenburg. Im Oldenburger AEG-Werk sollen 125 von 2 350 Arbeitern und
Oldenburg. Im Oldenburger AEG-Werk sollen 125 von 2 350 Arbeitern und
Angestellten entlassen werden, das Zweigwerk Vechta (150 Arbeiter und Angestellte) soll geschlossen werden. Dies ist Teil der Entlassungs- und Schließungspläne der AEG-Kapitalisten. Der Vertrauenskörper der Werke Oldenburg und Vechta hat sich einmütig gegen diese Pläne ausgesprochen und Aktionen besprochen. Am Freitag, 29.10., soll um 17 Uhr eine Protestkundgebung der IG Metall in Vechta stattfinden.

VW Wolfsburg: 3 von 4 Kranfahrern aus der Frühschicht der Halle 17 (Schnittbau) weigerten sich am vorletzten Samstag, Sonderschichten zu arbeiten. Daraufhin wurden die Kollegen zum Meister gerufen, der sie zum Arbeiten zu bewegen versuchte. Die Kranfahrer arbeiteten nicht. „Ich habe für die Durchsetzung der 40-Stundenwoche gekämpft, deshalb komme ich nicht“, erklärte ein Arbeiter hinterher.

Brügge/Belgien. Rund 3 500 Arbeiter beteiligten sich am 22. Oktober an einer Kundgebung gegen die Entlassungen im Siemens-Werk Oostkamp. Die Kundgebung fand innerhalb eines vierundzwanzigstündigen Streiks statt. Im Werk Oostkamp sollen 850 von 3 300 Beschäftigten entlassen werden. Das Werk Baudour (200 Mann Belegschaft) soll ganz geschlossen werden. Dort halten die Arbeiter das Werk weiter besetzt.

Mannheim. Durch die langanhaltenden und heftigen Streiks der John Deere-Arbeiter im Hauptwerk in Moline (USA) fehlen den John Deere-Kapitalisten hier im Werk Mannheim Ölpumpen und andere wichtige Teile für die Schlepperendmontage. Deshalb haben sie für etwa 700 Arbeiter Kurzarbeit beantragt für die Zeit vom 8. bis 19. November. Die Arbeiter im Montagebereich lehnen dies einhellig ab. Es werden Abteilungsversammlungen und eine sofortige Vertrauensleutesitzung gefordert, um Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Kurzarbeit einzuleiten. Der Betriebsrat hat die Kurzarbeit einstimmig abgelehnt und eine einstweilige Verfügung beantragt gegen den Aushang der Geschäftsleitung, auf dem sie die Kurzarbeit ohne Zustimmung des Betriebsrates bekannt gemacht hat. Unter anderem begründete der Betriebsrat die Ablehnung damit, daß es der Geschäftsleitung nicht ermöglicht werden darf, sich an den Geldern der Arbeitslosenversicherung schadlos zu halten, um den Schlag, den ihnen die John Deere-Arbeiter in den USA bereiten, abzumildern.

Die „Süddeutsche Zeitung“ meldet am 21.10., was die Kapitalistenklasse sich zum Ziel in den Lohnkämpfen gesetzt hat: „Das den Spitzenverbänden der Industrie nahestehende Institut der Deutschen Wirtschaft verlangt von den Gewerkschaften Zurückhaltung bei künftigen Lohnforderungen mit dem Ziel, die volkswirtschaftliche Lohnquote (das ist der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen) zugunsten der Gewinne der Unternehmen um nochmals ein halbes bis ein Prozent herabzusetzen.“

Im Bereich der Feinmechanik und Elektroindustrie nahmen 1975 die Beruferkrankungen, hauptsächlich Lärmerkrankungen, um 36,3 Prozent zu. Auch die tödlichen Unfälle nahmen zu, um 22,8 Prozent auf 237. Das meldet die Zeitung der entsprechenden Berufsgenossenschaft, die in den Betrieben von den Kapitalisten ausgelegt wird, unter der Überschrift: „Die Arbeit im Betrieb wird von Jahr zu Jahr sicherer.“ Als Beleg dafür wird der Rückgang der meldepflichtigen Unfälle um 18,5 Prozent auf 87896 genannt. Für diesen Rückgang ist der verstärkte Druck der Kapitalisten in der Krise verantwortlich, der dazu führt, daß Unfälle nicht „meldepflichtig“ werden, das heißt, die betroffenen Arbeiter nicht länger als drei Tage fehlen. Bei tödlichen Unfällen hilft das nichts. Und deren Steigerung gibt die wirkliche Entwicklung an. Ebenso wie die rasche Steigerung der Berufskrankheiten Auskunft über den immer schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft gibt.

In der **Preßholzfabrik Werzalit in Oberstenfeld (bei Stuttgart)** beträgt die Arbeitszeit in der Regel 250 Stunden im Monat, das sind 10 Stunden täglich einschließlich samstags. Die Pause in den 10 Stunden beträgt ganze 30 Minuten. Der Lohn der meist ausländischen Arbeiter beträgt zwischen 1 200 und 1 400 Mark netto. Im Geschäftsbericht der Firma heißt es: „Die neue Werzalit-Türenfabrik in Durango (Mexiko) produziert voll. Die Planung eines weiteren Werks steht vor dem Abschluß.“ Die Ausbeutung der Arbeiter in Westdeutschland ist die Grundlage, von der aus die Kapitalisten den imperialistischen Konkurrenzkampf führen. (Nach Bezirksbeilage Mittlerer Neckar)

Daimler-Benz-Konzern kauft Fabrik in den USA. Nach VW will sich nun auch das zweite große westdeutsche Automobil-Monopol, die Daimler-Benz AG, eigene Produktionsstätten im Lande der Supermacht USA kaufen. Es handelt sich um eine Fabrik, die Nutzfahrzeuge herstellt und bisher unter dem Namen Euclid Inc. lief. Die Daimler-Benz AG wird rund 150 Millionen DM ihres den westdeutschen Arbeitern abgepreßten Profits für den Kauf dieses Werkes aufwenden. – (Nachrichten für Außenhandel, 22. Oktober)

Frankfurt. Teilstillegungen und Entlassungen werden für Demag-Pokorny (Drucklufttechnik) geplant. Der Betriebsrat hatte mit der Konzernleitung des Demag-Konzerns in Düsseldorf über den „Fortbestand der Produktionsstätte Frankfurt“ verhandelt. Zwar bestände die „Neigung“, teilte der Betriebsrat der Belegschaft mit, auch die „Fertigungsstätte“ Frankfurt bestehen zu lassen – allerdings sollen dann wieder vor allem Kolbenkompressoren produziert werden, was Teilstillegungen und Entlassungen bedeutet.

Düsseldorf. Die Streichung der untersten Tarifgruppe (Tarifgruppe I) im neuen Manteltarifvertrag fordern die Mitglieder der HBV-Fachgruppe Banken mit dem Ziel, auch die Tarifgruppe II abzuschaffen. Der alte Manteltarif ist zum 31. Dezember 1976 gekündigt. Weiter wurde gefordert: Ein Urlaubsgeld von mindestens 50 % vom Bruttogehalt, Kündigungsschutz für ältere Angestellte und für Vertrauensleute. In den Banken sollen, so wurde von der HBV-Ortsverwaltung verlangt, Vertrauenskörper aufgebaut werden.

Für die ca. 330000 Beschäftigten im Bereich Groß- und Außenhandel in Nordrhein-Westfalen wird der Lohn- und Gehaltstarifvertrag zum 31.12.1976 gekündigt. Im letzten Jahr 1975 hatte die Gewerkschaft HBV 8,5 % mehr Lohn und Gehalt gefordert. Die Verhandlungen endeten damals mit einem Schlichtungsspruch von 5,4 % Lohn- und Gehaltserhöhung. Die Tariflöhne und -gehälter im Bereich Groß- und Außenhandel sind mit die niedrigsten in der gesamten BRD. So reichen die Gehaltsgruppen I bis III, in denen ca. 8 % der Beschäftigten eingruppiert sind, lediglich von 845 DM Anfangsgehalt in der Gehaltsgruppe I bis 1435 DM Endgehalt in der Gehaltsgruppe III. In der Lohngruppe I bis V reichen die Tariflöhne von 957 DM bis 1357,20 DM (brutto). Diese Löhne und Gehälter reichen kaum noch für das nackte Dasein. Für den Lohnkampf muß eine Festgeldforderung aufgestellt werden, die der absoluten Verelendung in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen entgegenwirkt. Es müssen mindestens 170 DM sein, weil durch den letzten Tarifabschluß schon viele Arbeiter und Angestellte in eine schlechte Lage gekommen sind. Nur durch einen solchen Festbetrag kann der Zusammenschluß der Arbeiter und Angestellten gegen die Kapitalisten erreicht werden. Das ist eine Erfahrung der bisherigen Kämpfe. – (w., Köln / Red.)

Bosch-Fernseh: „Wir schlagen uns nicht für den Profit der Kapitalisten“

Wenn es nach den Bosch-Kapitalisten ginge, dann sollen die 759 Arbeiter und 988 Angestellten bei Bosch/Fernseh (Herstellung von Fernsehstudios) mit fliegenden Fahnen in die Schlacht um den Höchstprofit ziehen. „Die Konkurrenz ist so hart wie ein Boxkampf und spitzt sich von Runde zu Runde zu“, so Geschäftsleiter Oechsner auf der Betriebsversammlung.

Wer die Prügel bezieht und wer die Prämie kassiert, das wissen die Kollegen. In einigen Abteilungen wurden bis vor kurzem noch bis zu zehn Überstunden die Woche gemacht. Produktion unter Prämienhetze, dafür nicht einmal entsprechenden Lohn. Ständige Terminhetze in Fertigung, Prüfung und Entwicklung. In den letzten zwei Jahren wurde die Belegschaft nicht vergrößert, aber über 40 Prozent mehr Umsatz gemacht. Besonders da, wo keine Prämie geschafft wird, zum Beispiel beim Transport und im Lager, werden Löhne zwischen 900 und 1 000 DM netto gezahlt – teilweise an Ernährer ganzer Familien.

Die Betriebsversammlung wurde genutzt, um diesem Programm der Kapitalisten entgegenzutreten. „Der Boxkampf soll wohl so aussehen, daß wir uns mit den Ampex-Arbeitern (Ampex ist der größte Konkurrent auf dem Videomarkt) prügeln, wer von den Kapitalisten in der Konkurrenz gewinnt? Das nutzt nur eurem Profit!“ Diese Entgegnung eines Arbeiters fand Beifall bei der Belegschaft. Die Lohnraubabschlüsse der letzten Tarifrunde und die niedrigen Löhne für große Teile der Belegschaft wurden angegriffen und klar gemacht, daß eine ausreichende Erhöhung in Mark und Pfennig jetzt in den Abteilungen diskutiert und aufgestellt werden muß, um ein Absinken gerade der unteren Lohngruppen ins Elend zu verhindern. Auch dieser Beitrag fand Zustimmung.

Die Verschärfung der Ausbeutung durch eine Fertigungssteuerzentrale wurde von einem Vertrauensmann scharf angegriffen. Mit Computerunterstützung wird mit dieser Anlage die Einhaltung der Vorgabezeiten (bisher in einer Halle) überwacht und die Arbeitshetze, die bisher über Vorgabezeiten und Prämiensystem betrieben wurde, wird so weiter verschärft. Der Kollege forderte die Abschaffung der Prämienarbeit und Beseitigung der Fertigungssteuerzentrale. Die Geschäftsleitung bemühte sich, diesen Angriffen auszuweichen und lud den Kollegen zu einer „Unterredung“ ein. Der Kollege daraufhin: Die Forderung sei klar, und wenn sie nicht erfüllt würde, passiert was.

Es war ein direkter Anschlag auf die Forderungen der Kollegen, als der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Schweitzer so tat, als würde er auch die Abschaffung der Prämienarbeit fordern: „Die Aufrechterhaltung des Prämienlohns sei nicht mehr erforderlich, da die Fertigungssteuerzentrale bessere Kontrolle bieten würde.“ Auch gegen die Schichtarbeit trat er nicht auf – er bemängelte lediglich, daß er als Betriebsrat vorher nicht informiert wurde, was natürlich eine Frechheit von seiten der Geschäftsleitung gegenüber dem Vertretungsorgan der Belegschaft ist.

Diese Versöhnungsversuche wurden auf der Versammlung angegriffen, und es gibt auch jetzt immer noch Auseinandersetzungen im Betrieb. Denn eins ist klar: Mit solchen „Vertretern“, die die Diskussion um den Lohnkampf auf der letzten Betriebsversammlung vor Beginn der Tarifrunde offen sabotieren, kann die Belegschaft die Pläne der Kapitalisten nicht wirksam bekämpfen – das ist aber nötig. – (a., Darmstadt)

Keine „anderen Menschen“ bei Kolb als bei Fritz Werner

„Seid ihr denn andere Menschen als bei der Firma Kolb in Köln und Honsberg in Remscheid (beides Tochterfirmen des DIAG-Konzerns, dem auch Fritz Werner angehört), wo der Leitstand zum Teil schon seit Jahren gut läuft!“ So versuchte der Kapitalistenvertreter Fleck auf der letzten Betriebsversammlung der Firma Fritz Werner in Westberlin uns Kollegen des DIAG-Konzerns gegeneinander auszuspielen (siehe KVZ Nr. 42, Seite 5) und die Verschärfung der Akkordhetze durchzusetzen.

Fleck tut so, als wären wir Arbeiter von Kolb mit dem Leitstand zufrieden. Dem ist aber nicht so! Der Leitstand ist bei uns erst seit kurzem in Betrieb und auch nur in einigen Abteilungen. Die Kollegen aus der Dreherei und Fräserei bekommen dieses computergesteuerte Überwachungssystem, das die Arbeiter über ein Meldesystem jederzeit überwacht, zu spüren.

Früher konnten sie bei relativ einfachen Teilen, oder wenn man eine größere Serie anfertigte und die langen Umrüstzeiten einsparte, einen Vorrat an Akkordminuten sammeln. Durch die direkte Kontrolle über den Leitstand ist das heute nicht mehr möglich. Auf der Vertrauensleutesitzung am 3.9.76 protestierte ein Vertrauensmann: „Man arbeitet immer mit der Angst im Nacken, den Akkord nicht zu schaffen. Das macht einen fertig!“ Und auf der folgenden Betriebsversammlung am 10.9. faßte ein Arbeiter den Unmut der Belegschaft zusammen, als er auf eine Wahlrede der Ministerin Katharina Focke zur Gesundheitspolitik antwortete: „Sie reden immer viel vom Streß. Was soll denn dann der Leitstand in unserer Firma!“

Er erhielt kräftigen Beifall. Das zeigt, daß die Kollegen der Firma Kolb sich nicht mit dem Leitstand abfinden. – (h., Köln)



Im Druckerstreik haben die Arbeiter die Angriffe der Kapitalisten und des bürgerlichen Staatsapparates auf das Streikrecht zurückgeschlagen. (Bild: Demonstration der Drucker in Hamburg am 13.5.76) Die Bourgeoisie will das Streikrecht noch weiter einschränken. Die Forderung „uneingeschränktes Streikrecht“ muß durchgesetzt werden.

Bourgeoisabsichten

Der Deutsche Juristentag hat im September über neue gesetzliche Regelungen des Streikrechts diskutiert. Die zahlreichen selbständigen Streiks der Arbeiter in den verschiedenen Industriebranchen in den letzten Monaten, die Lohnbewegungen im öffentlichen Dienst und in der Druckindustrie stören die Profitgier der Kapitalisten, ihre Expansionsbestrebungen und Kriegsvorbereitungen erheblich. Durch die Anwendung von Gesetzen, wie das Tarifvertragsgesetz (vergl. KVZ Nr. 41, Seite 6) und durch neue Gesetzesvorlagen versucht nun die Bourgeoisie die Kämpfe der Arbeiterklasse einzuschränken und niederzuhalten.

Schon im August hat ein Wissenschaftlicher Rat und Professor Dr. Hugo Seiter in einem Juristenblatt seine Vorstellungen zur „Kodifizierung des Arbeitskampfrechtes“ für den Juristentag ausgebreitet. Zuerst einmal: Die Aussperrungsbestimmungen für die Kapitalisten bleiben, wie sie sind. „Bei einem Aussperrungsverbot müßte sich der Staat allein auf das gesamtwirtschaftliche Veranwortungsbewußtsein der Gewerkschaften verlassen.“ Darauf will sich der Professor nicht einlassen. Zu Recht. Die Arbeiterklasse wird sich den Profitinteressen nicht unterwerfen. „Es wäre zwar auch denkbar, die Arbeitnehmerseite rechtlich von vornherein anzuhalten, den Kampf in einem fairen Umfang zu beginnen und auf besonders effektive Streikformen zu verzichten“, aber, fährt der Professor fort, „staatliche Organe wären wohl kaum in der Lage, die Respektierung gesetzlicher Verpflichtungen zu garantieren“. Raus will die Bourgeoisie auf die Zwangsschlichtung, welche von vornherein Streikkämpfe verhindert. „Es müssen die Voraussetzungen geprüft werden, die eine friedliche Einigung begünstigen. Zweckmäßig wäre es, die Durchführung einer Schlichtung vor Beginn der Kampfmaßnahmen zur gesetzlichen Pflicht zu machen.“ Jede durch Urabstimmung beschlossene Kampfmaßnahme der Gewerkschaften soll sofort per Gesetz gestoppt werden. Und kommt es doch zum Streik, dann fordern die Juristen, „die Befugnis des Staates zur Anordnung einer Abkühlungsperiode“ zu erwägen.

Per Gesetz soll die Arbeiterklasse und ihre Organisation, die Gewerkschaften, weiter an die Kette gelegt werden. Schon Anfang der fünfziger Jahre hat die Bourgeoisie den politischen Streik zur „Parlamentsnötigung“ erklärt und mit Gefängnisstrafen bei Verstoß dagegen belegt. Nicht offizielle Streiks wurden durch die Rechtsprechung illegalisiert. Die Notstandsgesetze haben dieses Paragrafen- und Urteilsnetz noch enger gezogen. „Die Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ dürfe nicht durch Streiks behindert werden. (Vgl. auch Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitshefte Nr. 3)

Ein umfassendes Gesetzespaket soll die Bewegung im öffentlichen Dienst fesseln. Bei Streikaktionen soll eine Dienstverpflichtung eingeführt werden: „Auf jeden Fall muß die Organisation eines ausreichenden Erhaltungsdienstes zur gesetzlichen Pflicht werden“, heißt es in Vorschlägen des Professors. „Zu denken wäre insbesondere an ein modifiziertes Streikrecht im Hinblick auf bestimmte Tätigkeiten ... Würde sich der Gesetzgeber entschließen, vom Streikverbot für Beamte zugunsten tätigkeitsbezogener Kampfverbote abzugehen ...“ Die Absicht ist also, das Streikverbot für Beamte auf den ganzen öffentlichen Dienst auszudehnen.

Merck Darmstadt. Arbeiter fordern einen effektiven Monatslohn als Weihnachtsgeld. Arbeiter der Pumpenwerkstatt von Merck (15 Kollegen) verlängerten am Montag ihre Frühstückspause eine halbe Stunde, um mit dem Betriebsrat über das Weihnachtsgeld zu reden. Ein zur Stellungnahme aufgeforderter Vertreter der Geschäftsleitung erschien nicht. Die Arbeiter fordern die volle Bezahlung des Weihnachtsgeldes nach dem Bruttoverdienst. Bezahlen wollen die Kapitalisten lediglich 100 Prozent des Tariflohns. Der Arbeiterlohn setzt sich aber aus Tariflohn und Zulagen zusammen wie zum Beispiel Akkord oder Prämie. Konkret bedeutet das, eine Arbeiterin, Lohngruppe I, hat tariflich 1323 DM. Durch Akkord verdient sie 1800 DM. Sie verliert beim Weihnachtsgeld 470 DM. Ein Arbeiter, Lohngruppe IV, hat tariflich 1422 DM, durch Prämie und andere Zulagen kommt er auf 1750 DM. Er verliert 330 DM. Besonders betrogen sind die Arbeiter, die das ganze Jahr Überstunden und Schicht arbeiten mußten.

Aachen. Kurzarbeitergeld einbehalten. Seit Februar wird in der Schirmfabrik Bauer kurzgearbeitet und ist der Nettolohn um zirka 150 DM gekürzt. Bei einem Nettolohn von 580 DM zum Beispiel zahlt der Kapitalist nur noch 300 DM selbst, der Rest kommt aus der Arbeitslosenversicherung. Von diesem Kurzarbeitergeld hat der Kapitalist von Februar bis Mai noch 200 DM einbehalten, den Arbeiterinnen gestohlen. Die Arbeiterinnen haben die Auszahlung des Geldes erzwungen. Jetzt verzögert der Kapitalist die monatliche Auszahlung des Kurzarbeitergeldes, um so an billiges Geld zu kommen.

Gittelde (Niedersachsen). Vor kurzer Zeit feierten die Fuba-Kapitalisten 25-jähriges Bestehen ihres Werkes. Dazu veranstalteten sie ein Betriebsfest.

Einige Tage vorher schickten sie ein Rundschreiben an alle Abteilungen. Sie riefen zu einer Spendensammlung auf für ein Geschenk an die „Teilhaber“ des Betriebes als Dank für die Einladung der Belegschaft zum Betriebsfest.

Die Meinung der Arbeiter und Angestellten war einhellig, daß die Herren „Teilhaber“ eh schon genug an den Arbeitern verdient hätten. Einen Tag vor dem Betriebsfest mußten die Listen wieder zurückgezogen werden. Es war kein Geld zusammengekommen. – (Aus: Bezirksbeilage Braunschweig / Red.)

Niedersachsen. Die Arbeiter und Angestellten im Tischlerhandwerk haben sich durchgesetzt gegen die Kapitalisten im Tischlerhandwerk. Am 18. Oktober mußten die Kapitalisten den neuen Manteltarifvertrag auch im Tischlerhandwerk anerkennen. Der Tarifvertrag ist seit dem 15. September in den übrigen holzverarbeitenden Bereichen in Kraft. Er ist Produkt sozialdemokratischer Versöhnungspolitik. Sein wesentlicher Inhalt ist Anhebung des Urlaubs auf 30 Tage bis 1981 und Erhöhung des Urlaubsgeldes bis auf 50 Prozent vom Monatslohn bis 1979. Er ist bei den Holzarbeitern auf Ablehnung gestoßen. Die Tischlerhandwerkskapitalisten wollten jetzt die Arbeiter in ihren Betrieben noch weit unter diesen Vertrag drücken und von den übrigen Beschäftigten abspalten, indem sie den Tarifvertrag nicht anerkannten und aus der „Tarifgemeinschaft“ mit den übrigen Kapitalistenverbänden ausschieden. In verschiedenen Orten Niedersachsens gab es Protestversammlungen. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff mußte einem Streik zustimmen. In Oldenburg z.B. wurde beschlossen, am 19. Oktober in allen größeren Betrieben Oldenburgs den Vollstreik zu beginnen. Am 18. Oktober mußten die Tischlerkapitalisten dem Abschluß zustimmen.

Hamm. Die Rechtssekretärin des DGB-Kreises Hamm-Beckum, Ulla Junckersdorf, wurde auf Beschluß des DGB-Vorstandes vom Landesbezirk mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Die Suspendierung wird begründet mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen des DGB und des Verdachts der Mitgliedschaft im KBW. In einem offenen Brief an ihre Gewerkschaftskollegen schreibt Ulla Junckersdorf: „Ich bin suspendiert worden, weil ich in Hamm als Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland bekannt bin. (...) Ich denke, daß ich die Interessen der Kollegen, die mich bevollmächtigt haben, vertreten habe. Die Statistiken der Rechtsabteilung beweisen es. (...) Wenn ich also nicht den Kollegen schade, wem schade ich dann? Doch nur denjenigen, die die Klassenversöhnung auf ihre Fahnen geschrieben haben und den grundlegenden Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln beruht, leugnen wollen.“

Gegen die Suspendierung gibt es im Raum Hamm Widerstand und Empörung. Die Vertrauensleute der IG Metall auf der Vertrauensleuteversammlung in Günne-Möhnesee wollten sich gegen die Suspendierung aussprechen. Sie konnten vom sozialdemokratischen IGM-Bevollmächtigten H. Wittnik noch daran gehindert werden.

Der Betriebsrat der Firma Avernhage hat in einer Resolution die Zurücknahme der Suspendierung und des Hausverbots gefordert sowie den Fall der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

17 von 19 Gewerkschaftsmitgliedern in dieser Schicht haben die Resolution unterzeichnet.

Zuwarten hilft dem Feind!

Vor zwei Wochen hat Heinz Kluncker aus Günzburg an die westdeutsche Bourgeoisie signalisiert, auf welchem Wege sich die Kampfbereitschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in diesem Winter umschiffen lasse. Man beabsichtige nicht, „Schrittmacherdienste" zu leisten, sondern wolle sich an den Abschlüssen in der gewerblichen Wirtschaft orientieren. Die Signale sind angekommen. Das Herbstgutachten der fünf Wirtschaftsinstitute legt – neben anderen Lumpereien – auch die Linie fest, auf der die Bourgeoisie gegen die Kämpfe der Beschäftigten in öffentlichen Diensten antreten wird. Vorläufig kommt alles noch streng wissenschaftlich daher, aber wartet nur ein Weilchen, dann wird der Wirbel kommen. Das „Handelsblatt" berichtet über das Gutachten:

„Als Arbeitgeber könne der Staat zusätzliche Beschäftigungsimpulse geben, indem er auch im öffentlichen Dienst eine ‚beschäftigungsorientierte Lohnpolitik' betreibe: Mit zeitweilig deutlich unter dem Durchschnitt des Unternehmenssektors liegenden Lohnsteigerungen entstünde Spielraum für Mehrbeschäftigung, ohne daß dies negative Rückwirkungen auf die Haushaltspolitik hätte."

Der Kernpunkt dieser Taktik ist die „zeitweilig deutlich unter dem Durchschnitt liegende Lohnsteigerung". Bereinigt man diesen geschwollenen Ausdruck um die Inflationsrate, so heißt er „deutlich über dem Durchschnitt liegende Lohnsenkung erzwingen". Reformismus bedeutet Streben nach Klassenversöhnung. Das Günzburger Friedensangebot von Heinz Kluncker lautete: Ein Abschluß in Höhe der Abschlüsse in der industriellen Beschäf-

kung erzwingen". Reformismus bedeutet Streben nach Klassenversöhnung. Das Günzburger Friedensangebot von Heinz Kluncker lautete: Ein Abschluß in Höhe der Abschlüsse in der industriellen Beschäf-

tigung sichert den glatten Verlauf der Dinge.

Sofort legt die Bourgeoisie fest, daß der „Frieden" nur um den Preis einer überdurchschnittlichen Lohnsenkung zu haben ist.

Die Devise „Keine Schrittmacherdienste leisten" bedeutet Schwächung. Sie bedeutet Schwächung, weil sie Spaltung bedeutet. Wartet die zweitgrößte Gewerkschaft der westdeutschen Arbeiterklasse tatenlos ab, wie es „in der gewerblichen Wirtschaft" wohl ausgehen möge, so schwächt sie den Lohnkampf in der „gewerblichen Wirtschaft", auf deutsch also der Arbeiterklasse. So wie die SPDler darauf versessen sind, der Bourgeoisie zu gefallen, damit sie in der Regierung bleiben, muß man erwarten, daß die neue Linie der SPD-Fraktion in der ÖTV heißen wird: Der Abschluß im öffentlichen Dienst darf nicht allzusehr unter den Abschlüssen in der „gewerblichen Wirtschaft" liegen!

Die Sucht, dem Klassenkampf auszuweichen, ihn abzustumpfen, zu dämpfen, führt die Sozialdemokraten zwangsläufig in immer tiefere Zusammenarbeit mit der imperialistischen Bourgeoisie und zu immer abscheulicheren Spaltungsmanövern gegenüber der Arbeiterbewegung. Das wird aber gesehen. Der Kluncker-Ratschlag, zuzuwarten, bis gegebenenfalls die Stahlarbeiter und die Metallarbeiter abgebügelt sind, um dann seinerseits abgebügelt zu werden, ist schlecht. Deswegen wird ihm nicht gefolgt. Man sieht ja jetzt schon, was dabei herauskäme.

Lehrerbewegung in Hessen:

Die Absetzung des Streiks hat keinen Bestand!

Die Sozialdemokraten in der GEW Hessen haben die angesetzte Urabstimmung und den Streik der hessischen Lehrer gegen die verschärfte Rationalisierung und Mehrarbeit durch die Maßnahmen des staatlichen Dienstherrn abgesetzt. Begründet wurde es damit, daß nach dem Rücktritt der Landesregierung wegen der Bestechungsaffäre um „die Hessische Landesbank (HeLaBa) „neue Möglichkeiten" bestünden. Wozu neue Möglichkeiten bestünden, hat der hessische GEW-Vorsitzende Ludwig in der Gewerkschaftszeitung aufgedeckt: nämlich die „verantwortlichen Politiker dieses Landes an den Verhandlungstisch zu zwingen und damit ein partnerschaftliches Zusammenarbeiten zwischen GEW und Regierung zugunsten von Schule und Lehrerschaft zu begründen" (Hessische Lehrerzeitung, Oktober 1976). Die „neue" sozialliberale Landesregierung hat sich für diesen Kniefall bedankt: Die Sozialdemokraten in DGB- und GEW-Führung wurden belohnt. Ludwig wird ab 1. November Oberschulrat und kann damit jetzt auf der Seite der Schulaufsicht seine Spaltertätigkeit fortsetzen und mit direkter Unterdrückung verbinden; der hessische DGB-Vorsitzende und SPD-Fraktionschef Clauss, der alle Maßnahmen gegen die Lehrer mitgetragen und gegen den Streik mit Drohbriefen vorgegangen ist, wurde zum neuen Sozialminister befördert. Für die Lehrer hat die neue Landesregierung weitere Verschlechterungen vor: Wir berichteten in der letzten KVZ von einem neuen Erlaßentwurf, der die Beibehaltung, ja sogar die Ausweitung der zeitlich befristeten 2/3-Stellen sowie die direkte Unterwerfung dieser Lehrer unter „Befähigungsbescheinigungen" vom Dienstvorgesetzten vorsieht, wenn sie auf eine Planstelle übernommen werden wollen. Dies verschafft der Schulaufsicht neue Möglichkeiten zur Antreiberei und politischen Gängelung. Das schmeckt dem Dienstherrn. Deshalb hat er diese Maßnahme gleich noch auf die Referendare ausgeweitet, die bisher schon mittels Noten- und Prüfungsdruck in Abhängigkeit gehalten werden sollten. Nunmehr soll neu der Schulleiter durch eine Beurteilung 2/5 der Gesamtnote bestimmen, während die schriftlichen und mündlichen Prüfungsnoten des 1. und 2. Examens nur noch zu 1/5 bzw. 2/5 zur Gesamtnote beitragen. In Vorbereitung ist eine Gehaltsrückstufung für Lehrer. So sieht die „partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen GEW und Regierung" aus. Es ist die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung und in der Regierung. Sie dient der Unterwerfung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unter die Ziele des imperialistischen Staates. Diktiert werden diese Maßnahmen des Lohnraubs, der Rationalisierung und politischen Entrechtung von der Finanzbourgeoisie.

Der in diesen Tagen vorgelegte Haushalt des Landes Hessen dokumentiert dies.

Vor der Lehrerbewegung hatte die Absetzung des Streiks durch die Sozialdemokraten bereits bei seiner Bekanntgabe keinen Bestand. Sie wurde zurückgewiesen. Erstmals hat die GEW-Schulgruppe Gesamtschule Eschborn eine Umfrage für den Streik beschlossen und will auf ihrer nächsten Sitzung Schritte dafür beraten. Auf der Kreismitgliederversammlung Dierburg konnten nur knapp mit 36 zu 32 Stimmen Kampfmaßnahmen durch die Sozialdemokraten – vertreten durch Landesvorsitzenden Ludwig und einem Dutzend Schulleiter – verhindert werden. An der Wöhlerschule Frankfurt fand letzten Freitag eine Gesamtpersonalversammlung statt, die für die Durchsetzung der Forderung gegen Arbeitszeitverlängerung und 2/3-Stellen eintrat, den Streik für notwendig erklärte und dafür eine Pausenversammlung, Infostände in der Stadt u.a. anstrebt. Ebenso die Referendare des Studienseminars 1. Die Schulgruppe an der Ernst-Reuter-Schule in Dietzenbach beschloß, kommende Woche ein Autokorso durch die Stadt durchzuführen und an Ständen über die Schulunterdrückung und die miserablen Verhältnisse zu berichten.

In Nordhessen wurden von Lehrern aus Wolfhagen, Emstal, Zierenberg, dem Hessenkolleg, Kassel und dem Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher Telegramme für Urabstimmung und Streik an die GEW gesandt. Der Postbote, der das Telegramm aus Wolfhagen aufnahm, meinte spontan: „Das find ich gut, wenn die Lehrer sich wehren. Wir gehören schließlich alle zum öffentlichen Dienst und müssen den gleichen Kampf führen." Ganz anders reagierte der Direktor des Gymnasiums in Rotenburg: „Wer streikt, fliegt raus. Streik für Beamte ist schließlich verboten." Wenn es nach den Pausen klingelt, steht der Direktor immer auf dem Gang des Schulhauses und paßt auf, ob ein Lehrer zu spät kommt. Der wird dann gleich zu ihm zitiert. Da sieht man schon, auf wen sich der staatliche Dienstherr bei seinen Angriffen stützen kann. Da sieht man aber auch, daß es eine einheitliche Kampffront im öffentlichen Dienst gegen den staatlichen Ansteller gibt.

In Offenbach wurde in einem Antrag an die kommende Bezirksvertreterversammlung gefordert, diese Kämpfe gemeinsam mit den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zu führen. „Als einen ersten wichtigen Schritt dahin sieht die Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Darmstadt die weitestgehende, aktive Beteiligung der Lehrer und der GEW an den bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Die durch das Beamtenrecht aufgezwungene Rolle des Trittbrettfahrers muß abgeschüttelt werden." – heißt es im Antrag. Die Lehrerbewegung bereitet sich auf große Kämpfe vor. – (w., Frankfurt / Red.)

gungsbescheinigungen" vom Dienstvorgesetzten vorsieht, wenn sie auf eine Planstelle übernommen werden wollen. Dies verschafft der Schulaufsicht neue Möglichkeiten zur Antreiberei und politischen Gängelung. Das
sonalversammlung statt, die für die Durchsetzung der Forderung gegen Arbeitszeitverlängerung und 2/3-Stellen eintrat, den Streik für notwendig erklärte und dafür eine Pausenversammlung, Infostände in der Stadt u.a.
lichen Dienst. Die durch das Beamtenrecht aufgezwungene Rolle des Trittbrettfahrers muß abgeschüttelt werden." – heißt es im Antrag. Die Lehrerbewegung bereitet sich auf große Kämpfe vor. – (w., Frankfurt / Red.)

Frankfurt. Der Personalrat des Studienseminars 10 hat in einem Brief an den Landesvorstand der GEW unter anderem folgendes beschlossen: „Die gewerkschaftlich organisierten Personalräte vom Studienseminar 10 kritisieren schärfstens den Hauptausschußbeschluß vom 19.10., Urabstimmung und Warnstreik auszusetzen. Wir sind der Auffassung, daß gegenüber den Angriffen des staatlichen Dienstherrn mit Verhandlungen nicht weiterzukommen ist. (...) Wir halten weiterhin fest an der aufgestellten Forderung: – Weg mit den Zwei-Drittel-Stellen! Keine Arbeitszeitverlängerung! Zur Durchsetzung dieser Forderungen sind unverzüglich Urabstimmung und Streik durchzuführen. Wir fordern die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Landesvertreterversammlung zur endgültigen Beschlußfassung über Urabstimmung und Streik, und zwar bis Ende November."

Heidelberg. Die Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV, Kreis Heidelberg, hat beschlossen, daß den einzelnen Betriebsgruppen empfohlen wird, in diesem Jahr Festgeldforderungen aufzustellen.

Hamburg. In einer der letzten „Mitteilungen der Verwaltung des Universitätskrankenhauses" war über die Steigerung der Arbeitsunfälle von 1971 bis 1975 im UKE zu lesen. Die oberen Herren aus der Verwaltung hatten sich auf Ursachenforschung begeben. Dabei kamen sie zu folgendendem Ergebnis: Wären die Transportpfleger vorsichtiger gegangen, so wären die „meisten Unfälle vermeidbar gewesen". Dann wird den Kollegen folgender Tip für die Arbeit gegeben: „Beim Bettenschieben auf Schnelligkeit verzichten."

Jeder im UKE weiß, wie zum Beispiel in der Chirurgie die Transportpfleger gezwungen sind, mit den Betten mit Tempo duch die Stationen und Abteilungen zu flitzen! Auch unter den Transportpflegern ist rationalisiert worden. Weniger Kollegen müssen mehr schaffen als vorher. Das führt unweigerlich zu mehr Unfällen. Die Verantwortung dafür trägt die Klinikleitung und nicht die Transportpfleger, deren Arbeitskraft nur verschärft ausgepreßt wird. – (Nach Bezirksbeilage Hamburg)

Jugendamt Stuttgart: Schluß mit den unbezahlten Überstunden! Das Erziehungspersonal der städtischen Heime und Wohngemeinschaften wird laut Arbeitsvertrag zu 10 1/4 Überstunden pro Monat verpflichtet. Der Zehnstundentag ist die Regel. Weitere unbezahlte Überstunden

Jugendamt Stuttgart: Schluß mit den unbezahlten Überstunden! Das Erziehungspersonal der städtischen Heime und Wohngemeinschaften wird laut Arbeitsvertrag zu 10 1/4 Überstunden pro Monat verpflichtet. Der Zehnstundentag ist die Regel. Weitere unbezahlte Überstunden werden aufgrund des „sozialen Engagements" erwartet. Die Bezahlung für die anstrengende Arbeit ist gering, und zudem werden verschiedene Angestellte für gleiche Arbeit verschieden bezahlt. Um so wichtiger ist, im Lohnkampf eine Lohnerhöhung in Mark und Pfennig zu fordern. In der ÖTV-Betriebsgruppe des Jugendamts wurde ein Flugblatt verfaßt, das zu einer Versammlung am 2. November einlädt. In diesem Flugblatt werden die unbezahlten Überstunden angegriffen. Es heißt dort: „Es wird behauptet, daß durch ständiges da sein des Erziehers der bessere pädagogische Bezug hergestellt werden kann. Damit wird aber vorausgesetzt, daß sich jeder gute Erzieher unbezahlt für die Kinder und Jugendlichen aufopfert, die er wahrhaftig nicht in die Heimerziehung getrieben hat, sondern die Verhältnisse, unter denen sie leben mußten."

Hamburg. 21 Gewerkschaftsmitglieder aus dem Kinderheim Gojenberg haben in einer Resolution von den Vertrauensleuten des Amtes für Jugend die sofortige Ansetzung einer Mitgliederversammlung der ÖTV im Amt für Jugend gefordert. Die Mitgliederversammlung soll der Vorbereitung des Lohnkampf 1977 dienen. In der Resolution heißt es: „Wir dürfen uns nicht wie letztes Jahr mit einem Prozentabschluß von 5 Prozent, mindestens 85 Mark abspeisen lassen. Wir brauchen einen Abschluß, der einen weiteren Abbau des Reallohns verhindert. Wir fordern von daher einen Festgeldbetrag, der höher als 135 Mark liegt, und die Abschaffung der Lohngruppen BAT 10 und 9."

Braunschweig. Noch dieses Jahr soll in den niedersächsischen Behörden ein neues Beurteilungssystem für die auszubildenden Beamten eingeführt werden. Der neue Beurteilungsbogen sieht vor: Erhöhung der Beurteilungsmerkmale von bisher 6 auf 12 („Einsatzbereitschaft", „Umsicht" usw.); Bewertung der Merkmale nach Punkten (1 bis 7) von „weit unterdurchschnittlich" bis „sehr weit überdurchschnittlich"; einzelne Merkmale wiegen besonders schwer, z.B. „der Grad der Bereitschaft, sich unabhängig von der Art der Aufgabe für die Erledigung einzusetzen".

Die Ortsjugendkonferenz der ÖTV Braunschweig faßte gegen die Beurteilungsbögen einen Beschluß mit folgender Begründung:

„Die Beurteilungsbögen werden vom Dienstherrn benutzt, um die Auszubildenden zu disziplinieren. Im öffentlichen Dienst haben sie besonders die Funktion, ein Wohlverhalten im Sinne des Beamtenrechts zu erzwingen. Bei der Stadtverwaltung wurde z.B. eine Kollegin mit ‚noch ausreichend' (4 minus) beurteilt, weil sie sich über die Ausbildung in einem Amt beschwert hatte. (...) Einem Jugendvertreter wurde in seiner Beurteilung vorgeworfen, daß er durch seine Jugendvertreterarbeit und deren zeitlichen Umfang sein Ausbildungsziel gefährde. Das Mittel, durch Zensuren Druck auf die Auszubildenden auszuüben, muß dem Dienstherrn aus der Hand genommen werden ..." –

Schwesternschülerinnen gegen unterdrückerische Ausbildung

In der letzten Woche wurde die Schwesternschülerin Evelin Schlette vom Diakonieseminar des Frankfurter Bürgerhospitals fristlos entlassen. Das war die Reaktion des Diakonievereins und der Krankenhausleitung auf den Zusammenschluß der Schülerinnen gegen ihre Unterdrückung. Sie hatten den Boykott einer Klausur angekündigt.

Schon immer herrscht große Unzufriedenheit bei den Beschäftigten im Haus, besonders bei den Schwesternschülerinnen. Um im Bürgerhospital die Ausbildung als Krankenschwester zu machen, muß man Diakonieschwester werden, das heißt dem Evangelischen Diakonieverein als Mitglied beitreten. Tut man das nicht, bekommt man keinen Ausbildungsplatz.

Mit den disziplinarischen Vorschriften der Ausbildungsbestimmungen („Mitzubringen sind: Bibel, Gesangbuch, Musikinstrumente ...") und den schikanösen Vereinsordnungen soll der Widerstand gegen die gewalttätige Ausbildung unterdrückt werden.

So werden die Schülerinnen im Internat kaserniert, müssen an den täglichen Andachten vor dem Dienst teilnehmen. Besuch muß bei der Oberin angemeldet werden, sowieso darf er nur bis zehn Uhr bleiben; bleibt man über Nacht weg, so hat man sich gefälligst bei einer der Hausschwestern abzumelden. Zwang ist nötig, um die Schwesternschülerinnen in den Diakonieverein zu pressen, und Zwang ist nötig, um überhaupt die Ziele der Ausbildung reibungslos in ihre Köpfe zu treiben. In den Krankenhäusern sollen sie die „Fließbandarbeit" ohne Murren und vor allem ohne Widerstand gegen die Unterdrückung der Patienten machen. Darauf bereiten sie die Zustände im Bürgerhospital gut vor. Immer häufiger kommt es zum Beispiel vor, daß hilflose Patienten eine Zeitlang im schmutzigen Bett liegen müssen, bis die Schwestern dazu kommen, es frisch zu beziehen. Notwendige Blutuntersuchungen können oft nicht gemacht werden, weil der Labordienst reduziert worden ist und eine Laborantin für das ganze Haus zuständig ist. Auf den Stationen werden teilweise unerfahrene Praktikantinnen und Schwesternschülerinnen allein im Mittagsdienst eingesetzt. Assistenzärzte, die ebenfalls noch wenig Erfahrungen haben, müssen alleine Sonntagsdienst machen. Im Bürgerhospital hat dies vor kurzem einem Patienten das Leben gekostet.

Im Unterricht der Schwesternschülerinnen werden Filme gezeigt, wo der „Wohlstand des Volkes" als Ursache für die Verschlechterung der Gesundheit angegeben wird. Die Schwesternschülerinnen sollen lernen, daß es die Unvernunft der Lohnabhängigen ist, die sie in die Krankenhäuser treibt und immer größere Teile von ihnen immer früher sterben läßt.

Als bekannt wurde, daß nach dem 4. Semester eine zusätzliche Zwischenprüfung eingeführt werden soll, gab es spontane Empörung darüber. Die Einführung dieser Prüfung muß von vornherein verhindert werden. Darüber waren sich die Schülerinnen einig. Gleichzeitig hatte das 3. Semester in einer Resolution der Schulleitung einen Boykott der anstehenden Anatomieprüfung angekündigt. Sie forderten eine Verschiebung der Prüfung, um sich wenigstens einigermaßen darauf vorbereiten zu können. Um den Kampf gegen den Prüfungsterror im Keim zu ersticken, wurde die Schwesternschülerin Evelin Schlette fristlos entlassen.

Vorläufig ist es dem Diakonieverein gelungen, die Rücknahme des Boykotts zu erreichen. In einer Resolution einer Versammlung von Schwestern und Pflegern verschiedener Frankfurter Krankenhäuser heißt es:

„Mit der Kündigung soll die allgemeine Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Zwang zur Unterwerfung unter den Dienstherrn bekräftigt werden. Dies lehnen die Unterzeichner ab. Sie treten ein für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst und fordern deshalb:

Rücknahme der fristlosen Kündigung der Kollegin Evelin Schlette!

Gegen jede Sonderregelungen in kirchlichen und gemeinnützigen Vereinen!" – (n., Stadtteilzelle Nordend Frankfurt/Red.)

ÖTV Stuttgart:

„Uns stehen schwere Lohnkämpfe bevor"

Stuttgart. Die Suspendierung des Kreisgeschäftsführers der ÖTV Stuttgart, Penzel, wurde heute durch den geschäftsführenden Hauptvorstand aufgehoben. Bedingung dafür war, daß Penzel sich bereit erklärte, unverzüglich ein Ausschlußverfahren gegen den Genossen Vollmer einzuleiten und in Zukunft die Ausschlußverfahren getreu anzuwenden. Penzel hat dies getan. Der Kreisvorstand der ÖTV hat danach sofort ein Ausschlußverfahren gegen den Genossen mehrheitlich beschlossen. Vollmer steht mitten in einem Arbeitsgerichtsverfahren gegen die Arbeiterwohlfahrt, wo er Betriebsratsvorsitzender war und fristlos gekündigt wurde. Penzel gewährte Rechtsschutz, obwohl ihm die Mitgliedschaft Vollmers im KBW bekannt war. Das war der Grund für seine vorläufige Suspendierung durch den geschäftsführenden Hauptvorstand. Innerhalb der ÖTV gab es eine breite Bewegung gegen die Suspendierung. Am 26.10. war eine Gewerkschaftsveranstaltung von ÖTV-Mitgliedern aus Betriebs- und Fachgruppen von sozialen Einrichtungen. Bei 54 Anwesenden wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Wir protestieren aufs schärfste gegen diesen Ausschluß und fordern seine sofortige Zurücknahme." (des Ausschlußverfahrens gegen Vollmer)

„Nachdem der Kollege Penzel die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen den Kollegen Penzel nicht angewandt, sondern sich auf die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft berufen hat, wurden er und Teile des Kreisvorstandes vom geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV über die Suspendierung gezwungen, ein Ausschlußverfahren einzuleiten. Der Ausschluß schadet den einheitlichen Interessen der Kollegen und nützt den Arbeitgebern. Uns stehen schwere Lohnkämpfe bevor, auf die wollen wir uns vorbereiten. Dabei können wir keinerlei Willkürakte und Gewerkschaftsausschlüsse dulden, die unsere Einheit im Kampf gegen den Dienstherren schwächen. Dagegen sind wir. Sofortige Rücknahme des Gewerkschaftsausschlusses des Kollegen Vollmer! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Wir fordern die sofortige Offenlegung der Vorgänge, die zur Suspendierung des Kollegen Penzel geführt haben! Wir fordern die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Kreisdelegiertenkonferenz!"

Uelzen. Die DGB-Jugend verabschiedete einen Antrag gegen die geplante Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen. Durch den Antrag wird der Kreisvorstand aufgefordert, den Kampf gegen die Atommülldeponie mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu unterstützen. Ein weiterer Antrag, der sich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse wandte, wurde mit acht Stimmen bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Brinkum. Vor dem Jugendgericht Syke fand ein Prozeß statt gegen drei Jugendliche, die zusammen mit 150 anderen im geschlossenen Jugendhaus ein Fest veranstalteten. Die Gemeinde (etwa 6 000 Einwohner) hatte des Jugendhaus im August geschlossen, die Selbstverwaltung sollte aufgehoben werden, eine neue Satzung wurde erlassen. Die Jugendlichen hatten sich das nicht gefallen lassen und ein Fest durchgeführt im geschlossenen Haus. Der Gemeindedirektor wagte nicht einzugreifen. Jetzt sollten drei exemplarisch abgeurteilt werden. Überall in der Gegend wurde zur Verhinderung des Prozesses aufgerufen. Am Prozeßtag sind über 60 Jugendliche erschienen, an den Gerichtswänden hingen Transparente mit den Forderungen der Jugendlichen. Der Prozeß wurde zu einer Veranstaltung der Jugendlichen für ihre gerechten Forderungen nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum. Sämtliche Zeugen äußerten, daß sie keinen der drei Jugendlichen beim Betreten des Jugendhauses erkannt hätten. Der geplante Angriff des Staatsapparates wurde zurückgeschlagen, die Jugendlichen mußten freigesprochen werden.

Hamburg. Am 14. Oktober bestreikten die Schüler des Kurses 2 der Krankenpflegeschule des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg eine Klassenarbeit über Blutkrankheiten. Die Schüler hatten schon zwei Tage zuvor angekündigt, daß sie die Arbeit nicht schreiben würden, und dies in einer Erklärung damit begründet, daß in diesem Fach besonders deutlich geworden wäre, daß es der Krankenhausleitung nicht um die Ausbildung geht, sondern um die Ausnutzung der Schüler als billige Arbeitskraft. Die Hälfte der Klasse hätte, das zeigt die Erfahrung, eine Fünf oder Sechs bekommen, was die Spaltung der Klasse zur Folge gehabt hätte und den Widerstand geschwächt hätte. „Und wenn sie uns nun allen eine Sechs anschreiben?" „Dann haben sie uns alle auf dem Hals. Dann werden wir weiterkämpfen und unsere Anstrengungen verstärken, was wir sowieso tun müssen, um unsere Forderung nach zwei Schultagen die Woche durchzusetzen", wurde darauf geantwortet. Die Schulleitung ließ die Arbeit schreiben. Nur wenige schrieben mit. Schüler wurden unter Druck gesetzt. Die stellvertetende Oberin und Schulpfleger Voß wurden von den Schülern vor die Klasse zitiert. Die Schüler legten eine schriftliche Stellungnahme vor, in der gefordert wurde: Keine Disziplinierung der 6 Schüler, die die Arbeit nicht geschrieben haben! Keine Benotung der Arbeit! Berufsschule an zwei arbeitsfreien Berufsschultagen!

Die Vertreter des Dienstherrn wurden gezwungen, zu erklären, daß sie sich für die zwei Berufsschultage einsetzen werden, erklärten aber außerdem, daß die Schüler, die die Klassenarbeit bestreikt haben, weiterhin eine Sechs erhielten. Die Schüler antworteten darauf, daß sie ihren Kampf fortsetzen werden und von keiner ihrer Forderungen abrücken werden.

Pforzheim. Anwendung des neuen Polizeigesetzes. Am 11. Oktober kurz nach 23 Uhr führte die Polizei in mindestens drei Lokalen Ausweiskontrollen in großem Stil durch. Beim „Domicile" fuhren gleich 20 bis 25 Polizisten auf, griffen wahllos Jugendliche heraus, kontrollierten die Ausweise und notierten die Namen. Wie zu erfahren war, handelt es sich bei der Polizeiaktion um einen zentralen Einsatzplan für ganz Baden-Württemberg, bei dem Lokale der Jugendlichen durchsucht wurden. Zweck dieser Aktion soll sein, die Jugendlichen einzuschüchtern und Rebellen gleich namentlich zu erfassen.

Die Gebühren für „Staatliche Anstalten mit Heim" wurden in Baden-Württemberg erhöht. Für staatliche Heimsonderschulen und Sonderschulkindergärten wurden die jährlichen Gebühren für Unterkunft und Verpflegung von 1926 DM auf 2232 DM erhöht. Die Gebühren für „Körperpflege, Reinigung und Instandsetzung der Kleider" von 60 auf 72 DM. Für Sehbehindertenschulen und Blindenschulen wurden ebenfalls diese Gebühren von 60 auf 72 DM erhöht. Die Gebührensätze für die Verpflegung von „externen Schülern, Ausbildungsteilnehmern und Fachlehranwärtern" wurden von 4 DM auf 4,70 DM erhöht, für Gäste gleich von 6 auf 11 DM. Tee und Kaffee kosten jetzt 70 Pfennig, vorher 50 Pfennig. Für die Herrichtung zur Profitproduktion preßt der bürgerliche Staat immer mehr Kinder der Arbeiter und Angestellten in die Sonderschule und erhöht die Gebühren. Gleichzeitig wurde eine „Tabelle der Aufwandsentschädigung" für ehrenamtliche Bürgermeister herausgegeben:

Größengruppe der Gemeinde Einwohnerzahl	Mindestbetrag DM	Höchstbetrag DM
nicht mehr als 250	400	659
250 – 500	588	899
500 – 700	856	1142
700 – 1000	1083	1610
1000 – 2000	1481	2028

Rückwirkend ab 1.2.1976 (Nach: Staatsanzeiger Baden-Württemberg)

Daimler-Benz Mannheim:

Die Einheit der Lehrlinge gegen die Kapitalisten können die Sozialdemokraten nicht verhindern

Mannheim. Nur ungefähr die Hälfte der etwa 370 Lehrlinge konnte an der Jugendversammlung am Mittwoch, 13. Oktober, bei Benz teilnehmen. Seit Einführung des Blockunterrichts darf die Hälfte, die gerade Berufsschulunterricht hat, nicht zur Jugendversammlung gehen. Gleich zu Beginn der Diskussion forderte deshalb ein Lehrling unter Beifall, daß eine zweite Jugendversammlung abgehalten werden müsse. Durchsetzen müssen die Jugendlichen, daß alle gemeinsam zur Jugendversammlung kommen können.



Karlsruhe. 70 Lehrlinge, Betriebsräte und Vertrauensleute demonstrierten am Dienstag vor dem Verhandlungslokal für die Durchsetzung des neuen Manteltarifvertrages für die Metalllehrlinge in Nordwürttemberg/Nordbaden. Seit drei Jahren stehen die Forderungen der Metalljugend (siehe Kasten), zum achten Mal wurde jetzt verhandelt. Mit dieser Taktik wollen die Kapitalisten die Durchsetzung der Forderung verhindern, von den Sozialdemokraten werden sie dabei kräftig unterstützt. Die nächsten Verhandlungen sind am 9. Dezember.

Lohnforderung der Lehrlinge jetzt aufstellen – 650 DM Existenzlohn für alle gleich sind nötig!

Nachdem der Vorsitzende der Jugendvertretung und Juso-Mitglied Liebitz die Jugendlichen einschläfern wollte mit einem langwierigen Bericht, in dem nichts über die anstehenden Aufgaben enthalten war, ergriff der IG-Metall-Delegierte der Lehrlinge und Jungarbeiter, Willi Hoffmann, das Wort und berichtete: Auf der letzten Metall-Delegiertenversammlung am 1. Oktober hatten der Betriebsratsvorsitzende Lucy und der „Tarifexperte" und stellvertretende Vorsitzende der IG Metall Mayr erklärt, daß man sich keine Illusionen machen solle über die anstehende Lohnrunde, wenn dreizehntes Monatsgehalt und weitere vermögenswirksame Leistungen beschlossen würden.

Da sei er als Delegierter der Jugend ganz anderer Auffassung, erklärte Hoffmann. Jetzt komme es darauf an, daß in vier Wochen die Lehrlinge ihre Lohnforderungen aufstellen. In dem Beschluß der 10. ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall stehe, daß Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte den Lohnkampf gemeinsam führen müssen. Aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der völlig unzureichenden Abschlüsse für die Lehrlinge in den letzten beiden Tarifrunden hat sich die Lage der Lehrlinge noch mehr verschlechtert und zugleich auch die Lage der Arbeiterfamilien, denen die Lehrlinge weiterhin auf der Tasche liegen. Es darf kein Kurztreten im Lohnkampf geben. Die Forderung nach Existenzlohn muß sich orientieren auf 650 DM für alle gleich. Schon seit Jahren steht diese Forderung nach Existenzlohn für Lehrlinge in der Benz-Lehrwerkstatt im Mittelpunkt der Debatte. Im letzten Jahr wurde die 100-DM-Forderung ausdrücklich als Schritt auf die 650 DM begründet. Auf die Forderung von 650 DM müssen wir diesmal kommen. Zustimmung durch großen Beifall in der Jugendversammlung auf diesen Beitrag.

Die Manteltarifforderungen für Lehrlinge müssen jetzt durchgesetzt werden!

Zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten führte die anschließende Debatte über die Manteltarifverhandlungen. IG-Metall-Jugendsekretär Metz berichtete von den bisherigen gescheiterten Verhandlungen. Die IG-Metall-Delegation werde aber alle Punkte erst zu Ende verhandeln und dann „gescheite Aktionen" einleiten. Dann hob er die Betriebszeitung des KBW, den „Benz-Kommentar", hoch und sagte, man soll sich nicht von diesen Blättern verhetzen lassen.

Im „Kommentar" steht, daß die Forderungen jetzt durchgesetzt werden müssen und daß die Kapitalisten die Verhandlungen verschleppen und daß die Sozialdemokraten die Forderungen fallen lassen wollen. Kein Wunder, denn die beschlossenen Forderungen stehen im Gegensatz zum Jugendarbeitsschutzgesetz, das die Sozialdemokraten zur Freude der Kapitalisten beschlossen haben. Metz hatte seinen Beitrag auf einen Lacherfolg und Beifall gegen die Kommunisten berechnet, doch als alles still blieb, ließ er den erhobenen Kommentar schnell wieder verschwinden.

Jugendvertreter Ilbig hielt ihm entgegen, daß die Forderung seit drei Jahren aufgestellt und daß seit eineinhalb Jahren darüber verhandelt wird und daß die Metallkapitalisten die Verhandlungen verschleppen. Wie lange soll sich das die IG-Metall-Mitgliedschaft noch gefallen lassen? Die Forderungen wie z.B. völlige Freistellung an Berufsschultagen sei jetzt besonders dringlich, weil gerade das neue Jugendarbeitsschutzgesetz den Kapitalisten ermöglicht, die Jugendlichen nach der Schule in den Betrieb zu zwingen. Genauso verhält es sich bei den Forderungen nach Verbot der Akkordarbeit und Überstundenarbeit, wo das Jugendarbeitsschutzgesetz den Kapitalisten alles erlaubt. Deshalb sind jetzt Durchsetzungsmaßnahmen nötig.

Dazu brachte er eine Resolution ein:

„Wir verurteilen aufs schärfste die Verzögerungstaktik der Metall-Industriellen. Die Lehrlinge stehen voll hinter den beschlossenen Manteltarifforderungen. Wir unterstützen Durchsetzungsmaßnahmen, um die Verhandlungen zügig durchzuführen."

Die wesentlichen Manteltarifforderungen der Metalljugend:
- Völliges Verbot von Akkordarbeit!
- Verbot der Überstunden für Lehrlinge!
- Völlige Freistellung am Berufsschultag!
- Übernahme aller Lehrlinge nach der Lehre ins Arbeitsverhältnis!
- Keine Verkürzung der Ausbildung in allen Stufen!

Dazu kommen Forderungen wie:
- Fahrgeldrückerstattung
- Übernahme aller Kosten während der Ausbildung durch den Betrieb!

Liebitz und Meth erklärten darauf, die Resolution sei nicht notwendig, die IG-Metall-Funktionäre würden auch ohne Resolution hart verhandeln. Als er damit nicht ankam, versuchte Metz mit radikalen Worten die Versammlung zu gewinnen und versprach, daß die IG Metall die Verhandlungen „siegreich" beenden werde. Darauf bekam er Beifall. Aber dieser Beifall drückte aus, daß die Jugendlichen für den siegreichen Abschluß selber sorgen wollen. Die Verabschiedung der Resolution konnten die Sozialdemokraten nicht verhindern. Sie wurde gegen eine Stimme verabschiedet. Die Gegenstimme wurde mit Pfiffen, das Ergebnis mit großem Beifall bedacht.

Je mehr die Sozialdemokraten nun merkten, daß sie keinen Fuß auf den Boden bekamen, verlegten sie sich auf direkte und plumpe Angriffe auf den Jugendvertreter Ilbig. Der anwesende Vertreter der Geschäftsleitung, Ausbildungsleiter Metzger, lehnte sich schon zufrieden in seinem Stuhl zurück. Wenn die Versammlung in einem Hickhack untergeht, hat die Geschäftsleitung immer schon gewonnen, weil die Kampfeinheit der Jugendlichen gegen die Kapitalisten dann nicht zustande kommen kann. Dieses Manöver deckte Jugendvertreter Ilbig auf und entzog ihm den Boden. Er erklärte: Es geht darum, Forderungen gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Da gibt es Auseinandersetzung mit denen, die den Kampf hintertreiben wollen. Darüber brauche die Geschäftsleitung nicht glauben, daß sie selbst ungeschoren und heil wegkomme. Ausbildungsleiter Metzger solle jetzt und an dieser Stelle die Pausenkürzung für die über achtzehn Jahre alten Lehrlinge zurücknehmen, wie es die letzte Jugendversammlung einstimmig beschlossen hatte. Diese Maßnahme hatte die Geschäftsleitung ausdrücklich mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz begründet, das für ältere Lehrlinge nur 45 Minuten Pausen vorsehe. Tosender Beifall von allen Jugendlichen schallte dem Kapitalistenvertreter entgegen. Nervös versuchte sich Ausbildungsleiter Metzger zu rechtfertigen und schwätzte um die Sache herum. Die Maßnahme sei im Interesse der Ausbildung. Wer dies nicht einsehen wolle, gefährde seine Übernahme, drohte er schließlich. Es war deutlich, daß es die Benz-Kapitalisten mit einer wachsenden Einheit der Jugendlichen zu tun kriegen. – (Zelle Benz Mannheim)

Neu-Isenburg: Zwischenprüfung der Metallehrlinge

Getrimmt wird auf Akkord

Neu-Isenburg. Letzten Donnerstag, 14. Oktober, war der praktische Teil der Zwischenprüfung in der Metallindustrie. In Neu-Isenburg wurden in der Firma A. van Kaick die Lehrlinge für die Berufsgruppen Elektrogerätemechaniker und Ankerwickler geprüft. Insgesamt neun Lehrlinge aus den Firmen A. van Kaick und Elektro-Meyer. Eine Vorbereitung zur Prüfung bei den Lehrlingen von Elektro-Meyer fand nicht statt. Sie schafften bis zum Tag davor in den Abteilungen. Für die Lehrlinge von A. van Kaick bestand die Vorbereitung darin, daß wir üben mußten, schnell zu arbeiten, um die Teile in einer festgelegten Zeit zu schaffen. Der Ausbilder wies uns öfter darauf hin, daß es vor allem darauf ankäme, mit dem Prüfungsstück in der festgelegten Zeit fertig zu werden; wenn es nicht so genau sei, wäre dies nicht so schlimm. Geprüft wurde dann auch tatsächlich, wie schnell man schaffen kann. Genauigkeit war sowieso zweitrangig wegen der knappen Zeit. Darauf war alles angelegt.

Entsprechend verhielt sich dann auch die Prüfungskommission. Ein Prüfer auf zwei Lehrlinge, dies Verhältnis spricht für sich. Dauernd standen sie rum, schauten einem über die Schulter und machten uns nur noch nervöser, als wir eh schon waren. 10 Minuten vor Schluß war dann ein Lehrling, weil die Aussichten, noch fertig zu werden, immer geringer wurden, so weit, daß er vor lauter Aufregung und Zittern den Schraubenzieher kaum noch halten konnte. Als dann bei seinem Stück die Bohrungen nicht paßten und er beim Nachbohren unter Mißachtung auch der geringsten Sicherheitsvorkehrungen das Werkstück mit der Hand festhielt, wurde er von einem Berufsschullehrer zusammengeschissen. Wohlmeinend, versteht sich, ob er denn noch nie gebohrt und von Sicherheit nichts gehört hätte. Wo es doch aber so ist: Wenn einer nicht fertig wird, kriegt er keine Punkte und wird dann entsprechend vom Ausbilder nochmals zusammengeschissen.

Man kann sehr gut sehen, daß solche Zwischenprüfungen nicht der Ausbildung dienen, sondern nur dafür da sind, die Lehrlinge zu schikanieren und zu drücken. Geprüft wird nur, wie weit man für den Akkord geeignet ist, wenn man ausgelernt hat, und inwieweit man sich anpassen kann. – (Bezirksbeilage Frankfurt)

Jugendversammlung Röhm Darmstadt:

Die neuen Berichtshefte müssen abgeschafft werden

Auf der Jugendversammlung der Firma Röhm wurde mit großer Mehrheit von den Lehrlingen beschlossen, daß die Berichtsheftführung, durch die die Lehrlinge jetzt gezwungen werden sollen, stundenweise über ihre Tätigkeiten Bericht abzulegen, wieder abgeschafft werden muß. Die Geschäftsleitung, die es schon vor Monaten bei den kaufmännischen Angestellten versucht hat, Zeiterfassungsbögen zu landen, worin die Kollegen über jede Minute Rechenschaft ablegen sollten, will sowas jetzt auch bei den Lehrlingen einführen. Als Begründung gab sie an, das sei auch in anderen Betrieben so und außerdem Vorschrift von der Industrie- und Handelskammer.

In der Diskussion kam heraus, daß die Lehrlinge diese Berichtsheftführung ablehnen, weil sie gezwungen werden, irgendwelche Märchen hinzuschreiben über das, was sie angeblich den ganzen Tag über gemacht haben, weil oft Routine gemacht wird oder aber die Lehrlinge keine Arbeit zugeteilt bekommen, weil die anderen Kollegen keine Zeit haben.

Als der Ausbildungsleiter gefragt wurde, was denn ins Berichtsheft geschrieben werden soll, wenn man nicht ausgebildet wird, sagte er, daß man dann die Zeit, die über ist, auf die anderen Tätigkeiten, die man angegeben hat, verteilen soll. Davor hatte er noch behauptet, daß das Berichtsheft der besseren Kontrolle der Ausbildung diene.

Die Jugendvertretung wird jetzt im Auftrag der Jugendversammlung die Abschaffung der Berichtsheftbögen fordern. Des weiteren wurde auf der Jugendversammlung ein Antrag beschlossen, der eine knappe Mehrheit erhielt, in dem der Betriebsrat aufgefordert wird, das Vorhaben der DAG zurückzuweisen, die Kollegin D. Ekkardt aus ihrer Freistellung aus dem Betriebsrat herauszunehmen, weil vermutet wird, daß sie den KBW unterstützt. – (a., Darmstadt)

Werkswohnungen Bremer Vulkan:

Profitmacherei und Schikane

Der Bremer Vulkan hat mehrere Wohnheime, zumeist für ausländische Arbeiter. Etwa 500 türkische Arbeiter wohnen dort. Die Heime teilen sich auf in ein großes und mehrere kleine. In dem großen Heim gibt es ein Erdgeschoß und eine erste Etage, pro Etage sind 12 Zimmer vorhanden. Die Zimmer sind ca. 16 Quadratmeter groß. Sie werden mit drei Arbeitern belegt. Ein Arbeiter zahlt 45 DM Miete, d.h. 135 DM für 16 Quadratmeter. Dafür brauchen sie „großzügigerweise" auch keinen Strom zu bezahlen, wenn sie der winzigen Küche, wo zehn Kochplatten stehen, ihr Essen kochen. Die Waschmaschinenbenutzung – eine im ganzen Haus – kostet allerdings etwas. Hier hat man einen Münzapparat eingebaut. Säge und schreibe drei Duschen stehen den gesamten Kollegen im Haus zur Verfügung. All dies ist aber noch gar nichts gegen die Überwachungsmethoden, die in einer Haus- und Zimmerordnung festgelegt sind und die der damalige Betriebsratsvorsitzende Kirchhof (SPD) und der Personaldirektor Kuhn gemeinsam absegneten. In diesem 1970 fertiggestellten Schrieb werden die Arbeiter wie Zuchthäusler behandelt. Ein Heimleiter ist dort, seinen Anweisungen soll man sich fügen. Auf das Bett darf sich nur der setzen oder legen, der Schlafzeug anhat. Selbstverständlich ist das Rauchen im Bett verboten. Im weiteren einige Auszüge aus der Heim- und Zimmerordnung des Bremer Vulkan:

„Jeder ist verpflichtet, für Ordnung und für Instandsetzung des Heimes, der Zimmer und der Einrichtungsgegenstände zu sorgen. Wer das Heim oder Einrichtungsgegenstände beschädigt oder beschmutzt, muß die Kosten für die Beseitigung der Schäden tragen, bzw. die Säuberung selbst übernehmen. Kann derjenige, der den Schaden verursacht hat, nicht ermittelt werden, werden die entstandenen Kosten auf die Zimmer- bzw. Heimbewohner umgelegt und vom Lohn einbehalten. Die Benutzung von eigenem Mobiliar oder das Abstellen und Lagern von Gegenständen in Wohn- und Gemeinschaftsräumen ist nicht gestattet. Waffenbesitz im Heim ist verboten. Eigene elektrische Heiz- und Kochgeräte dürfen nicht verwendet werden. Die Aufstellung von Rundfunk- und Fernsehgeräten bedarf der Genehmigung der Heimleitung. Installationen in Zimmern zum Anschließen von Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie das Anbringen von Außenantennen sind nicht erlaubt. Besucher dürfen nur in den Aufenthaltsräumen empfangen werden. Die Besuchszeit endet um 22 Uhr. Das Beherbergen von Fremden und Besuchern ist nicht erlaubt. Der Bremer Vulkan haftet nicht für das mitgebrachte Privateigentum. Bei einer Hinterlassung von Gegenständen erfolgt die Aufbewahrung ohne jede Haftung längstens für die Dauer von 4 Wochen. Bei Erkrankung ist der Heimleitung sofort Mitteilung zu machen.

Die Heimordnung ist Bestandteil der Betriebsordnung. Grobe Verstöße hiergegen führen zur sofortigen Räumung des Heimes und gegebenenfalls auch zur Lösung des Arbeitsverhältnisses."

Diese Heimordnung wird jedem Bewohner bei seiner Aufnahme vorgelegt und er muß sich verpflichten, sie einzuhalten. – (n)

„Werkswohnungen"

Werkswohnungen lassen die Kapitalisten bauen mit dem Profit, den sie aus der Ausbeutung der Arbeiter gezogen haben. Der Kapitalist läßt sie bauen, um die Arbeiter noch besser antreiben zu können. Was er dem Arbeiter als Lohn zahlen muß, kassiert er zum Teil selbst wieder ein. Er ist Fabrikbesitzer und Hausbesitzer in einem. Die Ketten, die den Arbeiter an das Kapital fesseln, werden straffer gezogen. Die Gefängnisordnung der Fabrik dehnt der Kapitalist aus auf die ganze Lebenszeit der Arbeiter. Die Hausordnung ist Bestandteil der Betriebsordnung. „Scheiden Bewohner der Bremer Vulkan-Heime aus dem Arbeitsverhältnis zum Bremer Vulkan aus, so müssen sie die Wohnung unverzüglich räumen. Die Aushändigung der Arbeitspapiere im Lohn erfolgt erst nach vorheriger Rückgabe der im Heim empfangenen Sachen", heißt es in der Hausordnung des Bremer Vulkan. Werkswohnungen stehen zumeist in der Nähe der Fabrik. Was eigentlich ein Vorteil für die Arbeiter wäre, wird unter kapitalistischen Verhältnissen ein unfehlbares Mittel, den Druck auf die Arbeiter zu vergrößern. Sie verbessern für den Kapitalisten die Möglichkeit, den Arbeitstag des Arbeiters zu verlängern. So werden zum Beispiel Reparaturarbeiter gezwungen, bei Stillstand einer Maschine in der Fabrik zu jeder Tages- und Nachtzeit die Maschine wieder in Gang zu setzen. Arbeiter, die durch die Ausbeutung in der Fabrik verschlissen oder krank werden, können vom Kapitalisten besser kontrolliert werden. „Bei Erkrankung ist der Heimleitung sofort Mitteilung zu machen." (Heimordnung Bremer Vulkan) Rebellion der Arbeiter beantwortet der Kapitalist mit Drohung der Entlassung, was auch den Verlust der Wohnung bedeuten würde. Rebellion gegen die Wohnverhältnisse wird mit Entlassung in der Fabrik beantwortet. Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten ist die Grundlage für die Herrschaft der Kapitalisten. Sie muß beseitigt werden.

Stuttgart:

„Sozialer Wohnungsbau" – Ausplünderung der Massen

Die Arbeiter und Angestellten werden im Kapitalismus in allen Städten aus den Zentren an die Peripherie verdrängt. Dort müssen sie in den entstandenen Wohnsilos zusammengepfercht leben. Aus der Stuttgarter Innenstadt wurden innerhalb von 13 Jahren 30 % der Bewohner in Außenbezirke vertrieben. Die Zahl der Wohnbevölkerung nahm in einigen Außenbezirken von 1970 bis 1975 folgendermaßen zu: Botnang 36,7 %, Hofen 19,4 %, Hoffeld 78,7 % und Neugereut 4801 Einwohner (Statistische Blätter).

Im gleichen Zeitraum haben sich Banken, Verwaltungshäuser, Versicherungen und Kaufhäuser in der Innenstadt breit gemacht. Von 1970 bis 1975 stieg die Zahl der ansässigen Kredit- und anderen Finanzierungsgesellschaften in Stuttgarts Innenstadt um ein Drittel auf 399 Unternehmen. 87 % aller Beschäftigten des Kreditwesens haben ihren Arbeitsplatz in der erweiterten City. Die Kapitalisten machen die Innenstadt so zum Hauptumschlageplatz für ihre Geschäfte.

Während sich die Kapitalisten mit ihren Unternehmen in der Innenstadt breit machen, müssen die Volksmassen in den Wohnkäfigen, die rings um die Städte entstehen, wohnen. Diese werden von den bürgerlichen Politikern „sozialer Wohnungsbau" genannt. Am Beispiel der Stuttgarter Wohnsiedlung Dürrlewang, die fast ausschließlich aus Wohnungen des „sozialen Wohnungsbaus" besteht, wird klar, wie „sozial" dieser Wohnungsbau ist. Diese Wohnungen sind schlecht – dünne Wände, kleinste Zimmer, schlechte Heizung ist der Normalzustand. Die „Einfachstwohnungen" sind am schlechtesten: in der ganzen Wohnung gibt es nur einen Wasseranschluß, keine Küche, nur eine Kochnische, alle Leitungen sind über Putz gelegt, die einzige Dusche im Keller muß von 12 Familien benutzt werden. Bei diesen Löchern kann nicht mehr von Wohnungen gesprochen werden. Meist werden sie von „gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften" getragen. Die „Stuttgarter Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft" (SWSG), die in Stuttgart Wohnungen unterhält, ist ein kapitalistisches Unternehmen, das die Arbeiterklasse und das Volk ausplündert. Schon ihre Entstehungsgeschichte zeigt dies: Von 1929 bis 1931 hat die SWSG zuerst Arbeitslose zusammengefaßt. Diese sollten sich ihr eigenes Häusle bauen können und dafür zuerst 500 Stunden arbeiten – nahezu ohne Lohn – und anschließend noch 500 DM dafür zahlen. Die Arbeitslosen bauten die Häuser und so war der Grundstock für die SWSG geschaffen. Sie konnten aber die 500 DM meist nicht aufbringen und in die gebauten Wohnungen zogen nicht sie, sondern SS- und SA-Pack ein.

Heute werden die Wohnungen mit „Förderungsmitteln" der Stadt, beziehungsweise des Staates, gebaut. Diese Gelder sind einzig und allein Steuergelder, die den Lohnabhängigen vom Lohn abgezwackt wurden.

Nachdem die Wohnungen mit Steuergeld gebaut sind, geht die Ausplünderung weiter. Die „Sozialmieten", die für diese Wohnungen bezahlt werden müssen, sind auf Bundesebene seit 1974 um mindestens 25 % gestiegen. In 1,5 Millionen Sozialwohnungen in der BRD liegt die Miete bereits über 6 DM pro Quadratmeter. Die Kostenmieten der öffentlich geförderten Wohnungen sind seit den letztetn 3 Jahren schneller gestiegen als die Mieten der anderweitig finanzierten Wohnungen. 40000 Menschen müssen allein in Stuttgart in Sozialwohnungen leben!

Die SWSG gehört zu 100 % der Stadt Stuttgart. 1974 machte sie 314047 DM Gewinn, für 1976 sind 447400 DM vorgesehen. Das ist für ein Unternehmen, das 7400 Wohneinheiten besitzt, wenig. Nach genauerer Untersuchung stellten wir fest, daß die SWSG nur ein Stammkapital von 20,5 Millionen besitzt und der Rest bei den Banken verschuldet ist. Dieser Besitz der Banken an der SWSG ist ein Hebel für das Finanzkapital, um aus den hohen Zinsen enorme Gewinne zu schlagen. Von rund 17 Millionen Mieteinnahmen 1974 gehen rund 6 Millionen an die Banken: d.h. ein Drittel der Miete fließt direkt in die Taschen der Bankkapitalisten! Das Finanzkapital, das im Kapitalismus alle Fäden in der Hand hat, hat auch auf den „gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften" den Daumen drauf.

Eine Frau aus Dürrlewang, die in einer sanierten Wohnung wohnt, hat uns das so erzählt: „In erster Linie geht es darum, daß die sanierte Wohnung zu teuer ist. Was haben wir denn groß von der Sanierung gehabt – Heizung und Dusche. Dafür ist meine Miete um 50 % gestiegen auf 382 DM – das ist zuviel!" Die so betriebene Sanierung bedeutet für die werktätigen Massen, daß sich ihre Wohnungsverhältnisse nicht bessern, sondern verteuern. Die Arbeiter- und Angestellten- sowie Rentenhaushalte werden an den Rand ihrer Existenz gebracht. Die erhöhte Miete müssen sie sich vom Munde absparen. 25 % bis 40 % vom Lohn müssen sie für Miete ausgeben.

Viel reden die bürgerlichen Politiker, um die Tatsachen zu verdrehen. Bürgermeister Buch, Aufsichtsratsvorsitzender der SWSG: „Der Großteil der städtischen Mieter ist zufrieden." „Wir wollen das Beste und holen das Bestmögliche für unsere Mieter heraus" – das sagte der Direktor der SWSG Kreuzkamp. Hier hat er zuviel gesprochen, genau das Wort „für". Richtig ist, daß er das Bestmögliche „aus" den Mietern herausholen will. – (Stadtteilzelle Stuttgart-Vaihingen / Red.)

In der Nr. 20 der „Druck und Papier" hat Gisela Kessler zum § 218 und gegen die Forderungen der Komitees und Initiativen gegen den § 218 Stellung genommen. Auf diesen Artikel antwortete Marion Kraft, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Komitees gegen den § 218, in einem Brief an das Zentralorgan der IG Druck und Papier. Unter anderem heißt es in dem Brief:

„Die Argumente, mit denen in diesem Artikel sowohl für den neuen Paragrafen 218, der am 21.6.76 in Kraft getreten ist, als auch für die Fristenregelung eingetreten wird, entsprechen keineswegs den Tatsachen. Tatsache ist, daß es sich auch bei dem ‚reformierten' § 218 um ein Strafgesetz handelt, dessen Nichtbefolgung mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft wird. Tatsache ist auch, daß dieses Gesetz noch verschärft wird. (. . .)

Dieses Gesetz als eine ‚Reform' im Interesse der arbeitenden Frauen und Mädchen zu bezeichnen, ist empörend; zu behaupten, das Gesetz würde von der CDU ‚hintertrieben', lenkt von den Inhalten des neuen Gesetzes ab, denn es wird in Baden-Württemberg nicht hintertrieben, sondern angewandt, und zwar, wie Herr Filbinger vor der CDU es formuliert: ‚gesetzestreu' und ‚korrekt'.

Die Aussagen des Artikels über das neue Gesetz entsprechen ebensowenig den Tatsachen wie die über die sogenannte Fristenregelung. ‚Durch Entschließungen auf vielen Konferenzen, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Informationsständen' sind die Gewerkschafter nicht für die Fristenregelung, nach der der § 218 weiter im Strafgesetz verankert bleiben sollte, eingetreten, und auch nicht für die dort festgelegte Zwangsberatung als ‚Kernstück' der Reform.

Tatsache ist, daß die Arbeiterbewegung seit über einem Jahrhundert einen entschiedenen Kampf führt für die ersatzlose Streichung dieses Schandparagrafen, daß in zahlreichen Gewerkschaftsbeschlüssen seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts diese Forderung und die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 erhoben worden ist. Am 1. Mai 1976 ist auf allen DGB-Kundgebungen der Wille der Kollegen eindeutig demonstriert worden: Der § 218 muß weg. Zum Ausdruck gebracht haben das auch u.a. streikende Drucker in Westberlin, gemeinsam mit dem Komitee für Volksentscheid gegen den § 218. (. . .)

Wenn G. Kessler auf einer Veranstaltung der IG Druck und Papier in Frankfurt am 9.10. behauptet, zumindest von der Registrierung und der karteimäßigen Erfassung in den Beratungsstellen nichts zu wissen," dann ist das „nicht nur ein Angriff auf die Komitees und Initiativen gegen den § 218, sondern ein Schlag gegen die organisierte Arbeiterbewegung, indem die Gewerkschaftspresse dazu benutzt wird, ein Strafgesetz zu verteidigen, an dem die Herrschenden erbittert festhalten und für dessen endgültigen Fall die Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten einen ebenso erbitterten Kampf führt."

Bonn. Am Dienstag dieser Woche wurden Urteile gegen drei der fünf angeklagten Gegner des § 218 verkündet: Geldstrafen von 200 und 300 DM und ein Freispruch. Der Staatsanwalt hatte für 4 der Angeklagten je 400 DM und für einen eine Geldstrafe von 500 DM gefordert. Einer der Angeklagten wurde zu drei Tagen Ordnungshaft verurteilt, als er in seinem Schlußwort die Gerechtigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den § 218 begründete, die Forderungen der Komitees und Initiativen gegen den § 218 und die Fortsetzung dieses Kampfes propagierte und diesen Prozeß angriff als Mittel der herrschenden Klasse, diesen Unterdrückungsparagrafen durchzusetzen.

Gegen diesen Prozeß demonstrierten am Mittwoch, den 20.10.76, 300 Arbeiter, Studenten und Schüler in Bonn unter der Forderung: „Einstellung aller Prozesse gegen Gegner des § 218!" Die Forderungen dieser Demonstration wurden durch zahlreiche Resolutionen und Beschlüsse aus Betrieben und Gewerkschaften, Schulen und Stadtteilen im Raum Bonn, Köln, Führt und Gummersbach unterstützt. Über 100 Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, Schüler und Studenten aus Bonn haben in einem Aufruf, der überall in der Stadt als Plakat hängt, zu einer Kundgebung gegen den Schandparagrafen und die Prozesse aufgerufen. Diese Kundgebung fand mit über 150 Teilnehmern am Dienstag, dem Tag der Urteilsverkündung statt. Es sprachen Vertreter aus Betrieben, der Gewerkschaft, den Stadtteilen und Schulen aus Bonn.

Freiburg. Am 4. Verhandlungstag brach die Anklage gegen 9 Teilnehmer einer Demonstration gegen den Abriß der Freiauhäuser zusammen. Mit jedem Zeugen wurde klarer, daß die Ermittlungstätigkeit von Staatsanwalt, Polizei und Ermittlungesrichter Royen (der jetzt auch im Prozeß der Richter war) ein völliges Lügengebäude ist. Den Polizisten wurden Fotos vorgelegt, die vorher gekennzeichnet waren mit Zahlen, um die Anklage zusammenzuzimmern. Lange wurde geleugnet, daß die Fotos vorher gekennzeichnet waren, bis es einer der Polizisten am 4. Verhandlungstag herausgelassen hat: „Der Nummer X vom Bild, der im roten Kreis, ist der, der jetzt hier vor mir sitzt." Damit war klar, daß die Bilder vorher gekennzeichnet waren, um willkürliche Demonstranten herauszugreifen und abzuurteilen. Ein Pflichtverteidiger stellte den Beweisantrag, den Richter Royen als Zeugen zu laden. Dem stimmte das Gericht zu, der Prozeß war geplatzt.

Interview mit einem Polizisten:

„Wir brauchen die Kommunistische Partei"

KVZ-Bezirksbeilage Mittlerer Neckar: Werner, du bist Polizist geworden, warum?

Werner: Nachdem ich mit der Mittelschule fertig war, habe ich mich umgeguckt nach einem Beruf zum Geldverdienen. Zu Hause hatten wir nichts, da mußte ich schon Geld verdienen gehen. Im Büro wollte ich nicht sitzen, ich bin halt zur Polizei gegangen.

KVZ-Bezirksbeilage: Was für Vorstellungen hast du von deinen Aufgaben bei der Polizei gehabt?

Werner: Wie's so schön heißt: die Polizei, dein Freund und Helfer! Das wollte ich sein, Freund und Helfer für das Volk, nicht Gegner vom Volk! Ich bin damals deswegen auch zur Verkehrspolizei gegangen und nicht zur Kripo, weil, wenn du zur Kripo gehst, mußt du unter anderem auch zum Staatsschutz.

KVZ-Bezirksbeilage: Meinst du heute auch noch, daß du Freund und Helfer der Arbeiter bist?

Werner: Nein, ich meine, der ganze Polizeiapparat ist nicht für die Arbeiter und das Volk. Das konnte man beim Druckerstreik ganz deutlich sehen. Der Polizeiapparat ist deswegen da, weil die Kapitalisten daran interessiert sind, daß die Arbeiter nicht an die Macht kommen. Alleine können die Kapitalisten das nicht verhindern, dazu sind sie viel zu wenig, dazu ist der Polizeiaparat da. Und da ist denen auch jedes Mittel recht wie z.B. der Todesschuß im neuen Polizeigesetz.

KVZ-Bezirksbeilage: Werner, du bist Polizist im mittleren Dienst. Seit 1960 ist das Personal der Polizei in einfachen Dienst um 45,1 Prozent gesunken, der mittlere Dienst, der die Masse der Beamten umfaßt, ist prozentual langsamer gestiegen als die Gesamtzahl der Polizisten (um 22 %), während der gehobene Dienst, in dem die Unteroffiziere des Polizeiapparats stehen, am raschesten (um 131,4 %), der höhere Dienst, d.h. die Offiziere der Polizeiarmee immer noch um 126,7 % gestiegen ist.

Werner: Ja, die wollen gerade durch den Ausbau bei den Unteroffizieren und Offizieren den Polizeiappparat ausbauen und festigen, stabilisieren.

KVZ-Bezirksbeilage: Merkt ihr den unterschiedlichen Ausbau beim einfachen und mittlerem Dienst und dem gehobenen und höheren Dienst?

Werner: Klar, wir müssen ja noch 42 Stunden in der Woche arbeiten, die Überstunden sind mehr geworden, fünf bis zehn in der Woche. Die höheren Beamten gehn pünktlich nach Hause. Der mittlere Dienst muß Nachtschicht machen, die Höheren nicht.

KVZ-Bezirksbeilage: Wie hat sich denn die letzte Tarifrunde bei euch ausgewirkt?

Werner: Wir haben einen niederen Abschluß gehabt. Die Beamten im gehobenen und höheren Dienst haben viel mehr bekommen, die haben sich da bereichert! Mein Mindestbetrag, der ist schon längst wieder hin. Der ganze mittlere Dienst hat sich finanziell verschlechtert. Ich bin ja in der Polizeigewerkschaft drin, da werde ich in der nächsten Tarifrunde für einen Festgeldbetrag eintreten, und zwar einen hohen. Und je mehr Unteroffiziere und Offiziere da sind, ist der Druck auf uns größer geworden, z .B . unvorhergesehene Kontrolle nachts im Revier.

KVZ-Bezirksbeilage: Wie stehst du zum Beamtenrecht?

Werner: Das Beamtenrecht soll eine Trennung bewirken zwischen den Arbeitern und uns Beamten, in meinem Fall Polizeibeamter. Ein gutes Beispiel ist wieder der Druckerstreik. Der Staat verpflichtet mit dem Beamtenrecht uns Polizisten, dort einzugreifen und gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen. Aber da haben wir Beamten im mittleren Dienst doch kein Interesse daran, wir müssen doch selber um einen Lohn kämpfen. Die Arbeiter gegen die Kapitalisten, wir Beamten gegen den Dienstherrn.

KVZ-Bezirksbeilage: Wie, meinst du, wird sich der Kampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern in der nächsten Tarifrunde und darüber hinaus entwickeln?

Werner: Das wird sich sicherlich weiter zuspitzen. Die Kapitalisten hier müssen doch versuchen, aus den Arbeitern mehr Profit rauszuholen, sonst werden sie doch von den Kapitalisten in den USA oder Japan kaputtgemacht. Deswegen werden immer mehr Arbeiter sagen, so geht das nicht weiter, jetzt kämpfen wir. Wir Polizisten werden dann wieder eingesetzt, die Arbeiterstreiks zu unterdrücken, bzw . niederzuschlagen. (. . .) Die Arbeiter müssen sich solidarisieren, zusammenschließen und weiter gegen die Kapitalisten und den Staatsapparat kämpfen. Ich habe bei den Bundestagswahlen SPD gewählt, aber wenn die Arbeiter gegen die Kapitalisten und den Staatsapparat kämpfen, müssen sie auch gegen die SPD kämpfen. Die Arbeiter brauchen so schnell wie möglich ihre eigene Partei, wir brauchen die kommunistische Partei, denn letztlich müssen die Kapitalisten gestürzt werden und die Arbeiter und das Volk müssen an die Macht. (. . .) Früher habe ich gedacht, daß ich meinen Knüppel nicht in Bewegung setze und ihn wegschmeiße. Heute mein' ich, daß ich ihn nicht wegschmeiße, ich werd' ihn auch in Bewegung setzen, allerdings in die richtige Richtung. – (Aus Bezirksbeilage Mittlerer Neckar)

Braunschweig. Seit langem versucht die Landesregierung, in Braunschweig den Mensapreis von 1,40 DM auf 1,80 DM zu erhöhen. Da die Vorstandssitzung des Studentenwerks, die die Erhöhung veschließen sollte, mehrmals verhindert werden konnte, kam die Erhöhung nicht durch. Am Montag wurde erneut die Vorstandssitzung gesprengt. Die Professoren und der Geschäftsführer kamen nicht zu Wort und wurden daran gehindert, den Arm zu heben zwecks Abstimmung. Trotzdem bezeichneten sie die Erhöhung als beschlossen. Am nächsten Tag würde das Essen 1,80 kosten. Der Studentische Rat beschloss sofort einen mehrtägigen Mensaboykott ab dem nächsten Tag. Nur einzelne rechte Studenten versuchten, sich zur Essensausgabe durchzuschlagen. Von den sonst über 5 000 Essen konnten nur 200 ausgegeben werden, da die Studentenmassen entschlossen waren, die Mensa erfolgreich zu boykottieren. Der AStA ist aufgefordert worden, sich für einen landesweiten Mensaboykott gegen Erhöhung der Essenspreise und für Erhöhung der Landeszuschüsse für besseres Essen einzusetzen.

Westberlin. Einen Sieg im Kampf gegen die Unterdrückung und Zensur durch die Prüfungen hat die Studentenbewegung am Psychologischen Institut (PI) der Freien Universität (FU) in Westberlin errungen. Etwa 50 Studenten zwangen am letzten Donnerstag den Prüfungsausschuß, die Note 5 für die Klausur des Studenten Petzold aufzuheben und das Bewertungsverfahren neu zu eröffnen. M. Petzold hatte sich in seiner Klausur geweigert, den üblichen Meinungsstreit unter den bürgerlichen Psychologieprofessoren zu führen. Er griff die herrschende Psychologie als bürgerliche Ideologie an, und zwar den Chefideologen des Instituts, den revisionistischen „Wahrnehmungstheoretiker“ Holzkamp.

Mannheim. Verschärfung der Kontrolle mittels Formblatt 9 des BAFöG-Antrages. Vor drei Semstern erreichten über 200 Studenten durch eine Protestversammlung und ein anschließendes Go-in zum Rektor: Jeder Student, der an der Fachhochschule für Technik (FHT) studiert, bekommt auf dem Formblatt 9 des BAFöG-Antrages eine Bescheinigung über die für das Ausbildungsförderungsgesetz notwendigen Studienleistungen ausgestellt. Jetzt versuchen die Reaktionäre, in diesem Semester wieder die alte Regelung durchzusetzen, nach der nur bei einem Notendurchschnitt von 4,0 und besser die für den BAFöG-Antrag erforderliche „positive Leistungsfeststellung“ bescheinigt werden soll. Die ersten Studenten wurden schon von dieser Verschärfung der Unterdrückung und Abhängigkeit vom bürgerlichen Staatsapparat mittels der BAFöG-Vergabe getroffen. Am Freitag findet dagegen eine Protestversammlung sttatt, auf der Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen. Gleichzeitig finden AStA- und Studentenratswahlen statt.

der BAFöG-Vergabe getroffen. Am Freitag findet dagegen eine Protestversammlung sttatt, auf der Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen. Gleichzeitig finden AStA- und Studentenratswahlen statt.

Heidelberg. „Verwirrung ist immer notwendig, wenn man sich mit etwas Neuem beschäftigen will.“ Das ist das jüngste Produkt des reaktionären Erziehunswissenschaftlers und FDP-Politikers Felix von Cube. 16 imperialistische Verhaltensforscher sollen die Studenten in seinem Seminar nachkauen. So wie diese imperialistischen Wissenschaftler in ihren Theorien die Domestizierung des Haustieres sehen, erklären sie sich für nötig, um „den Arbeiter erst zu einem wirklichen Menschen zu machen“! Teilnehmer seines Seminars haben die Einschränkung des Stoffes auf zwei dieser Narren verlangt. Das konnte noch nicht durchgesetzt werden. Sechs Studenten wollen jetzt ein Seminarkollektiv zur Kritik bilden und diese Forderung durchsetzen.

Der kleine Senat hat die Auflösung des Studentenwohnheimes CA und seine Umwandlung in ein Verwaltungsgebäude beschlossen. Das Kultusministerium hat dafür gleich acht Millionen DM bereitgestellt. 1 000 Studenten haben am vergangenen Freitag dagegen demonstriert.

Frankfurt. Gemeinsam haben Spontaneisten und Jusos an der Universität einen sogenannten „Frauen-AStA“ aus der Taufe gehoben. Geschmückt wie auf einer Sektparty, stellten sie sich der Presse, die sich schon Tage vorher darauf gestürzt hatte. Mit der Masche der Frauenemanzipation verfolgen sie ein Programm, das man aus folgenden Äußerungen in Flugblättern ablesen kann.

Die soziale Lage der Studenten habe sich verschlechtert, „weil die Möglichkeit weggefallen ist, den Betrag, welchen die Eltern zu zahlen haben (wenn die's aber nicht tun), als Darlehen zu beantragen, wenn die Familiensituation ein Einklagen vor Gericht nicht vertragen würde“. Da sind die Bourgeois bestimmt bereit, bei ihrer Ausbauplanung der Darlehensregelungen im BAFöG großzügig zu verfahren, um diesen Elementen, die an den Hochschulen den Beamtenparasitismus predigen und pflegen, die Zustimmung zu Gerichtsverfahren gegen ihre Eltern zu ersparen, „wenn die Familiensituation ein Einklagen vor Gericht nicht vertragen würde“. Gegen den Kampf für mehr Geld wenden sie ein, „Das hilft uns nicht, dem Leistungsdruck an der Universität zu begegnen. Das stärkt nicht unsere Möglichkeit für menschliche Beziehungen, hebt unsere Isolation nicht auf.“

Die Studenten werden auf diesen Leim nicht kriechen. Die Fachbereichsgruppen Geschichte und Sonder- und Heilpädagogik haben zum Beispiel Untersuchungen über die Lage der Studenten beschlossen und bereiten Kampfschritte vor.

Universität Trier:

„Teilnehmerlisten entwendet“

Trier. Gewöhnlich treffen die Studenten kurz nach 8 Uhr in der Universität ein. Am Montag letzter Woche war es anders: um 6.10 Uhr stand der erste Student vor dem Sekretariat der „Neueren Deutschen Literaturwissenschaft“. Um 8 Uhr waren es bereits 100, kurz nach 8 Uhr drängten sich bereits über 150 Studenten vor den Sekretariatsräumen zusammen. Jedem Studenten, der neu hinzukam, bot sich ein Bild verwirrenden Gedränges. Die Luft war zum Schneiden.

Die Professoren verlangten von den Studenten, sich in Voranmeldelisten für Teilnahmelisten für die Lehrveranstaltungen einzutragen und erklärten, nur bis zu 30 Studenten je Lehrveranstaltung zulassen zu wollen. Damit sind die Professoren nicht durchgekommen: am Nachmittag wurden alle diese Teilnahmelisten in einer mutigen Aktion von den Studenten aus dem Sekretariat entwendet. Am Tag darauf wurde eine Erklärung des Dekans, Professor Dr. K. Eibl, verbreitet, in der es heißt:

„In der Vergangenheit haben wir beständig versucht, die Studienbedingungen zu verschärfen. 1973 ist uns in dieser Hinsicht ein entscheidender Schritt nach vorn gelungen. Der Fachbereichsrat des Fachbereichs II verabschiedete unter meiner tatkräftigen Mithilfe die Teilnahmebeschränkungen. (...) Dieses Vorgehen wurde durch ein höchstrichterliches Urteil für richtig befunden. (...) (Die Teilnahmebeschränkungen) verschärfen die Konkurrenz unter den Studenten und fördern die Anhänglichkeit an die Dozentenschaft. Der feige Anschlag von gestern droht, alle unsere Bemühungen zunichte zu machen. Denn angesichts dieser Situation sehe ich mich leider gezwungen, die Teilnahmebeschränkungen in der Neueren Deutschen Literaturwissenschaft für dieses Semester aufzuheben.“



„Der feige Anschlag von gestern droht alle unsere Bemühungen zunichte zu machen. Denn angesichts dieser Situation sehe ich mich leider gezwungen, die Teilnahmebeschränkungen in der NDL für dieses Semester aufzuheben. Für diese Maßnahme bitte ich bei allen Angehörigen der Universität, die uns bisher zielstrebig bei der Unterdrückung der Studenten unterstützt haben, um Verständnis. Wir hätten dem Rechnung tragen müssen, daß da, wo Unterdrükkung herrscht, auch Widerstand ist“, heißt es in der am Dienstag verbreiteten „Erklärung des Dekans“ zur Entwendung der Teilnahmelisten. (Siehe Artikel)

Die Verbreitung dieser Erklärung brachte die Reaktionäre noch mehr in Rage: der Dekan Eibl ließ einen zweiten Brief verteilen, in dem er diese Stellungnahme als „Fälschung“ bezeichnete, erklärte für das „Chaos“ – wie er die faktische Außerkraftsetzung der Teilnahmebeschränkungen durch die Studenten bezeichnete – die Kommunisten für verantwortlich, und sandte Polizei aus, um nach seinen Teilnahmelisten in verschiedenen Wohnungen zu forschen. Von den Studentenmassen, die diese Teilnahmebeschränkungen hassen, wurde die Aktion gegen die Unterdrückung durch die Professoren mit großem Beifall begrüßt und unterstützt. Sowohl der Fachschaftsrat Sprach- und Literaturwissenschaften und der Fachschaftsrat der Pädagogen als auch die GEW-Studentengruppe haben diese Aktion inzwischen ausdrücklich begrüßt. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde aus dem imperialistischen Kulturdenkmal der Universität durch eine Bemalungsaktion etwas Sinnvolles gemacht: es trägt jetzt die Forderungen, unter denen sich die Studentenmassen im Kampf gegen die Reaktion zusammenschließen, u.a. die Forderung: Weg mit den Teilnahmebeschränkungen! 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger, 1 500 DM Elternfreibetrag!

Tübingen. Aufgeschreckt durch einen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 22.10., der anhand des Kampfes der Tübinger Studenten gegen die Ersatzgelder die Bourgeoisie vor einer „neuen hochschulpolitischen Gärung“ warnte, hat jetzt der Karlsruher Möbelkapitalist Mann 40 000 DM an die Universität Tübingen gespendet. Das ist die Höhe des Betrages, den die Tübinger Universitätsverwaltung an Ersatzgeldern für die letzten Semester von mehreren tausend Studenten fordert. Der Rektor Theis hat gleich darauf die Kopplung des Rechts zur Rückmeldung an die Bezahlung der Ersatzgelder aufgehoben. „Auf daß wieder Frieden einkehren möge“, habe der Kapitalist seine Spende an die Universität begründet. Der Friede wird nicht einkehren. Die Studenten denken gar nicht daran, ihre grundsätzliche Forderung nach Rücknahme der Ersatzgelder aufzugeben, wenn ein Kapitalist kommt und ein paar Almosen wirft.

An verschiedenen naturwissenschaftlichen Fachbereichen sind in dieser Woche Warnstreiks gegen die Ersatzelder und die Koppelung ihrer Bezahlung an die Rückmeldung beschlossen worden. Auf den Vollversammlungen der Mathematik-Studenten und der Chemie-Studenten wurden beschlossen die Forderungen: 100 DM mehr für jeden BAFöG-Empfänger rückwirkend ab 1. Oktober, Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1 500 DM. Weiter fordern sie den AStA auf, noch im November für die Einberufung einer VDS-Mitgliederversammlung einzutreten, die, wenn diese Forderungen bis Januar nicht erfüllt sind, zur Durchsetzung dieser Forderungen einen bundesweiten unbefristeten Streik an allen Hochschulen beschließt.

Trier. Das Studentenparlament der Universität Trier hat am Montag, dem 25.10., auf seiner Sitzung mit 8 gegen 7 Stimmen beschlossen, für 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger, für 1 500 DM Elternfreibetrag sowie die Durchsetzung dieser Forderung durch Streik einzutreten. Es hat ferner beschlossen, daß das Präsidium des Studentenparlaments für die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der VDS eintritt.

Eingebracht wurde dieser Antrag von der Fraktion des KSB und der Basisgruppen, unterstützt wurde er im Studentenparlament durch Vertreter der Psychologen. Gegen den Antrag haben gestimmt die Jusos und der RCDS. Unterstützt wurde dieser Antrag ferner durch die Fachschaften im Fachbereich 1 (Psychologie, Pädagogik, Philosophie) und im Fachbereich 2 (Sprach- und Literaturwissenschaften), von den Basisgruppen im Fachbereich 2 und 3 und von der GEW-Studentengruppe.

6. Jahrestagung der Gesellschaft für Informatik

Ausbau der Informatik– „Veredelung der Wirtschaft“

6. Jahrestagung der Gesellschaft für Informatik

Ausbau der Informatik– „Veredelung der Wirtschaft“

Rund 10 000 Studenten befanden sich Ende des vergangenen Jahres entweder im Nebenfach oder im Hauptfach im Studiengang „Informatik“. Anfang dieses Monats fand in Stuttgart die 6. Jahrestagung der „Gesellschaft für Informatik“ statt. Vorsitzender dieser Gesellschaft zur „Förderung der Informatik ... und ihrer Anwendungen“ ist der Professor Gumin, Vorstandsmitglied der Siemens AG. Die Mitglieder sind zum großen Teil Informatiker.

Die Jahrestagung wurde von den westdeutschen Finanzkapitalisten und ihren geschäftsführenden Regierungsbeamten genutzt, um die Rolle der Informatik für die Expansionspläne der westdeutschen Imperialisten herauszustreichen und die Informatiker darauf einzuschwören. Hauf, Parlamentarischer Staatssekretär im Forschungsministerium, erläuterte diese Ziele, wie sie auch im 3. Datenverarbeitungsprogramm der Regierung festgehalten sind:

„Die ‚veredelnde‘ Funktion der westdeutschen Wirtschaft muß ihre Spitzenposition in der Welt halten und ausbauen, vor allem gegen die Konkurrenz aus den USA und Japan. Dies sei nötig, da man ja keine Energie, keine Rohstoffe habe. Deshalb müsse die Leistung der Wirtschaft und des Staates erhöht werden. Dazu genau brauche man die Informatik, und zwar eine eigene, nationale, allenfalls mit europäischer Basis. Dazu brauche man die Informatiker und biete jetzt pro Jahr 1 400 Studienplätze an.“

Was ist Informatik und worum geht es für die Imperialisten?

Die Informatik befaßt sich – grob gesagt – mit dem Bau und dem Funktionieren von Computern sowie deren Anwendung. Computer sind Maschinen, die zum Beispiel mathematische Berechnungen oder das Durchsuchen von elektronisch gespeicherten Listen und Karteien in Bruchteilen von Sekunden durchführen können.

Diese „automatisierte Datenverarbeitung“, wie sie das nennen, benutzen die westdeutschen Imperialisten, um die Ausbeutung und kapitalistische Rationalisierung in den Fabriken voranzutreiben und die Unterdrückung der Volksmassen durch den Staatsapparat auszubauen. Gleichzeitig befinden sie sich in heftiger Konkurrenz mit den anderen Imperialisten: Während der US-Konzern IBM 1973 bei einem Umsatz von 9,5 Milliarden Dollar und 262 000 Beschäftigten einen Jahresgewinn von 1,3 Milliarden Dollar bekanntgab, brachte es die Siemens AG, westdeutscher Branchenführer, mit ihrem gesamten Umsatz bei 227 000 Beschäftigten lediglich auf einen Umsatz von 3,8 Milliarden Dollar und verbuchte einen Gewinn von 0,1 Milliarden Dollar. Entsprechend lassen sich die westdeutschen Imperialisten die Entwicklung der Informatik einiges kosten; über 6 Milliarden DM betragen die Mittel, die vom bürgerlichen Staatsapparat in den letzten zehn Jahren ausgegeben wurden oder als Ausgaben der nächsten drei Jahre geplant sind:

	1. bis 3. Datenverarbeitungsprogramm (in Mio DM)	Sonstige Förderung (ohne Militär, nurTeilbeträge) (in Mio DM)
Bis 1966	–	(169)
1967 – 70	162	(350)
1971 – 75	2424	(860)
1976 – 79	1575	(726)
Summe	4161	(2105)

Computereinsatz zur Verschärfung der Ausbeutung ...

Den Kapitalisten ist der Einsatz computergesteuerter Anlagen in den Fabriken ein gewaltiger Hebel, um mehr Arbeit aus weniger Arbeitern herauszupressen. In der Werkzeugmaschinenfabrik Fritz Werner in Westberlin z.B. kämpfen die Arbeiter gegen die Einführung eines Fertigungsleitstandes, ein computergesteuertes Überwachungssystem für die ganze Produktion, das über ein optisch akustisches Meldesystem mit allen Arbeitsplätzen verbunden ist und die Arbeiter während des Arbeitsprozesses jeden Augenblick kontrolliert. (Vergleiche KVZ Nr. 35 und 42)

Ein anderes Beispiel ist die Einführung von computergesteuerten Fotosatzgeräten mit Klarschriftlesern. Ein Setzer an einer handbedienten Bleisatzmaschine mußte bis zu 6000 Zeichen pro Stunde setzen. Ein Klarschriftleser liest etwa 1,5 Millionen Zeichen pro Stunde. Dazu müssen die notwendigen Klarschrifttexte vorbereitet sein, der Arbeitsgang wird weiter zergliedert, das Arbeitstempo und die Überwachung der Schreibkräfte und Arbeiter an den Maschinen ungeheuer verschärft.

Die Arbeit selbst wird kleinlichster Kontrolle und Schikane unterworfen. Beim Stillstand computergesteuerter Maschinen wird automatisch die Ursache festgestellt: Bedienungsfehler? Abschalten ohne wichtigen Grund? Die Häufigkeit pro Monat wird berechnet: Ist sie überdurchschnittlich, fliegt der Arbeiter raus. Beim Großversandhaus Quelle in Nürnberg wird nach diesem Prinzip bei der Aufnahme der Bestellungen verfahren.

Für den Kapitalisten verursachen solche Anlagen zunächst hohe Investitionskosten, die er schnell wieder herausholen will. Neben der intensiveren Arbeit versucht er den Mehrschichtbetrieb auszudehnen.

So wurde bei der Kraftwerksunion in Westberlin 1971 nach Einführung einer Schaufelfräsmaschine, die automatisch vier Schaufeln gleichzeitig fräst, prompt der Dreischichtbetrieb eingeführt. Die Profitquelle soll ununterbrochen fließen.

... und der Unterdrückung der Volksmassen

Ihre staatliche Unterdrückungsmaschinerie rüstet die westdeutsche Bourgeoisie bereits in großem Umfang mit Hilfe von Datenbanken und Informationssystemen auf.

Datenbanken sind meist elektronische Speicher als Ersatz der herkömmlichen Karteien, die in Sekundenschnelle mit Hilfe von Computern durchsucht werden können. Hunderte von Informatikern arbeiten an immer schnelleren und effektiveren computerunterstützten Informationssystemen zur Handhabung solcher Dateien.

Bereits heute werden Personaldaten in mehr als 200 verschiedenen Datenbanken der Gemeinden, der Länder oder des Bundes gespeichert. Dazu gehören beispielsweise die Systeme KRIPOLIS (Kriminalpolizeiliches Informationssystem) des Bundeskriminalamtes mit Milliarden von Daten und NADIS (Nachrichtendienstliches Informationssystem) des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes mit mehr als zwei Millionen biografischer und ortsbezogener Grunddaten. Weiter sind es die Dateien der Meldeämter, Schulbehörden, Krankenkassen, Sozialversicherungen, Finanzämter, Bundeswehr usw. Zentral zusammengefaßt entsteht für 37 Millionen DM in Berlin ein Bundeszentralregister.

Mit Hilfe von Verbundnetzen können über Telex-Leitungen der Bundespost diese Dateien zusammengeschaltet werden, so daß ein fast lückenloser Lebenslauf mit Personenbeschreibung entstehen kann. An KRIPOLIS sind beispielsweise die Flughäfen der Bundesrepublik und die Polizei der Länder angeschlossen. Der Anschluß von Streifenwagen der Polizei ist geplant.

Entwicklung und Einsatz der Computertechnik
– für die imperialistische Expansion zur Ausplünderung ganzer Völker,
– zur Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse,
– zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes
machen die Informatik zu einem Spitzenprodukt für die imperialistische Bourgeoisie und offenbaren die Fäulnis ihrer Herrschaft.

„Für das Proletariat bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung.“ Diese Tatsache können die Sozialdemokraten mit ihrem Gerede von „mehr Lebensqualität“ und die DKP-Revisionisten mit ihrer Theorie von der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ weder zudecken noch schmackhaft machen. – (hk, Westberlin / Red.)

Manöver „Bonded Item" in Schleswig-Holstein

„Gebündelte Maßnahmen" an den Ostseezugängen

In der letzten Woche führten Einheiten der Bundeswehr und der US-Army im östlichen Schleswig-Holstein das Manöver „Bonded Item" („Gebündelte Maßnahme") durch. Dem Manöver lag die Annahme zugrunde, daß die Baltische Flotte der Sowjetunion mit den Verbänden des Warschauer Paktes aus der Ostsee ausgebrochen ist, Norwegen umklammert und sich mit der sowjetischen Nordmeerflotte vereint hat. Weiter wurde angenommen, daß sowjetische Marinetruppen in Dänemark und an der schleswig-holsteinischen Ostküste gelandet sind und versuchen, einen Keil zur Nordseeküste zu treiben. (Nach „Flensborg Avis" vom 20.10.76)

Diese Annahme ist keine Spielerei der westlichen Imperialisten. Sie müssen einen Angriff des Sozialimperialismus tatsächlich fürchten. Die Sowjetunion verfügt im Nordmeer und in der Ostsee über 33 Kreuzer und Zerstörer mit atomar bestückten Raketen, 83 konventionell bestückte Zerstörer, 232 U-Boote, 142 Korvetten und Schnellboote sowie 64 Landungsfahrzeuge. (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.9.76)

In ihrem Kampf um die Weltherrschaft muß die Sowjetunion Zugang zu den Weltmeeren haben. Gerade Zugang zum für den Kampf um Europa entscheidenden Nordatlantik und der Nordsee. Daher macht sie große Anstrengungen, die Nordseezugänge und das Seegebiet um Norwegen zu kontrollieren. Die USA und die übrigen in der NATO zusammengeschlossenen imperialistischen Mächte haben sich mit „Bonded Item" darauf vorbereitet, einen sowjetischen Angriff auf die Nordseezugänge und Schleswig-Holstein abzuwehren und so ihre Position zu halten.

US-Truppen sollen Sperriegel errichten

US-Truppen sollen Sperriegel errichten

In der Anfangsphase des Manövers waren 4000 amerikanische „Elite"-Soldaten der 4. amphibischen Marinebrigade aus Virginia/USA (unter ihnen die berüchtigten „Ledernacken") in Jütland gelandet, von wo aus sie in den Raum östlich von Schleswig vorstießen. Hier, wo Niederungen, Moore und Flüsse ein natürliches Hindernis bilden, sollten sich die US-Truppen mit Bundeswehreinheiten zusammenschließen und einen Sperriegel gegen die angreifenden sowjetischen Truppen („Orange") errichten. Die Rolle des Angreifers wurde von der 18. Panzerbrigade aus Neumünster übernommen. Seine Aufgabe bestand darin, bei Missunde und Lindau über die Schlei zu setzen und dann nach Norden vorzustoßen. (Siehe Kartenskizze) (Angaben nach Flensborg Avis und Flensburger Tageblatt vom 20.10.76)

Den Angriff mitgeprobt

Für die Bundeswehr war dieser Angriffszug der wichtigere Übungsteil. Die Überwindung eines breiteren Flusses, ein Angriff durch sumpfige und feuchte Gebiete auf eine feindliche Verteidigungslinie – das sind Übungen, die sich im Ernstfall an der Elbe, Weichsel oder Wolga gut verwenden lassen. Die NATO-Truppen proben also, wie man einen sowjetischen Angriff stoppen, den Gegner aufreiben und dann zum Eroberungskrieg übergehen kann.

Das Hauptproblem für die NATO scheint im Moment darin zu bestehen, wie die US-Truppen im Falle eines sowjetischen Angriffs möglichst schnell nach Europa zusammengezogen werden können. Dazu wird im NATO-Hauptquartier erwogen, „die an der Ostküste der USA stationierte und atomar ausgerüstete 2. US-Flotte näher in den nordeuropäischen Raum" hineinzuziehen, zum Beispiel nach Schottland. Außerdem soll die westdeutsche Handelsflotte „mit Transporteinheiten in folgende NATO-Manöver" einbezogen werden, „um den Nachschub von Amerika nach Nordeuropa bewältigen zu können". (Flensborg Avis vom 20. Oktober)

Soldaten und Volksmassen sollen Kanonenfutter sein

Die Soldaten und die Volksmassen im Manövergebiet haben die Erfahrung gemacht, daß sie in den Plänen der imperialistischen Militärstrategen nur als Kanonenfutter auftauchen. Die Bauern wurden schon vor dem Manöver aufgefordert, ihr Vieh von den Weiden zu holen. Die Panzer gruben sich tief in die feuchten Äcker und Koppeln ein. Ein Bauer berichtete uns, daß er als Entschädigung für sein zerstörtes Zuckerrübenfeld 0,30 DM pro

Weiden zu holen. Die Panzer gruben sich tief in die feuchten Äcker und Koppeln ein. Ein Bauer berichtete uns, daß er als Entschädigung für sein zerstörtes Zuckerrübenfeld 0,30 DM pro

Quadratmeter erhält. Der Ertrag für Zuckerrüben liegt jedoch bei 0,45 DM pro Quadratmeter. Da die Panzer die Muttererde zusammengepreßt und den Mergel nach oben gewühlt haben, rechnet er in den nächsten zwei, drei Jahren mit 20 Prozent Ertragsminderung, die ihm keiner ersetzt. Der Meinung, das Manöver diene der Verteidigung, konnten wir da gut entgegentreten, wo die Volksmassen konkrete Erfahrungen mit der Bundeswehr gemacht hatte. Und davon gab es genug.

In Tolk (Angeln) mußte die Schule für zwei Tage geschlossen werden, da ein Panzer in den Schulbus gefahren war. Bei Westerakeby franste sich ein Panzer in einem Eisenbahngleiskörper fest; ein sich nähernder Güterzug wäre um ein Haar in ihn hineingerast. Bei Eckernförde raste ein LKW der Bundeswehr in eine Kate, weil der Fahrer übermüdet war. Die Bundeswehroffiziere setzten bewußt Menschenleben aufs Spiel und zwangen die völlig übermüdeten Soldaten zum Einsatz. Wir haben miterlebt, wie ein Offizier einen Panzerfahrer, dem vor Müdigkeit die Augen zugefallen waren, durch Schläge an den Kopf „aufgeweckt" hat.

Die Wut der Soldaten war groß. Die Flugblätter, die wir im Manövergebiet verteilten, wurden mit großem Interessen aufgenommen. Oft fielen Äußerungen wie „Klasse, dat is wat gegen die Bundeswehr". – (t., Bezirksverband Flensburg-Westküste/Red.)





Truppen des US-Imperialismus (Marineinfanteristen) sichern eine Brücke in Wellspang in Schleswig-Holstein. Die Einflußnahme auf Westeuropa ist eine Existenzfrage für die weltweite Vormachtstellung des US-Imperialismus. Dafür schickt er Vietnam-erprobte Truppen.



In dieses Haus in Kosel bei Eckernförde raste ein LKW der Bundeswehr, weil der Fahrer übermüdet war. Die Hausbewohner kamen nur deshalb mit dem Leben davon, weil sie wenige Minuten zuvor das Wohnzimmer verlassen hatten.

Sontra: Jugendliche gegen Arresthaft

Am Donnerstag, dem 21.10., führten Mitglieder des Bezirks Nordhessen des KBW und Soldaten des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel im Jugendzentrum in Sontra eine Diskussionsveranstaltung zur Inhaftierung des Soldaten Arendt durch, an der 25 Jugendliche teilnahmen. 2 Soldaten des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel berichteten den Jugendlichen über die neuesten Auseinandersetzungen in der Husarenkaserne. Der Kompaniechef der I/5, Major Otto verteilte im politischen Unterricht regelmäßig Zeitungsartikel aus der „Welt" und anderen Kapitalistenblättern an die Soldaten, die sie vorbereiten sollten, d.h. auf der nächsten Truppeninformation nachplappern sollten. Wer dem nicht nachkam oder eine andere Meinung äußerte, fand sich schnell auf dem nächsten Wachplan, Bereitschaftsplan oder Gefreiter vom Dienst für das Wochenende wieder. Daraufhin haben die Soldaten auf der nächsten Truppeninformation ganz den Mund gehalten. Der Kompaniechef mußte die Truppeninformation abbrechen. An diesem Beispiel konnte jeder sehen, daß die Disziplinarstrafe gegen den Soldaten Arendt bei den Mannschaften nicht die gewünschte Wirkung erzielt hat. Die 25 Jugendlichen verabschiedeten eine Resolution, in der die Bestrafung verurteilt wird und schickten sie an den Kompaniechef und an Arendt. Um den Kampf der Soldaten zu unterstützen, beschlossen sie, Arendt in der Arrestzelle der Husarenkaserne gemeinsam zu besuchen. Am Sonntag gingen zehn Mann in die Kaserne und gemeinsam in die Zelle, obwohl der Kommandant nur Einzelbesuche gestattet hatte. Die Wachhabenden waren zu überrascht, und konnten nichts dagegen unternehmen. Anschließend wurde im Jugendzentrum eine Wandzeitung angefertigt und ausgehängt, auf der über den Besuch, die Haftgründe und die Haftbedingungen berichtet wurde. Mehrere Jugendliche wollen jetzt eine Diskussionsveranstaltung über die Armee im Jugendzentrum machen. – (n., Sontra / Red.)

die Haftbedingungen berichtet wurde. Mehrere Jugendliche wollen jetzt eine Diskussionsveranstaltung über die Armee im Jugendzentrum machen. – (n., Sontra / Red.)

Neue Raketentests der Sowjetunion.

Die Sowjetunion hat erneut, zum vierten Mal in diesem Jahr, Raketentests in der Barents-See durchgeführt. In diesem Jahr hat die Sowjetunion bereits an 83 Tagen dieses Gebiet für ihre Übungen für den Schiffsverkehr quasi gesperrt. Nach der Genfer Sockelkonvention von 1958 gehört das betreffende Gebiet zu Norwegen. Vor kurzem protestierte die Sowjetunion dagegen, daß ein norwegisches Schiff Messungen in diesem Gebiet durchführte.

„Thema Sicherheit" mißglückt

Frankfurt. Jugendoffiziere führen mit den Frankfurter Studienreferendaren Seminare durch, um mit ihnen „Unterrichtsmodelle" zum „Thema Sicherheit" zu erarbeiten. Der „Verteidigungszweck" der Armee sollte den Studienreferendaren näher gebracht werden und so die Lehrer für eine imperialistische Propaganda in den Schulen über die Armee abgerichtet werden. Das ist den Offizieren nicht geglückt. Wesentlich dazu beigetragen haben die Soldaten. Während eines Truppenbesuchs sollte den Referendaren der politische Unterricht in einer „demokratischen Armee" vorgeführt werden. Unterrichtet wurden 60 Wehrpflichtige von einem als Schinder bekannten Hauptmann des 2. Panzerartilleriebataillons in Wetzlar. Der Unterricht fand statt in Gegenwart einer Reihe hoher Dienstgrade. Unter der Diskussionsleitung eines Rekruten wurde die Frage der Verteidigungswürdigkeit der BRD behandelt. Der Soldat war der Meinung, ein System, das Arbeitslosigkeit, politische Entrechtung, Notstandsgesetze und ähnliches hervorbringen würde, sei nicht verteidigenswert. Andere stimmten ihm zu und meinten: „Die da oben machen hier doch, was sie wollen." Das ging dem Hauptmann zu weit. Er forderte auf, abzustimmen, ob das System verteidigenswert sei oder nicht. Zögernd meldeten sich 5 von 60 Soldaten dafür. Nach dieser Niederlage brach der Hauptmann den „demokratischen Unterricht" ab.

Die Referendare haben beschlossen, solche lehrreichen Truppenbesuche auch mit ihren Schülern zu machen. Und sie werden die Frage „Wessen Armee zu welchem Zweck" auch im Unterricht behandeln. – (Red., nach Berichten)

Warum Scheel zweifelt

Am Mittwoch, 20.10., äußerte sich Bundespräsident Scheel in der Tagesschau so: „Wenn ich nicht unterschreibe, habe ich's nicht unterschrieben, wenn ich's unterschreibe, habe ich's unterschrieben. Mehr kann ich Ihnen dazu auch nicht sagen." Gemeint war das „Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes". Scheel muß es als Bundespräsident unterschreiben. Er hat es nicht unterschrieben. Das also hat er gemeint.

Im letzten Jahr im Juni wurde das Gesetz zum ersten Mal im Bundestag behandelt. Vorher und nachher war die bürgerliche Presse voll davon. Jetzt würde die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erleichtert. Minister Leber habe einen Beitrag geleistet zum Schutz des Grundrechts auf Wehrdienstverweigerung.

Im April dieses Jahres wurde das Gesetz im Bundestag verabschiedet. Wieder waren die bürgerlichen Zeitungen voll davon. Manche Juso-Wahlveranstaltung wurde mit diesem Gesetz halbwegs gerettet, weil es als „Errungenschaft" der SPD-FDP-Regierung geputzt wurde. Dabei unterscheidet es sich in seinem Zweck in nichts von den sonstigen „Errungenschaften" der imperialsitischen Reformgesetzgebung. In seinem Kern sieht es vor, daß nach entsprechender Erklärung des Wehrpflichtigen dieser statt 15 Monate Wehrdienst 18 Monate Dienstpflicht ableisten muß unter dem Kommando des Arbeits- und Sozialministeriums. Gültig sollte die Anerkennung als Verweigerer erst sein, nachdem man zum Ersatzdienst eingezogen wurde oder zwei Jahre seit der Erklärung vergangen sind. Außerdem sollte, falls nötig, diese Regelung per Verordnung wieder aufgehoben werden und die Prüfungskammern wieder eingeführt werden können.

Lebers Absicht mit dem Gesetz war einfach. Die Unterdrückung in der Armee wird verschärft. Sie wird von der Bourgeoisie für den Krieg vorbereitet. Da sollen zersetzende Elemente aus der Armee herausgehalten werden. Revolutionäre und rebellische Jugendliche sollten auf dem Weg der Verweigerung draußen bleiben. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sollte angegriffen werden durch Erschwerung für die dienenden Soldaten. Und dies alles im Weihrauchgeruch des Grundgesetzschützers und Willkürbeseitigers in der Vorwahlzeit.

Die CDU war für direktere Einschränkung dieses Rechts. Sie redete von „Inflation des privaten Ermessens". Gemeint war, daß die Autorität der bürgerlichen Staatsmacht und der Armee durch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zersetzt wird. Zweifel und Überlegungen über den Zweck der Armee werden auch in der Truppe gesät durch das Recht auf Verweigerung.

Am 10. April dieses Jahres wurde das „Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes" im Bundestag verabschiedet. In der Kommunistischen Volkszeitung haben wir damals geschrieben: „Das Gesetz muß man nicht für fertig halten. Es muß durch den Bundesrat. Heute schon ist sicher, daß es ähnlich ausgehen wird wie mit dem § 218. Im Volk soll der Eindruck einer ‚guten Absicht' verbleiben, während in Wirklichkeit die Staatskontrolle ausgeweitet wird." Am 3. Oktober waren Bundestagswahlen. Am 20. Oktober erfuhr man, daß Scheel das Gesetz nicht unterzeichnen werde. Es sei nicht auf dem verfassungsmäßigen Wege zustande gekommen, der Bundesrat müsse zustimmen. Die SPD-FDP-Regierung hat erklären lassen, darum solle es keinen Streit geben und sie werde das Gesetz „neu fassen". Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt dazu, „sofern ihr die Sache noch ernst ist".

Herauskommen wird auf jeden Fall ein Angriff auf das Recht auf Kiregsdienstverweigerung. Das ist jetzt schon sicher. Die imperialistische Bourgeoisie hat Grund dazu. Erstens ist die Zahl der Kriegsdienstverweigerer „in Erwartung der Neuregelung" gestiegen, sie lag im März zum Beispiel um 66,4 Prozent über der des Vorjahresmonats März. Zweitens tritt der erhoffte Effekt der Verschonung der Armee von zersetzenden Auffassungen und Taten dadurch nicht ein. Denn die Gründe der Rebellion in der Armee werden mehr und auch ihre Träger. Und der Aufbau der Kommunistischen Partei macht Fortschritte, was dazu führt, daß viele Jugendliche in die Armee gehen mit dem revolutionären Ziel, sie zu zersetzen und das Waffenhandwerk zu erlernen für den unvermeidlichen Kampf zum Sturz der Bourgeoisie.

Diese für die Kapitalistenklasse höchst unerfreuliche Entwicklung stößt zusammen mit ihrem immer dringenderen Interesse an einer schlagkräftigen Armee. Die Verschärfung der politischen Reaktion soll diese Schlagkraft schaffen. In bezug auf die Armee ist die eine Seite dieser Verschärfung die Ausweitung und Systematisierung der Unterdrückung in der Armee. Der Marxismus-Leninismus wird verfolgt. In der letzten KVZ wurde berichtet, wie in Sontra „Distanz zur bisherigen (revolutionären) Gedankenwelt" durch 21 Tage Arrest vermittelt werden sollte. Die zielstrebige Beseitigung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung ist die andere Seite. Ob dazu das SPD-FDP-Gesetz taugt – das ist der Kern der, wie die „Süddeutsche Zeitung" es nennt, „Zweifel des Bundespräsidenten". – (hf)

Portugal. Die werktätigen Massen kämpfen gegen die Kapitalisten, die den Lohn drücken wollen, und die portugiesische Regierung, die die Steuerschraube anzieht, erkämpfte Rechte angreift und insbesondere den erkämpften Kündigungsschutz weitgehend außer Kraft gesetzt hat. Sie hat das Gesetz über die Einheitsgewerkschaft aufgehoben, um den Weg freizumachen für spalterische Richtungsgewerkschaften. Einige Gewerkschaften hat sie bereits unter ihrer Führung zusammengefaßt mit der offenen Absicht, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten.

Die portugiesische Zeitung „Expresso" berichtet am 8.10. von einem „Schwung von Streiks". Die Arbeiter von AGFA kämpfen gegen geplante Massenentlassungen durch die westdeutschen Monopolkapitalisten. Sie werden von 14 Gewerkschaften in ihrem Kampf unterstützt. Die Bäcker führten jetzt Versammlungen durch und streikten am 15. und 16. Oktober, nachdem die Verhandlungen über ihre Forderungen drei Monate lang von den Kapitalisten boykottiert wurden. Die Forderungen der Bäcker sind: Reduzierung der Lohnstufen auf drei, 15-prozentige Lohnerhöhung, festgelegte und begrenzte Arbeitszeiten. Die Lehrer kämpfen gegen die Regierung, weil diese bereits 800 Lehrer entlassen hat und die Gehälter kürzen will. Die Lehrergewerkschaft führte eine Demonstration gegen diese Maßnahmen des sozialdemokratischen Erziehungsministers durch.

Irland wehrt sich gegen die uneingeschränkte Öffnung seiner Fischereigewässer für alle EG-Staaten. Zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft ist ein Streit über die Errichtung einer gemeinsamen 200-Meilen-Fischereizone aufgebrochen, der voraussichtlich verhindern wird, daß die EG einheitlich auftreten kann, wenn es darum geht, sich Zugang zu den Fischregionen anderer Staaten, zum Beispiel Islands, zu verschaffen. Großbritannien, das seinerseits seine imperialistischen Ansprüche gegenüber Island mit Kanonenbooten durchzusetzen versuchte, will nun seine eigenen Gewässer vor den imperialistischen Konkurrenten, insbesondere vor den Fischereikonzernen der BRD, schützen. Es fordert eine 35- bis 50-Meilen-Zone. Vor dem „Europahaus" in Luxemburg demonstrierten bereits einige hundert Iren unter der Parole: „Unser Meer gehört Irland und nicht der EG." Die Verhandlungen zwischen den EG-Staaten sind bisher daran gescheitert, daß vor allem die Bundesrepublik sich Zugang zu allen Gewässern um die EG verschaffen will, um ihren Vormachtanspruch auch in dieser Frage gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten wie gegenüber den kleineren EG-Staaten durchzusetzen.

Die Sowjetunion verstärkt die Abhängigkeit und die Ausplünderung der osteuropäischen Staaten und der Mongolei auf dem Energiesektor. Durch willkürliche Preiserhöhungen für Erdöl hat die neue Bourgeoisie in der sozialimperialistischen Sowjetunion allein Bulgarien um 250 Millionen Dollar zusätzlich ausgeplündert. Zur Zeit unternehmen die neuen Zaren große Anstrengungen, um die ganze Versorgung der osteuropäischen Staaten und der Monoglei mit Elektrizität unter ihre Kontrolle zu bekommen. Wie bei der großen Orenburg-Erdgasleitung lassen sie dabei die Projekte von den beherrschten Staaten im Namen der „internationalen Arbeitsteilung" und „Zusammenarbeit" bauen und finanzieren, um ihnen hinterher die gelieferte Energie um so teurer zu verkaufen. Auf der letzten Sitzung des RGW wurde über den Entwurf eines „allgemeinen einheitlichen Plans für das Energie-System" beraten. Jetzt fordert die Sowjetunion die von ihr abhängigen Staaten auf, sich mit Geld, Material und Arbeitskräften an der 750-Kilovolt-Hochspannungsleitung von Vinica nach Albertisha in Ungarn zu beteiligen.

Insbesondere die Elektrizitätsversorgung der Mongolei wird vollständig der Kontrolle der Sozialimperialisten unterworfen. In diesem Jahr soll die vollständige „Integration" der mongolischen Elektrizitätserzeugung mit der sowjetischen abgeschlossen werden und ein „einheitliches Energienetz" geschaffen werden. Wie bei anderen Branchen auch versucht die Sowjetunion schon seit langem, eine direkte Kontrolle über die Energieindustrie der Mongolei zu bekommen. Bereits vor fünf Jahren wurden sogenannte „direkte Verbindungen" zwischen dem sowjetischen Ministerium für Kohleindustrie und der mongolischen Brennstoff- und Energieindustrie hergestellt. Außerdem plant die Sowjetunion eine Hochspannungsleitung zwischen dem sibirischen Strom und den Kupfer- und Molybdän-Minen in Erdenet im Norden der Mongolei, die jetzt ausgebaut werden, um die direkte Kontrolle über die Stromversorgung für diese wichtigen mongolischen Bergwerke zu haben. In den vergangenen Jahren haben die neuen Zaren nach und nach einige große Bergwerksunternehmen der Mongolei mit verschiedenen Methoden unter ihre Kontrolle gebracht. Sie wurden dabei getrieben von ihrem Drang zur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, zur Ausdehnung der Kriegsindustrie und zur Kontrolle und Ausplünderung der sogenannten „Bruderländer". Die weitere „Vertiefung und Verbesserung" ihrer „Zusammenarbeit" mit der mongolischen Energieindustrie hat die sowjetischen Pläne zur Ausplünderung der mongolischen Bodenschätze einmal mehr aufgedeckt. (Nach Albanische Nachrichtenagentur ATA, 9.10.76, und Hsinhua, 6.10.76)

Interview mit einem Arbeiter der neuen Ford-Fabrik in Valencia (Spanien):

Die Arbeiter organisieren sich von Anfang an im Kampf gegen die Ausbeutung

Um 27,8 Prozent haben die westdeutschen Niederlassungen des Ford-Konzerns laut Geschäftsbericht im Jahre 1975 ihre Umsätze gesteigert bei einer um 10,5 Prozent verminderten Belegschaft. Von der Einführung des Kleinwagens Fiesta versprechen sich die Ford-Kapitalisten, daß mit ihm „die Position auf den Inlands- und Auslandsmärkten weiter gefestigt und ausgebaut werden kann." Die Produktion ist inzwischen in zwei neuen Werken in Saarlouis und in Valencia in Spanien angelaufen. Das „Handelsblatt" vom 25.10.76 meldet, daß in Saarlouis bis Mitte Oktober schon 50 000 Fiesta gebaut wurden. „Mit Hilfe von zusätzlich geplanten Sonderschichten soll das Produktionsvolumen des Fiesta in Saarlouis bis zum Jahresende auf rund 100 000 Wagen steigen."

In Spanien hat die faschistische Diktatur den Ford-Kapitalisten alle Wege für eine scharfe Ausbeutung der Arbeiter des Werkes in Valencia geebnet. „Wir sind nach Spanien gekommen, um Geld zu verdienen", hat einer der Direktoren des Werks bei seiner Ankunft verkündet. Der Boden wurde umsonst überlassen, alle finanziellen Hilfen und Zollbegünstigungen wurden gewährt. Für die vor allem westdeutschen Chargen des Ford-Kapitals, die die Schweißauspressung organisieren sollen, wurden zahlreiche Luxuseinrichtungen bereitgestellt. Unter anderem 90 neue Anlegeplätze im Yachthafen von Valencia. Die Belegschaft wurde nach einem polizeilichen Ausleseverfahren fast ausschließlich aus Arbeitslosen und landlosen Bauern und Landarbeitern zusammengestellt bei sehr niedrigen Löhnen, weil die Produktion angeblich noch nicht voll angelaufen sei. Tatsächlich werden heute 70 bis 75 PKW täglich produziert mit einer Belegschaftsstärke, die für die Produktion von 23 bis 24 Autos vorgesehen war.

Die Arbeiter haben begonnen, ihre Erfahrungen aus zwei Jahren Aufbauzeit und einem Monat Produktion zusammenzufassen: Sie fordern einheitliche Lohnerhöhung und außer den béi-
che Lohnerhöhung und außer den béi-
den üblichen einen dritten Sonderzuschlag für jeden. Die Kantine wird wegen des schlechten Essens boykottiert. Sie bauen ihre Einheitsgewerkschaft in Gestalt der Arbeiterkommission auf.

Unter den Reisbauern und der Bevölkerung der Gegend von Valencia gärt heftiger Widerstand gegen die Ford-Kapitalisten, weil sie, obwohl sie bereits zum Bau von Filtrieranlagen gezwungen wurden, immer wieder giftige Abwässer in die Albufera-Lagune leiten, die als Wasserspeicher und Erholungsgebiet sehr wichtig ist. Ein Fest, das die Ford-Kapitalisten am 18.10. zur Feier ihrer Ausbeuterei ausrichten wollten, mußte abgesagt werden. Sie ließen in den Zeitungen verbreiten, daß man „Sabotageakte" befürchten müsse. Im folgenden Auszüge aus einem Interview mit einem Ford-Arbeiter in Valencia. (J.T. Hamburg/Red.)



Die Arbeitermassen von Valencia demonstrieren gegen die faschistische Diktatur für politische und gewerkschaftliche Freiheiten, für die Freilassung aller politischen Gefangenen und für die Autonomie Kataloniens.

Wie sind die Arbeitsbedingungen in der neuen Fabrik von Ford in Valencia?

Es sind vor allem Arbeitslose eingestellt worden. Wahrscheinlich, weil Arbeitslose eher schlechte Arbeits- und Lohnbedingungen annehmen. Dann wurden viele Bauern aus der Umgebung eingestellt. Das hat zusammen dazu geführt, daß sie heute mit einem Arbeitskräftebestand, mit dem normalerweise 23 bis 24 Autos produziert werden, 70 bis 75 PKW pro Tag bauen lassen können. Dann die Hilfsarbeiter. Sie werden ausgebildet und eingestuft als Hilfsarbeiter und müssen die Arbeit von Facharbeitern machen. In der Montagehalle, wo ich arbeite, werden die niedrigsten Löhne im ganzen Werk gezahlt und es gibt die höchsten Bandgeschwindigkeiten und das höchste Arbeitstempo. Die Löhne liegen bei 18 000 bis 18 500 Peseten monatlich (etwa 750 bis 800 DM). Die Firma hat gesagt, solange die Produktion nicht anläuft, wird von Lohnerhöhung nicht gesprochen. Jetzt sind schon 25 Tage Produktion, und von einer Lohnerhöhung hört man noch nichts.

Eines ist klar: Die Produktionsplanung war sehr unzureichend. Es existiert kein ausreichendes Ersatzteillager, oder es ist wenigstens unzureichend bestückt. Deshalb fehlen oft bestimmte Zangen und Geräte für die Reparatur und deshalb kommt es immer wieder vor, daß das Fließband wegen technischer Fehler stoppt. Das muß dann mit enormer Geschwindigkeit wieder eingeholt werden.

Welche Forderungen werden von der Belegschaft erhoben?

Eine Versammlung der ganzen Belegschaft hat einen sehr einheitlichen Forderungskatalog aufgestellt. Ford hat dann eine Spaltungstaktik versucht, indem sie zu einzelnen Gruppen gehen und Angebote machen, die darauf hinauslaufen, daß die Hälfte der Forderungen erfüllt wird. Wenn jetzt Tarifverhandlungen stattfinden, wollen sie vermutlich die Zuschläge abschaffen, weil das angeblich von den Lohnerhöhungen eingesaugt wird. Es gibt viele Anzeichen, daß wir viel mehr produzieren, als die Kapitalisten vorhatten. Wenn die Produktion stillsteht, weil kein Material da ist, dann sagen sie, daß das ein technischer Fehler ist. Tatsächlich hat Ford kein Material bestellt, weil sie mit so viel Ausstoß nicht ge-
weil sie mit so viel Ausstoß nicht ge-
rechnet haben. Die Motorenproduktion hat drei Monate früher eingesetzt, als geplant war. Deshalb gehen wir davon aus, daß die Zahlen, die Ford angibt, alle gefälscht sind. Wir haben jetzt zwei Sonderzahlungen statt drei gefordert. Vorher hatten wir ein bißchen Gewinnbeteiligung gefordert. Das haben wir jetzt gestrichen. Stattdessen fordern wir die dritte Sonderzahlung. (In Spanien gibt es in der Regel zweimal jährlich „Sonderzulagen", die dem Weihnachtsgeld in Westdeutschland entsprechen. Die Ford-Arbeiter haben ca. 400 DM gefordert. – Red.) Nachdem der Betriebsrat eine Erhebung gemacht hat und das auch auf einer Versammlung gebilligt wurde, wird jetzt nicht mehr eine Produktionszulage gefordert, sondern eine Sonderzahlung für alle oder eine einheitliche Lohnerhöhung.

Wie organisieren sich die Arbeiter im Kampf gegen die Ausbeutung bei Ford-Valencia? Wie steht es mit dem Aufbau der Arbeiterkommission?

In der ersten Phase des Aufbaus der Firma stehen im Mittelpunkt die Fremdfirmen. Bei ihnen ist bezeichnend, daß die Arbeitsbedingungen so schlecht sind, daß sie alle ein bis zwei Monate die Arbeiter auswechseln oder sie abhauen. In diesen Firmen waren Kollegen, die Erfahrungen mit Arbeiterkommissionen hatten. Aber es gab keine Kommissionen. Diese Kollegen haben die erste Mobilisierung in einer sehr spontanen Form angeleitet: Es gab massive Streiks als Reaktion auf tödliche Unfälle. Wenn es sich im Betrieb herumsprach, daß es einen tödlichen Arbeitsunfall gegeben hatte, haben alle blitzartig den Arbeitsplatz verlassen. Das sind die ersten Kämpfe dieser Art gewesen.

Im Februar haben in Valencia Streiks in der Metall- und in der Bauindustrie stattgefunden, und es hat einen Solidaritätsstreik in der Firma gegeben. Die Maurer und Fliesenleger haben zu 100 Prozent gestreikt.

Die ersten, die von Ford direkt eingestellt wurden, waren weitgehend Bauern. Sie haben anfangs nicht entschlossen an der Streikbewegung teilgenommen. Die Firma hat ein Manöver gemacht, weil sie das Unvermeidliche vorausgesehen hat. Ohne Verhandlungen hat sie von vorneherein für die nächste Tarifrunde 18 Prozent Lohnerhöhung versprochen. Das hat viele Schwankungen gebracht.

Das Problem war, daß die Arbeiter der Montagefirma jeden Streik mitmachten, während die Belegschaft anfangs nicht mitkämpfte.

Wie geht ihr jetzt beim Aufbau der Arbeiterkommissionen vor?

Arbeiterkommissionen vor?

Wir haben in den Abteilungen angefangen, wo Arbeiter waren, die schon Erfahrungen mit Arbeiterkommissionen hatten. Außerdem haben wir uns in der Metallkoordination kennengelernt (der Stelle, die die Aktionen der Arbeiterkommissionen in der Metallindustrie im Land Valencia koordiniert – Red.). Wir haben Kontakte hergestellt und Treffen mit Kollegen, die noch nicht organisiert waren, durchgeführt. Anfang des Sommers waren wir noch unter zehn. Jetzt gibt es eine rasche Entwicklung. Wir sind über 50 bei 5 000 Arbeitern.

Wir glauben, daß die Anfangsschwierigkeiten schon überwunden sind. Jetzt wird es leichter sein. Anfangs hat jeder für sich gearbeitet. Jetzt weiß man schon, daß es in jeder Abteilung eine Gruppe der Arbeiterkommission gibt, die fähig ist, alle Arbeiter in die Bewegung einzubeziehen. Deshalb wird es jetzt zu einer beschleunigten Entwicklung kommen. Die Arbeiterkommission wird der Hauptvertreter der Arbeiterklasse dort sein.

Könnt ihr ein Beispiel für Kampferfolge geben?

Die Phase, in der der erste Kern sich gebildet hat, ist vorüber, aber das ist nicht eine Phase der Aktion der ganzen Belegschaft gewesen. Als Aktion gab es am 1. Mai einen Kleber, auf dem die Forderungen der Metallkoordination des Landes Valencia drauf waren.

Nach der ersten Versammlung der Belegschaft sind Flugblätter verteilt worden, die einen Rechenschaftsbericht der Arbeiterkommission enthielten. 200 wurden davon an bestimmten Stellen geklebt, der Rest an Sympathisanten verteilt. Das hat gute Aufnahme gefunden, man hat angefangen zu sagen, der Zeitpunkt wird kommen, daß die Arbeiterkommission etwas tut.

Zum 18. Oktober (dem inzwischen geplatzten Ford-Fest, Red.) wird ein Aufkleber vorbereitet, Auflage 2 000, mit folgendem Text:

„– Ohne einen anständigen Lohn
– ohne eine Arbeitergewerkschaft
– ohne demokratische Freiheiten
– ohne totale Amnestie
– mit über einer Million Arbeitslosen
können die Arbeiter bei Ford kein Fest veranstalten."

Wir versuchen, eine immer größere Teilnahme der Belegschaft an der einheitlichen Organisierung zu erreichen. Es soll im breiteren Kreis diskutiert werden, Delegierte gewählt werden, so daß eine aktive Teilnahme an den verschiedenen Arbeitsplätzen stattfindet. Die Delegierten sollen absetzbar sein, und es wird ein Kampf darum geführt, daß diese Delegierten von der Betriebsleitung als Vertreter der Belegschaft anerkannt werden! Andererseits versuchen wir eine Einheit zwischen allen gewerkschaftlichen Organisationen herzustellen!

Wir wollten zuerst eine Einheitsorganisation mit CGT, UGT, USO und einer Gruppe von Unabhängigen aufbauen. (CGT, UGT, USO sind Richtungsgewerkschaften. Die UGT zum Beispiel ist die Gewerkschaft der PSOE, Partido Sozialista Obrera Espana, der Schwesterpartei der SPD. – Red.)

Dieser Plan ist gescheitert. Die verschiedenen Organisationen sind eigene Wege gegangen. Die UGT versucht im
Wege gegangen. Die UGT versucht im
Moment, sich gegenüber der Betriebsführung als Verhandlungspartner zu profilieren. Die Betriebsführung sieht das gern. Deshalb kämpfen wir jetzt um einen gemeinsamen Forderungskatalog, mit dem wir zusammen in Tarifverhandlungen treten. Unser Ziel ist die organisatorische Einheit, eine Aktionseinheit ist jetzt zustandegekommen.

Auf welche staatlichen Maßnahmen kann sich Ford bei der Unterdrückung der Arbeit der Arbeiterkommission stützen?

Zuerst muß man sagen, daß alles, was wir machen, verboten ist. Die Arbeitsgesetze verbieten alles, da braucht man keine Einzelheiten. Bei der Einstellung durchleuchtet ein Polizeidienst in Ford die Leute und prüft, ob sie irgendwo als Massenkämpfer bekannt sind oder an einer kommunistischen Bewegung teilgenommen haben. Es gibt Fälle, wo klar ist, daß Leute wegen ihrer politischen Einstellung nicht übernommen wurden.

Stimmt es, daß Polizisten mit zur Überwachung am Fließband stehen?

Es gibt alle Gattungen, da geht es zu wie im Zoo. Einmal haben wir Polizisten in Zolluniformen. Dann den Werkschutz, das sind pensionierte Polizisten. Eine große Zahl Polizisten wird als Arbeiter eingestellt. Jetzt, als in den letzten Tagen tausend neue eingestellt wurden, da war es sehr massiv, auch als Vorbereitung auf das Fest. Da sieht man Leute, die offensichtlich früher nie gearbeitet haben. Sie laufen mit einem Besen hin und her und sagen, früher seien sie Handelsvertreter gewesen.

Die Ford-Kapitalisten drohen damit, daß sie die Produktion nicht voll entfalten werden, wenn sie wegen des Widerstands der Volksmassen gegen die Verschmutzung der Albufera weitere Auflagen bekommen. Sie wollen offensichtlich die Arbeiter gegen die Volksmassen hetzen und drohen mit Verlust oder Mangel an Arbeitsplätzen. Wie werden die Arbeiterkommissionen sich in dieser Frage verhalten?

Wir sind selbstverständlich gegen die Verschmutzung der Albufera. Aber bisher hat noch keine Aufklärungskampagne bei Ford stattgefunden. Allgemein gibt es Unzufriedenheit mit der Umweltverschmutzung. Es wird ein großes Kampfpotential im Ford-Betrieb geben.

Ford-Streik:

Die amerikanische Arbeiterklasse erhebt sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung

Am 15.10. haben 170 000 Automobilarbeiter in 109 Fabriken ihren vierwöchigen Streik gegen die Ford-Kapitalisten abgebrochen. Sie hatten für höhere Löhne gekämpft, gegen die Verschärfung der Arbeitshetze und gegen die Überstundenarbeit, für eine Verbesserung der Arbeitslosenkassen und für eine Erhöhung der Renten für die alten Ford-Arbeiter sowie für Schutzbestimmungen gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit. 40 Prozent der Automobilarbeiter haben sich in der Urabstimmung gegen den von der Gewerkschaftsführung mit den Ford-Kapitalisten ausgehandelten Abschluß gestellt, weil er der verschärften Ausbeutung und der wachsenden Verelendung keine Schranken setzt.

Der Abschluß, der jetzt auf die gesamte Automobilindustrie in den USA übertragen wird, gilt für drei Jahre. Er sieht vor, daß es in diesen drei Jahren 13 Tage zusätzlich Urlaub gibt, daß die Löhne insgesamt um 27 Prozent über drei Jahre steigen sollen, bei einer jährlichen Preissteigerungsrate über 10 Prozent. Für die alten Automobilarbeiter (in den USA gibt es keine Rentenkassen der Arbeiter) wurde eine einmalige Zahlung von 1500 DM als Inflationsausgleich für drei Jahre ausgehandelt, die lächerlich ist angesichts ihres Elends. Für die Arbeitslosenkasse der Fordarbeiter (es gibt in den USA keine Arbeitslosenkasse der ganzen Arbeiterklasse) zahlen die Kapitalisten 50 Prozent mehr.

Teile der Fordarbeiter hatten in diesem Streik die Forderung erhoben: Keine Überstunden! 36-Stunden-Woche oder 4-Tage-Woche! Ein Grundlohn, der zum Leben reicht! Weiter hatten sie gefordert, daß der Ford-Konzern das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß in allen Betrieben anerkennt und daß die Tarifverträge überall gültig sind: denn der Ford-Konzern, genauso wie die anderen Auto-Monopole, forciert zunehmend die Produktion in den Südstaaten der USA, wo durch den Druck des großen Arbeitslosenheeres hauptsächlich schwarzer Arbeiter die Arbeitskraft besonders billig ist und der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig (in Georgia und Louisiana gerade 13 Prozent gegenüber fast 40 Prozent in den Zentren der Automobilindustrie um Detroit).

Die Forderungen waren die Antwort auf die verschärfte Auspressung der unbezahlten Mehrarbeit und die wachsende Verelendung, die der Ford-Konzern als fünftgrößte Kapitalgesellschaft der Welt genauso wie die anderen Automonopole in der Krise vorangetrieben hat. Seit 1973 wurden in der amerikanischen Autoindustrie 70 000 Arbeiter entlassen, jeder zehnte. Bei Ford allein waren es seit 1973 15 000 Arbeiter, die entlassen wurden, obwohl heute genausoviel Autos produziert werden wie 1973. Die Gewinne von Ford, aus dem Schweiß der Automobilarbeiter herausgepreßt, lagen 1974 bei 1,25 Milliarden DM und 1975 bei 800 Millionen DM. Die Arbeit der entlassenen Arbeiter müssen die anderen Arbeiter mitmachen. Zwei Überstunden täglich waren an der Tagesordnung und waren durch den Tarifvertrag abgesegnet. Die US-Auto-Monopole stehen in einem erbitterten Konkurrenzkampf untereinander und mit den Autokonzernen Europas wie Fiat und VW oder Japans.



Schwarze und weiße Automobilarbeiter bei einer Streikdemonstration vor den Toren der Fordwerke. Die amerikanische Finanzbourgeoisie hält die schwarzen und farbigen Arbeiter in besonderer Unterdrückung und hat sie ins Elend gestürzt, um die ganze Arbeiterklasse zu spalten und zu schwächen. Etwa 20 % der schwarzen Arbeiter waren 1975 arbeitslos, die schwarzen Jugendlichen sogar zu 30 %. Der Anteil der schwarzen Familien, die nach der Statistik unter dem Existenzminimum leben, ist besonders hoch. In den Kämpfen der letzten Jahre hat die amerikanische Arbeiterklasse diese Spaltung immer mehr überwunden.

Für die US-Autokonzerne war der Ausgang des Streiks entscheidend für ihre Stellung in der scharfen Konkurrenz um Profite. Für die Automobilarbeiter, ob sie der Arbeitshetze, der Überstundenarbeit und der wachsenden Verelendung Einhalt gebieten konnten.

In dem Streik konnten die Automobilarbeiter ihre Einheit herstellen und alle Versuche der Kapitalisten, mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung den Streik durch die Weiterarbeit in Abteilungen zu durchlöchern, verhindern. Die Einheit der weißen und der schwarzen Arbeiter, der Facharbeiter und der Hilfsarbeiter wurde hergestellt, wo früher tiefe Spaltung war. Die reformistische Gewerkschaftsführung unter Leonard Woodcock, vorgesehen als künftiger Minister unter einem Präsidenten Carter, hat aber die Niederlage des Streiks der Ford-Arbeiter betrieben. Diese Politik war darauf gerichtet, die Einheit der Arbeiter zu spalten, indem sie den Kampf gegen die Arbeitshetze und Überstundenarbeit und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit gegen die Forderungen nach mehr Lohn ausspielte. So hat sie sich schließlich dem Finanzkapital mit einem Abschluß zu Füßen geworfen, von dem das „Wall Street Journal" als Zeitung des Finanzkapitals sagte, er liege noch unter dem, was Ford geben wollte. Der Ford-Konzern hat auch gleich erklärt, die als Rezept zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durchgesetzten 13 Tage mehr Urlaub in drei Jahren erforderten nicht die Einstellung von mehr Arbeitern.

Die US-Finanzbourgeoisie betreibt rabiate Ausbeutung und Unterdrükkung der Arbeiterklasse. Das ist seit jeher ihr Kurs; mit dem hat sie sich einst die Vorherrschaft in der Welt erobert. Jetzt – in ihrem Niedergang – verfolgt sie diesen Kurs noch entschlossener und greift immer stärker die Lebensbedingungen der amerikanischen Arbeiterklasse und ihre erkämpften elementaren Rechte an. Die Nationalgarde, eine Bürgerkriegstruppe, ist von 1968 bis Mai 1970 324 mal gegen Streiks eingesetzt worden.

Dagegen haben die amerikanische Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen machtvolle Kämpfe geführt und ihre Kräfte in den letzten Jahren gestärkt. Die Zahl der Streikaktionen nimmt zu, immer mehr Arbeiter und andere Lohnabhängige werden in sie einbezogen. Im öffentlichen Dienst in den USA gab es 1959 15 Streiks, im Jahre 1969 254 Streiks. Die Gewerkschaftsorganisation hat sich in diesem Bereich in diesem Zeitraum um 46 Prozent vergrößert. In den letzten Monaten haben die Lehrer in elf Bundesstaaten der USA gegen Entlassungen und für mehr Lohn gestreikt. Die amerikanische Arbeiterklasse selbst führt zunehmend den Kampf um Rechte gegen den bürgerlichen Staat: So haben im August die 120 000 Bergarbeiter der Kohlenminen über mehrere Wochen einen selbständigen Streik gegen einen Angriff der Gerichte auf das Streikrecht geführt. – (mr)

Mrd. Dollar — Kapitalinvestitionen im Ausland
Index — Industrieproduktion
Mill. t. — Rohstahlproduktion
Kapazitätsauslastung
Mill. — Arbeitslose
Zahl der Streiks (76 1.Hj.: 2 716)
60 65 70 75

Das Schaubild zeigt die Fäulnis des US-Imperialismus, die Stagnation der Produktion und die Vernichtung der Produktivkräfte, besonders der ersten Produktivkraft, der Arbeiterklasse, und den Kampf der amerikanischen Arbeiterklasse gegen die Finanzbourgeoisie.

Die erste Kurve, die steil ansteigt, zeigt den parasitären Charakter des US-Imperialismus, der immer mehr fremde Völker ausplündert. Gezogen hat das Finanzkapital diese riesigen Kapitalmassen aus der Ausbeutung der amerikanischen Arbeiterklasse.

Demgegenüber ist das Wachstum der industriellen Produktion in den USA gering und geht in den letzten Jahren absolut zurück. Noch deutlicher als an dem Index der Industrieproduktion ist das abzulesen an der Entwicklung der Rohstahlproduktion.

Die wachsenden Teile der Produktionsanlagen liegen brach. Die Arbeitskraft von Millionen Arbeitern liegt brach, weil nicht profitabel ausbeutbar. Die wirklichen Zahlen liegen noch erheblich höher, weil es in den USA keine Arbeitslosenversicherung gibt und damit viele arbeitslose Arbeiter nicht erfaßt werden.

Die amerikanische Arbeiterklasse entwickelt trotz des Drucks der großen Reservearmee ihren Zusammenschluß und führt den Klassenkampf.

(Daten nach: Statistische Jahrbücher für die BRD; Statistisches Bundesamt: Länderkurzbericht Vereinigte Staaten 1976; Statistical Abstracts, herausgegeben vom US-Department of Commerce; Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation August 1976)

„Niedrigste Wahlbeteiligung seit 1828"

In zweieinhalb Wochen will sich die amerikanische Finanzbourgeoisie über die Präsidentschaftswahlen von der amerikanischen Arbeiterklasse und den Volksmassen bestätigen lassen, daß ihre Ausbeuterherrschaft im Innern und ihre imperialistischen Machenschaften in der ganzen Welt von den Ausgebeuteten und Unterdrückten in den USA unterstützt werden. Zur Wahl stellt sie Ford und Carter, beide am Bändel mächtiger Monopolgruppen, die sie aufgebaut haben und ihren Wahlkampf finanzieren.

Was die amerikanische Arbeiterklasse davon hält, mit diesem Urnengang ihre Interessen aufzugeben, dazu schreibt die „Frankfurter Rundschau" (15.10.): „Rund 70 von etwa 147 Millionen wahlberechtigten US-Bürgern werden in diesem November mit großer Wahrscheinlichkeit nicht wählen. Meinungsumfragen zufolge wird die diesjährige Wahlbeteiligung die niedrigste sein, seit 1828 die Parteien in den USA gegründet wurden." Ein US-Meinungsforscher klagte über die Jugendlichen und sieht düstere Zeiten für die imperialistische Bourgeoisie: „Ich habe das Gefühl, daß sie für immer verloren sind, wenn sie sich in diesem Jahr nicht begeistern können."

Wofür sie sich „begeistern" sollen, aber nicht wollen, das ist eine Gesellschaftsordnung, in der eine winzig kleine Klasse von Finanzmagnaten die Produktionsmittel besitzt und riesigen Profit aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung der Volksmassen zieht. 85 Milliarden Dollar (zirka 210 Milliarden DM) nach Steuern haben die großen Kapitalgesellschaften der US-Finanzbourgeoisie 1974 an Profit gemacht. Die Kehrseite: das ist verschärfte Ausbeutung, Ausplünderung der Massen und wachsendes Elend. Im selben Jahr wurden 25 Millionen nach der Statistik der bürgerlichen Klasse als unter der Armutsgrenze lebend geführt. Wenigstens 7 Millionen Arbeiter sind gegenwärtig ohne Arbeit, darunter zirka 1,5 Millionen Jugendliche von 16 bis 20 Jahren. Die „begeisternden" Aussichten, das heißt auch: sich für die US-Finanzbourgeoisie auf den Schlachtfeldern zu opfern wie im Krieg gegen die Völker Indochinas.

Die US-Bourgeoisie hatte darauf gesetzt, mit den Wahlen einen großen Betrug landen zu können und die Arbeiterklasse und die Volksmassen erneut an sich zu binden. Das gelingt ihr nicht. Die Widersprüche sind zu tief. Die amerikanische Arbeiterklasse setzt den Klassenkampf fort und verstärkt ihren Zusammenschluß. Daß die imperialistische Supermacht, die USA, von heftigen Klassenkämpfen erschüttert wird, das ist eine ausgezeichnete Entwicklung für die Arbeiterklasse und die Völker der Welt.

Gewerkschaftskongreß gegen die Präsidentschaftskandidaten. Die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter, die United Electrical Workers, hat auf ihrem Kongreß beschlossen, nicht den Präsidentschaftskandidaten der „Demokraten", Carter, zu unterstützen. Die meisten der reformistischen Gewerkschaftsführungen sind eng mit den „Demokraten" verfilzt und betreiben die Wahl Carters. In einer Resolution hat der Gewerkschaftskongreß erklärt: „Die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter ist der Meinung, daß die Unterstützung von Präsidentschaftskandidaten ... unsere schlechte Lage nur weiter verschlechtern und verewigen kann." (Nach Guardian, 20.10.76)

Erfolg der Landarbeiter. Seit Jahren kämpfen die in der Landarbeitergewerkschaft zusammengeschlossenen zumeist mexikanischen Landarbeiter für die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und für den Abschluß von Tarifverträgen. Sie haben Streiks über Jahre hinweg organisiert und haben unter den Volksmassen Unterstützung für einen Boykott der Nahrungsmittelmonopole gefunden. Die Nahrungsmittelmonopole haben auf die Streiks mit brutaler Unterdrückung geantwortet. Jetzt gelang es den Arbeitern in verschiedenen Teilen Kaliforniens, daß die Nahrungsmittelmonopole mit ihnen Tarifverträge abschließen mußten. (Nach Guardian, 6.10.76)

Kämpfe der Krankenhausbelegschaften. Mehr als 600 Ärzte, die sich noch in Ausbildung befinden, haben in drei New Yorker Krankenhäusern den Streik für das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß und für den Abschluß von Tarifverträgen aufgenommen. Die Krankenhäuser hatten sich geweigert, mit der Organisation dieser Ärzte zu verhandeln, nachdem das Arbeitsministerium verordnet hatte, sie seien Studenten und die Krankenhäuser müßten mit ihnen keine Tarifverträge wie mit dem anderen Personal abschließen. Ein viertes Krankenhaus, das auch bestreikt werden sollte, erklärte sich zu Verhandlungen bereit. Die meisten der 21 anderen New Yorker Krankenhäuser haben die Organisation der Ärzte in Ausbildung schon anerkannt und Tarifverhandlungen aufgenommen.

Am 6.10. traten 1600 Labortechniker und Verwaltungsangestellte eines New Yorker Krankenhauses in Streik.

In Seattle an der amerikanischen Westküste erzwangen 1800 Krankenschwestern durch einen 68-tägigen Streik, den sie ohne Streikkassen geführt hatten, das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und auf Bildung von Vertretungsorganen und ihre Anerkennung durch die Krankenhausverwaltungen und setzten Lohnerhöhungen durch. Der Streik, der zu 80 Prozent befolgt wurde, war der erste Streik von Krankenhauspersonal in diesem Gebiet. (Nach Guardian, 6.10.76)

Kämpfe für das Recht auf Ausbildung. Überall in den USA geht die Finanzbourgeoisie daran, das Recht auf Ausbildung für die Masse der Schüler weiter einzuschränken. Beispielhaft ist die Stadtbürokratie von New York: ihre riesige Verschuldung hat das Finanzkapital zum Diktat gegen die Massen genutzt, daß die Bildungsausgaben drastisch gekürzt wurden. Die Behörden von New York City haben die Klassen vergrößert, den Schultag verkürzt, eine Reihe von Fächern wie Kunst und Musik aus dem Unterricht gestrichen, die Fahrtkostenzuschüsse gestrichen und alle Hilfsprogramme beseitigt. Seit 1973 wurden 23 Prozent aller Lehrer, insgesamt 13000, in New York entlassen. Gegen diese Maßnahmen, die vor allem die Kinder der Arbeiterklasse, der schwarzen und der puertoricanischen Arbeiter treffen, haben die Eltern an vielen Schulen Boykotts organisiert. Die Lehrer haben einen Streik organisiert, der sich auf elf Staaten ausgebreitet hat. In Buffalo ging ein dreiwöchiger Streik von 3600 Lehrern zu Ende, die die Rücknahme der Entlassungen und bessere Arbeitsbedingungen gefordert hatten. Ihre Hauptforderungen mußte die Staatsmacht erfüllen. (Nach The Call, Zeitung der marxistisch-leninistischen Organisation October League)

Hochschulbesuch für 2500 DM Gebühren. Die Universität von New York hat zum ersten Mal seit 129 Jahren den freien und kostenlosen Zugang zu der Hochschule beseitigt. Semestergebühren von 925 Dollar wurden eingeführt; 32000 Studenten konnten sich daraufhin nicht mehr zurückmelden. Gleichzeitig wurden 28 Prozent des Hochschulpersonals entlassen. (Guardian, 6.10.76)

US-Großkonzerne steuerfrei. Elf amerikanische Großkonzerne, die zusammengenommen gut 2,5 Milliarden DM Profite machten, haben für sich erlassen, daß sie im vergangenen Jahr keinerlei Steuern zahlten. Dazu gehört der Ford-Konzern, der in den letzten beiden Jahren keine Steuern zahlen mußte, die sieben größten US-Banken, der Flugzeugkonzern Lockheed und die Stahlkonzerne Betlehem Steel und National Steel.

Die Körperschaftssteuer, die die Kapitalgesellschaften zu zahlen haben, machte vor 20 Jahren noch ein Viertel der Steuereinnahmen des US-Staatsapparates aus, heute nur noch ein Achtel. Das US-Finanzkapital bürdet die Lasten für seinen riesigen, immer aufgeblähteren Staatsapparat immer mehr den Massen auf. (Nach Handelsblatt)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

In **Durlach-Aue** konnten allein in zwei Straßen 72,77 DM und eine Menge Plastiktüten mit Kleidern gesammelt werden. In diesen Straßen wohnen vor allem Arbeiter und Rentner. In einige Häusern kamen wir kurz nach der Kleidersammlung des Arbeitersamariterbundes. Das bedauerten viele: „Wärt ihr doch letzte Woche schon gekommen! Euch hätten wir die Sachen lieber mitgegeben, da weiß man wenigstens, wohin sie gehen, und daß damit eine richtige Sache unterstützt wird.“ Eine Hausfrau sammelt schon seit zwei Wochen Kleider bei ihren Bekannten für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe.

Die Zelle **Eppingen** des KBW führte ein Fest zum Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe mit fünfzehn Teilnehmern durch. 220 DM wurden gesammelt.

In **Bruchsal** führten die Stadtteilzelle Bruchsal und die Zelle Metall des KBW am 15. und 16.10. eine Sammlung durch in einer Straße, in der viele Siemens-Arbeiter wohnen. In acht Häusern wurden 250 DM gesammelt.

In **Karlsruhe** wurden am Samstag, dem 16.10., an der Hauptpost mittels der Smith-Hinrichtungsmaschine 21,74 DM für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt.

Saarland. In der letzten Woche fanden in Saarbrücken und Neunkirchen mehrere Aktionen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe statt. Als der bürgerliche Staatsapparat durch seine Polizei eine Sammlung in Neunkirchen unterdrücken wollte, blieben sofort viele Menschen stehen, verurteilten das Vorgehen der Polizei scharf und brachten ihre Solidarität dadurch zum Ausdruck, daß sie fast 100 DM spendeten.

Am Samstag fand dann ein Solidaritätsfußballturnier statt, an dem sich drei Mannschaften beteiligten und mehr als 40 DM gesammelt wurden.

Als Höhepunkt der Aktion wurde am Abend ein Solidaritätsfest durchgeführt, bei dem in Referaten und einem Dia-Vortrag der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe propagiert wurde. Weiter wurde eine Fahne der ZANU, ein Kuchen mit den Farben dieser Fahne und verschiedene andere Gegenstände versteigert. Es wurden Lieder und Gedichte vorgetragen, die den Imperialismus entlarvten und die Notwendigkeit der Unterstützung des Kampfes der Völker der Dritten Welt herausstellten. Insgesamt hat die Aktion 538 DM für die ZANU erbracht.

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



Kontostand am 26.10.:
Kontostand am 26.10.:
596 233,72 DM

Wiesbaden. An den beiden Samstagen, dem 16.10 und dem 23.10., führte die Stadtteilzelle Biebrich des Bezirksverbands Wiesbaden, unterstützt durch die Betriebszelle Kalle/Albert und die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) Wiesbaden einen Basar zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch.

Der Basar stieß auf großes Interesse. Aktiv unterstützt wurde er von einigen zirka zehnjährigen Kindern aus Biebrich. Nachdem wir mit ihnen das neue Kinderbuch aus dem Sendler-Verlag „Freiheit für Zimbabwe“ diskutiert hatten, holten sie von zu Hause Spielzeug als Spende für den Basar. Sie beteiligten sich an der Flugblattverteilung und am Basar-Verkauf und diskutierten das Kinderbuch mit anderen Kindern. Am 23.10. befestigten die Kinder große weiße Papierbögen am Biebricher Postamt, vor dem der Basar stattfand, und malten darauf Bilder zur Unterstützung des Befreiungskampfes. An den beiden Samstagen wurden insgesamt 65 DM für die Unterstützung der ZANU gesammelt. – (Stadtteilzelle Biebrich)

Köln. „Das Volk von Zimbabwe muß die Macht haben“, so lautete das Thema der ZANU-Solidaritätsveranstaltung des KBW-Bezirksverbandes Köln am 19.10.76 mit über 150 Teilnehmern. Auf der Veranstaltung wurden über 800 DM zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gesammelt. Aus der Deutschen Krankenversicherung (DKV) berichtete ein Arbeiter, daß in der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe der DKV beschlossen wurde, auf der nächsten Sitzung einen Dia-Vortrag zum Kampf des Volkes von Zimbabwe zu zeigen.

ZANU-Spendenkonto:
Volksbank Mannheim
Kto.Nr. 106 83 26

Presseerklärung des PLO-Vertreters bei der Arabischen Liga in Bonn

Die Einheit gegen die zionistische Expansion herstellen!

Der zionistische Besatzerstaat Israel greift jetzt vollkommen unverhüllt im Libanon ein und versucht seine direkte Kontrolle über den ganzen Süden des Landes zu errichten.

Dazu bedient er sich der Truppen der reaktionären christlichen Kompradorenbourgeoisie, die er mit Waffen, Uniformen und Panzern unterstützt und ausbildet. Im israelischen Fernsehen wurden israelische Panzer mit kaum verdeckten Hoheitszeichen im Einsatz gegen Truppen der PLO und der libanesischen Nationalen Bewegung gezeigt. Das Interesse aller Imperialisten, sich den Libanon als ihren Finanzplatz zu erhalten, soll um jeden Preis durchgesetzt werden. Das Imperialistenblatt „Die Welt“ kann sich am 25.10. vor Freude über die Ankündigung noch weitergehenderer Einmischungen durch den israelischen Kriegsminister gar nicht lassen, „Die Fedayin“ stünden „in der Tat vor ihrem letzten Gefecht, denn der arabisch-christliche ‚Amboß‘ und der israelische ‚Hammer‘ liegen schon bereit.“ Diese Verbrecher vergessen, daß bisher noch jeder Angriff auf das palästinensische wie auch auf das libanesische Volk zu einer Stärkung der Befreiungsbewegungen dieser Völker geführt hat, während die Imperialisten und ihre Lakaien sich immer neue Manöver und Kriegsaktionen ausdenken müssen, weil sie mit dieser wachsenden Stärke nicht fertigwerden.

In einer Presseerklärung des Vertreters der PLO in Bonn heißt es unter anderem:

„Heinz Medlitzky versuchte z.B. im ZDF vor Beginn der Konfrontation die PLO als politischen Faktor im Nahen Osten zu eliminieren; in jedem seiner Berichte fiel auf, daß er den Standpunkt der syrischen Regierung vollständig eingenommen hat; regelmäßig berichtete er über ‚erfolgreiche‘ Aktionen der syrischen Armee und der Falangisten und vom ‚winzigen‘ Widerstand der Palästinenser in Tal El Zaatar kaum Widerstand geleistet haben, daß es keine Massaker an Palästinensern gegeben habe, daß die Palästinenser aus dem Libanon-Gebirge widerstandslos abgezogen seien – Hunderte von weiteren Beispielen ließen sich hier anführen. Wie die Palästinenser anderthalb Jahre im Libanon ausgehalten haben, muß für Heinz Medlitzky ein Rätsel sein. (...)

Die PLO hat seit dem Beginn des Krieges im Libanon und auch schon vorher ihre ausdrückliche Bereitschaft für ein friedliches Abkommen im Libanon gezeigt, obwohl die Al Kafur-Front (Phalangisten, Nationalliberalen etc.) und die syrische Regierung uns ständig angegriffen, provoziert und niemals einen Waffenstillstand akzeptiert haben. Deshalb ist die PLO nach Ryad gefahren trotz schlechter Erfahrungen mit Beschlüssen arabischer Staatsoberhäupter, in der Hoffnung, daß dieses Treffen nun eine friedliche Lösung beschleunigt, denn die jetzige Konfrontation dient allein den Feinden der arabischen Nation.

Die Teilnahme der PLO an dieser Konferenz – zu einem Zeitpunkt, an dem zahlreiche westliche Beobachter den „Zerfall“ der PLO prohpezeit und herbeigewünscht haben – beweist:

Die PLO-Führung genießt nach wie vor die Unterstützung des gesamten palästinensischen Volkes; der syrischen Regierung ist es nicht gelungen, die PLO-Führung durch eine von ihr abhängige Führung zu ersetzen; die PLO-Führung demonstriert durch ihre Anwesenheit und ihre Rolle auf der Konferenz ihre politische Unabhängigkeit.

Die Konferenz in Ryad zeigt, daß die syrische Regierung nicht mehr in der Lage ist, mit militärischen Mitteln eine ‚Lösung‘ im Libanon zu erzwingen, ihre Teilnahme an der Konferenz belegt, daß ihr militärisches Vorgehen gegen den palästinensischen Widerstand nicht den gewünschten Erfolg erzielen konnte. (...)

Die PLO hat demonstrativ gezeigt, daß sie in der Lage ist, ihre erkämpften Errungenschaften militärisch und politisch zu verteidigen – während der anderthalbjährigen Konfrontation buchte sie beispielsweise auf der Konferenz der Blockfreien einen weiteren politischen Erfolg durch die Aufnahme als Vollmitglied, in der Arabischen Liga wurde sie als Vollmitglied aufgenommen, im Libanon konnte sie ihre wichtigsten Positionen trotz der Übermacht der Gegner an Zahl und Material und trotz der syrischen und der israelischen Blockade sichern und auch die Entwicklung in den besetzten Gebieten von Palästina zeigt sehr deutlich, daß die Loyalität der palästinensischen Massen der PLO gegenüber stärker und demonstrativer geworden ist.“



Neue Rekordernte in der Demokratischen Volksrepublik Korea

Auf seiner 12. Plenarsitzung gab das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Koreas bekannt, daß „das werktätige Volk auf dem Lande und andere Schichten des Volkes dem kämpferischen Aufruf der Partei gefolgt sind, erneut die Rekordhöhe von 8 Millionen Tonnen bei der Getreideernte in diesem Jahr zu erreichen. Energisch schritten sie voran, um die ungünstigen Witterungsbedingungen zu schlagen und erzielten in allen Teilen des Landes und in allen Getreidesorten die reichste Ernte, die das Land je gekannt hat. Mit wehenden Bannern ernteten sie mehr als acht Millionen Tonnen Getreide.“ (Hsinhua, 17.10.76)

(Hsinhua, 17.10.76)

Erklärung der Kommunistischen Partei Indonesiens

„Das indonesische Volk bekämpft und verurteilt die Annexion von Osttimor durch das faschistische Suharto-Regime!“

Am 17. Juli 1976 hat die Regierung von Indonesien offiziell erklärt, daß „Osttimor die 27. Provinz der Republik Indonesien“ sei. Sie versucht Osttimor zu annektieren. Aus diesem Anlaß hat die Delegation der Kommunistischen Partei Indonesiens unter Vorsitz des Genossen Jussuf Adjitorop in Peking eine Erklärung veröffentlicht, in der sie ihre vollständige Solidarität mit dem gerechten Kampf des Volkes von Osttimor unter der Führung der FRETILIN gegen die Besatzung durch das reaktionäre Suharto-Regime in Indonesien erklärt.

Das Suharto-Regime hat seit dem Militärputsch von 1965 die Aufgabe, den Kampf des Volkes von Indonesien für vollständige Unabhängigkeit von Imperialismus und Hegemonismus zu unterdrücken und das Land der Herrschaft und Ausplünderung durch die imperialistischen Mächte auszuliefern. Nachdem das Volk von Osttimor seine Unabhängigkeit gegen den portugiesischen Kolonialismus erkämpft hatte, überfiel das Suharto-Regime die Demokratische Republik Osttimor und versucht das Land zu annektieren. Damit soll der Sieg des Volkes von Osttimor über Kolonialismus und Imperialismus rückgängig gemacht werden. Der Widerstand der indonesischen Kommunisten und des indonesischen Volkes gegen die Annexionspolitik des Suharto-Regimes ist eine wichtige Waffe im Befreiungskampf beider Völker. – (Red.)

In der Erklärung heißt es unter anderem: „Nachdem das faschistische Suharto-Militärregime Osttimor auf barbarische Weise angegriffen hat und nicht weniger als 60 000 Einwohner von Osttimor, d.h. 10 % der Bevölkerung, ermordet hat, hat es mit Hilfe einer Marionettenclique osttimoresischer nationaler Verräter die sogenannte Integration von Osttimor in die Republik Indonesien erzwungen.“

„Das ist Kolonialismus in nackter Form, die brutale Annexion eines unabhängigen und friedlichen Nachbarlandes, durch die die heiligen Rechte des Volkes von Osttimor auf Freiheit und Unabhängigkeit niedergetreten werden. Die Kommunisten und das Volk von Indonesien unterstützen vollständig den Kampf des Volkes von Osttimor unter Führung der FRETILIN gegen Aggression und Annexion durch das Suharto-Regime und für Freiheit und Unabhängigkeit.“

„Das faschistische Suharto-Regime rühmte sich, es könne Osttimor in wenigen Tagen unterwerfen. Obwohl es aber nicht weniger als 40 000 Soldaten für die Aggression mobilisierte, ist es bis heute nicht in der Lage, den gerechten Unabhängigkeitskrieg zu brechen, den das Volk von Osttimor bereits seit mehr als acht Monaten führt und mit großer Gewalt fortsetzt. Die tapfere Armee und das Volk von Osttimor haben Zehntausende der Soldaten des faschistischen Suharto-Regimes getötet und verwundet. Bis heute sind die faschistischen Aggressionstruppen Suhartos kaum in der Lage, einen kleinen Teil von Osttimor zu kontrollieren, die Hauptstadt Dili und einige andere Distrikthauptstädte. Aber selbst dort sind sie nicht sicher vor den Angriffen durch die Truppen und das Volk von Osttimor. 85 Prozent des Hinterlandes, die Berge und große Teile der Küste sind unter der Kontrolle des Volkes und der Armee von Osttimor. Die Demokratische Republik Osttimor unter der Führung der FRETILIN genießt breite Unterstützung durch das Volk und leitet die Verwaltung und den Kampf gegen die Aggression durch die faschistischen Suharto-Truppen.

Der heldenhafte Kampf des Volkes von Osttimor“, heißt es weiter in der Erklärung, „ist ein großer Ansporn und eine große Ermutigung für die Kommunisten und das Volk von Indonesien, die seit über zehn Jahren das faschistische Militärregime Suhartos bekämpfen. Das Schicksal beider Völker, des Volkes von Indonesien und des Volkes von Osttimor, ist verbunden durch gemeinsame Leiden infolge der Unterdrückung durch das faschistische Suharto-Regime. Unsere Kämpfe sind zu einem gemeinsamen Kampf verschmolzen, um der faschistischen Aggression Suhartos gegen Osttimor zu widerstehen und sie zu besiegen und die Macht des faschistischen Suharto-Militärregimes zu zerschlagen.“ (Nach Oisraa-Bulletin, August 1976)

Aktionen zur Unterstützung der PLO. Am vergangenen Samstag haben in verschiedenen Städten in Westdeutschland Palästina- und Nahostkomitees Aktionen und Kundgebungen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und der PLO durchgeführt. In Freiburg wurde die Kundgebung des Palästina-Komitees verboten. Sie wurde dennoch durchgeführt. Hundert nahmen an ihr teil. Für die PLO wurden bei der Standagitation 170 DM gesammelt.

Am 5.10. meldete die Volksfront für die Befreiung Omans PFLO einen Sieg gegen die Truppen des reaktionären Quabus-Regimes und die Truppen des Schah-Regimes. Regierungstruppen, die von iranischen Düsenjägern unterstützt wurden, konnten zum Rückzug gezwungen werden. Sieben Soldaten der Söldnerarmee des Sultans wurden dabei getötet.

Repro-Kamera für die PFLO. In KVZ Nr. 33 vom 19.8.76 meldeten wir die Verschiffung einer Reprokamera zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman. Die Kamera ist inzwischen bei der Vertretung der PFLO in Tripoli/Lybien eingetroffen. Die Kamera ist das Ergebnis einer Solidaritätsaktion für den nationalen Befreiungskampf des Volkes von Oman, die der KBW im November/Dezember 1975 durchgeführt hat.

„Totale Unsicherheit in El-Ayoun!“ meldete am 20.10. die spanische Zeitung „Ya“. „Die Front POLISARIO führt zur Zeit einen breiten Angriff gegen die marokkanische Armee in der Sahara durch und kreist die Stadt El Ayoun ein.“ Alle Straßen, die zu der Stadt führen, sind durch die FPOLISARIO vermint und die Transporte, vor allem die Lebensmitteltransporte, müssen weite Umwege durch die Wüste machen, um El Ayoun zu erreichen. In den letzten Tagen sind 24 marokkanische Soldaten in Kämpfen mit der FPOLISARIO getötet worden. (El Moudjahid, 21.10.76)

Feuerfreizonen in Thailand. Die thailändische Militärjunta hat am 18. Oktober den zuständigen Staatsorganen freie Hand gegeben, nach dem Vorbild der US-Imperialisten in Vietnam diejenigen Gebiete, in denen Volksbefreiungskämpfer operieren, zu „Niemandsland“ zu erklären. Ohne vor Gericht gestellt zu werden, soll jeder, der dahin geht, mindestens 30 Tage bis 18 Monate ins Gefängnis geworfen werden. Außerdem wurden schärfere Kontrollen über die Vorräte an Reis und anderen Lebensmitteln und wichtigen Gebrauchsgütern beschlossen, „um zu verhindern, daß diese in die Hände der 10000 kommunistischen Guerilla“ fallen. (The Daily Telegraph, 19.10.76)

Maputo. In Mozambique sind seit der Unabhängigkeit rund 3 000 Grundschullehrer ausgebildet worden. Am 10. Oktober haben 874 mozambikanische Grundschullehrer nach einer sechsmonatigen Ausbildung das Ausbildungszentrum der Provinz Maputo verlassen. Die meisten von ihnen werden auf dem Land arbeiten. (Hsinhua, 15. 10. 76)

Landbesetzungsaktionen der Bauern in Honduras. Am 11. Oktober besetzten etwa 180 Bauernfamilien in der Provinz Cortes in Nordhonduras 1 777 Hektar Weideland der Tele-Eisenbahngesellschaft, die zum amerikanischen Bananenkonzern United Brands gehört. Sie fordern Landreform. Die Aktion wurde von der Nationalen Bauernvereinigung unter-
der Nationalen Bauernvereinigung unter-
stützt. Wenige Tage davor hatten Bauern in zwei Distrikten der Provinz Santa Barbara Land besetzt. Ähnliche Landbesetzungsaktionen landloser und landarmer Bauern fanden 1975 in zehn und im Mai 1976 in vier Provinzen von Honduras gegen die Großgrundbesitzer und imperialistischen Kapitale statt. Sie haben in Honduras fast das ganze Land an sich gerissen. (Nach Hsinhua, 16.10.76)

Algier. Am 11. und 12. Oktober wurde in Algier der Verband der Messeorganisationen der Dritten Welt gegründet. An der Gründungskonferenz, die im Rahmen der 2. panafrikanischen Messe durchgeführt wurde, nahmen Delegationen aus rund 20 afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern teil. Das von der Konferenz verabschiedete Aktionsprogramm stellt fest, daß Messen wertvolle Mittel sind, um die wirtschaftliche Enwicklung der Länder der Dritten Welt zu fördern. Eine Messe der Dritten Welt soll alle vier Jahre abgehalten werden. Der Sitz des neuen Verbandes wird in Algier sein. (Hsinhua, 15. 10. 76)

Khartum. Der sudanesische Präsident Numeiri hat in einer Rede aus Anlaß des Nationalfeiertages der Republik eine Erklärung zur Wirtschaftspolitik seines Landes in den letzten fünf Jahren abgegeben. Er erklärte: „Die Landwirtschaft ist und bleibt das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wachstums des Sudan. Deshalb haben wir ihrem Fortschritt mehr Aufmerksamkeit gewidmet.“ 48 Millionen sudanesische Pfund wurden in diesem Jahr in landwirtschaftliche Projekte investiert. „Wir ergreifen alle Maßnahmen, um Selbstversorgung in Weizen und Reis in der laufenden Saison (1976-77) zu erreichen.“ Die Produktion von Erdnüssen des Landes habe 1975-76 714 000 Tonnen erreicht, 161 Prozent mehr als 1970. Mit der Errichtung einer neuen Zuckerraffinerie werde die Produktion in der laufenden Saison 190 000 Tonnen erreichen gegenüber 80 000 Tonnen vor der Mai-Revolution. Nach der Fertigstellung von 13 Spinnerei- und Webereiprojekten werde das Land sich mit Textilien für den Bedarf der Volksmassen selbst versorgen können. (Hsinhua, 15. 10. 76)

Ruinierung der kleinen Bauern und Zerstörung der Landwirtschaft im Gebiet von Eppingen/Baden-Württemberg:

Zukunft haben die Bauern nur an der Seite der Arbeiterklasse

Seit diesem Sommer arbeitet der KBW-Bezirksverband Rhein-Neckar II in Eppingen und hat im Wahlkreis 184, in dem Eppingen liegt, zu den Bundestagswahlen kandidiert. Die Stadt liegt zwischen Sinsheim und Heilbronn, zählt fast 8 000 Einwohner. Das Gebiet ist geprägt durch bäuerliche Kleinbetriebe und mittelständische Betriebe. In unserer Agitation konnten wir feststellen, daß das Interesse an dem, was die Kommunisten sagen, sehr groß ist. Dies erkärt sich aus der Jahr um Jahr sich verschlechternden Situation der kleinen Bauern, Selbständigen und Werktätigen, die auf dem Land besonderen Abhängigkeiten unterworfen sind.

Von 1950 bis 1960 sind rund 900 000 selbständige Bauern vernichtet worden. Diese sind in die Lohnabhängigkeit gezwungen worden. Die Ausdehnung der Lohnarbeit und die Vernichtung der kleinen Höfe und Betriebe entspricht der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die entspringt aus dem Profitstreben und der Konkurrenz der Kapitale untereinander. 1950 gab es 68 Prozent Lohnabhängige, 1975 84,3 Prozent. In diesem Prozeß werden die kleinen Bauern, werden die kleinen Handwerker und auch die kleinen Kapitalisten zerrieben.

Es ist die Fortsetzung des Prozesses, den Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest beschrieben haben:

„Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größten Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung."

In Eppingen und den umliegenden Dörfern gab es 1969 insgesamt sechs landwirtschaftliche Betriebe mit über 30 Hektar Nutzungsfläche, 53 mit 20 bis 30 Hektar, 184 mit 10 bis 20 Hektar und 272 mit unter 10 Hektar. Für einen hauptberuflich bewirtschafteten Vollerwerbsbetrieb muß eine Mindestgröße von 10 bis 20 Hektar vorausgesetzt werden. Mehr als die Hälfte aller Betriebe hat jedoch eine geringere landwirtschaftliche Nutzungsfläche, was bedeutet, daß die Bauern ihre Arbeitskraft zusätzlich noch einem Kapitalisten verkaufen müssen. Das durchschnittliche Einkommen aus Bauernhöfen bis zu 15 Hektar, die Arbeit aller Familienangehörigen auf dem Hof mitgerechnet, beträgt etwa 15 000 DM, was einem monatlichen Einkommen von 1 300 DM entspricht.

Staatliche Subventionen zum Ausbau von Höfen gibt es in Baden-Württemberg erst ab einem Einkommen von 27 000 DM. 60 bis 70 Prozent der kleinen Bauern erreichen dieses Einkommen niemals und werden so Jahr für Jahr durch die Konkurrenz immer tiefer ins Elend gedrückt. In der „Stuttgarter Zeitung" vom Dezember 1975 wurde eine Meldung überschrieben: „Trend zum größeren Bauernhof." „Zwischen 1970 und 1974 nahmen die unter 20 Hektar großen landwirtschaftlichen und Forstbetriebe um rund 23 Prozent ab, während die über 20 Hektar großen Betriebe um über 50 Prozent zunahmen. Obwohl ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe nur rund 10 Prozent beträgt, bewirtschaften die über 20 Hektar großen Betriebe rund 40 Prozent der insgesamt 1,7 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Flächen" in Baden-Württemberg. Im Klartext heißt dies: Vernichtung der kleinen Landwirtschaft – Förderung des Großeigentums.

Abhängigkeit der kleinen Bauern vom Finanzkapital

Es gibt verschiedene Arten, wie das Kapital die kleinen selbständigen Bauern vernichtet. In Eppingen sieht das so aus:

Sind die kleinen Bauernhöfe nicht mehr rentabel mit einer allgemeinen Bewirtschaftung, können die kleinen Bauern ihre Schulden nicht mehr bezahlen oder kriegen die Kredite gesperrt, so treten große Konzerne an sie heran mit einem einmaligen Angebot: ihre Betriebe umzustrukturieren. In Eppingen ist dies z.B. ein großer Hamburger Futtermittelkonzern: Hakra. Dieser bietet dem Bauern Kredit mit der Bedingung, daß der Bauer seinen Betrieb ausschließlich auf Schweinemast ausrichtet. Die Ausrichtung auf Tierzucht ist profitträchtiger, erfordert nicht so viel Betriebsmittel und weniger Arbeitskräfte als in der allgemeinen Landwirtschaft. Die Bauern sind dann mit Stumpf und Stiel an den Konzern ausgeliefert. Sie müssen das Futter dort kaufen und alle Geräte, die sie brauchen. Sie sind verpflichtet, Werbung für diese Art von Betrieb zu machen, Planung und Leitung übernimmt der Konzern, so daß der Bauer vollkommen in den Klauen dieses Konzerns ist.



Mit vielen Demonstrationen haben die Bauern gegen die Ausplünderung und gegen die Ruinierung ihrer Existenz durch die großen Konzerne und den bürgerlichen Staat den Kampf aufgenommen.

Die Zuckerrübenbauern – um Eppingen herum werden fast ausschließlich Zuckerrüben angepflanzt – sind in landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammengeschlossen. Ursprünglich haben sich die Bauern in diesen Genossenschaften zusammengeschlossen, um gegen die Großgrundbesitzer konkurrenzfähig zu sein. Jetzt sitzen die Großbauern und Großgrundbesitzer selbst in den Genossenschaften. Die Genossenschaften betreiben einen ungeheuren Schindluder mit den kleinen Bauern: Da die Zuckerrübenbauern ja praktisch nur einmal im Jahr bares Geld bekommen, nämlich nach der Ernte, können die Bauern in diesen Genossenschaften das ganze Jahr über sämtliche Lebensmittel, Betriebsmittel, Futtermittel auf Kredit kaufen. Sie sind gezwungen, dort zu kaufen, weil sie sonst nirgendwo Kredit bekommen. Die Preise für die Lebensmittel in den Einkaufszentren der Genossenschaften sind nachweislich teurer als in den normalen Supermärkten. Nach der Ernte kommt dann die große Abrechnung und die Bauern stellen fest, daß sie jedes Jahr immer tiefer sich bei den Genossenschaften verschulden. Einmal im Jahr wird dann Gewinnausschüttung gemacht, die Bauern sind ja mit einem gewissen Beitrag an den Genossenschaften beteiligt. Vergangenes Jahr wurden – wie ein Bauer berichtet – ganze 194 DM Gewinn für ihn veranschlagt, davon bekam er 8 DM ausbezahlt, der Rest wird für gemeinsame Investitionen zurückbehalten. Investitionen z.B. für Verladerampen an den Eisenbahnschienen. Jetzt hat der bürgerliche Staat verfügt, daß die Eisenbahnlinien Eppingen – Karlsruhe, Eppingen – Sinsheim und Eppingen – Heilbronn stillgelegt werden sollen. Dies bedeutet für die Bauern, daß die von ihnen teuer bezahlten Verladerampen zu Schrott werden. Erst vor einem Jahr ist in Sulzfeld eine neue Verladerampe eingeweiht worden, die Eppinger wurde erweitert. Die Bauern sollen auf private Transportkapitalisten umstellen, was für die kleinen Bauern eine erhebliche Verteuerung der Transportkosten bedeutet und einen weiteren Schritt zum Ruin, während die großen Bauern sowieso eigene Lastwagen haben.

Zurück zu dem Kreditwesen in den Genossenschaften: Für die Betriebsmittel, die die Bauern einkaufen, gibt es Mengenrabatte, je mehr gekauft wird, desto billiger, desto konkurrenzfähiger ist auch ein Bauer. Daß ein Großbauer mehr Betriebsmittel braucht als ein kleiner, liegt auf der Hand. So zahlt sich der kleine Bauer an den Betriebsmitteln fast zu Tode und unterliegt dann doch der Konkurrenz der Großbauern. Zur Erntezeit kommt dann noch eine andere große Abrechnung. Jeder Zuckerrübenbauer muß der Genossenschaft melden, wieviel Waggons Zuckerrüben er zur Verladung bringen wird. Diejenigen, die die größten Betriebe haben, ernten natürlich am meisten. Verladen wird nach der Höchstzahl der angegebenen Waggons, diejenigen, die die meisten Waggons melden, werden auch zuerst verladen. Die Großbetriebe also können ihre Zuckerrüben am Anfang der Erntezeit zuerst verkaufen, wo noch ein Mangel an Zuckerrüben auf dem Markt herrscht und die Preise dadurch höher sind. So erzielen sie auch den größeren Gewinn. Ein bis zwei Tage Verzögerung der Verladung kostet manchen kleinen Bauern die Existenz.

Eine große Rolle in der Vernichtung der kleinen Landwirtschaft spielen die großen Lebensmittelkonzerne wie Südzucker, der größte Lebensmittelkonzern Süddeutschlands. So hat Südzucker jetzt in Eppingen einen großen Hof mit 170 ha aufgekauft, der in diesem Sommer überhaupt nicht bewirtschaftet wurde. Hier liegt fruchtbares Land brach. Das Bauernhaus und die anderen Hofgebäude sollen abgerissen werden. Dieser Betrieb wurde gekauft, um Konkurrenten auszuschalten und das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu drücken und um die Preise zu erhöhen. Bald wird auf diesem Land eine Fabrik entstehen oder eine Viehmaststätte. Die dadurch freigewordenen Arbeitskräfte werden in die Fabriken gepreßt.

All diese Beispiele zeigen System: Die kleine Landwirtschaft wird durch das Finanzkapital vernichtet. Die kapitalistische Produktionsweise führt zu Stagnation und Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Zwischen 1960 und 1974 hat sich die landwirtschaftliche Nutzungsfläche in der BRD um 41,6 % verringert, die Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen war 1972 4,2 % am gesamten Außenhandel, die Einfuhr betrug dagegen 19,2 %, war also viermal höher.

Die ruinierten Kleinbauern – billige Arbeitskraft fürs Kapital

Die aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte, die ihrer Produktionsmittel beraubten Kleinbauern, vernutzt das Kapital in den Fabriken. Betriebe, die sich auf dem Land ansiedeln, werden aus Steuermitteln subventioniert: In Crailsheim konnte man auf einem großen Transparent lesen: „20 % Zuwendungen für Industriebetriebe, wenden Sie sich an den Oberbürgermeister Zundel in Crailsheim". Übrigens ein Bruder des Heidelberger Bürgermeisters Zundel.

Um Eppingen hat sich z.B. ein Familienbetrieb – aus Steuermitteln subventioniert – angesiedelt, der Elektrogerätebau Oberdertingen, kurz E.G.O., der in 6 verschiedenen Betrieben 4000 Arbeitskräfte ausbeutet. E.G.O. produziert zu 80 % mit ungelernten Hilfsarbeitern, darunter vorwiegend Frauen. In den letzten 10 Jahren sind dort über 2000 neue Arbeitskräfte aufgesogen worden, mit einem Anteil an Frauen von über 70 %. Es wird in diesen Fabriken fast ausschließlich Akkord gearbeitet. Hergestellt werden Eierkocher, Herdplatten, E-Stäbe usw. Der Grundakkord für Frauen ist 6,19 DM, für männliche Jugendliche 6,49 DM, für Männer 6,79 DM. In den metallverarbeitenden Fabriken in Heidelberg bekommen ungelernte Hilfskräfte durchweg 2 DM mehr. Man kann verstehen, daß bei solchen hervorragenden Ausbeutungsbedingungen die E.G.O.-Kapitalisten in ihrem Jahresbericht 1975 zuversichtlich in das neue Jahr blicken.

Gegen die ungeheure Ausbeutung durch die E.G.O.-Kapitalisten ist der Widerstand noch schwach entwickelt. Zum größten Teil kommen die Arbeiter aus bäuerlichen Schichten und betreiben noch einen Hof nebenher. Ihre Hoffnung ist, daß sie irgendwann aus diesem Ausbeutungsverhältnis herauskommen.

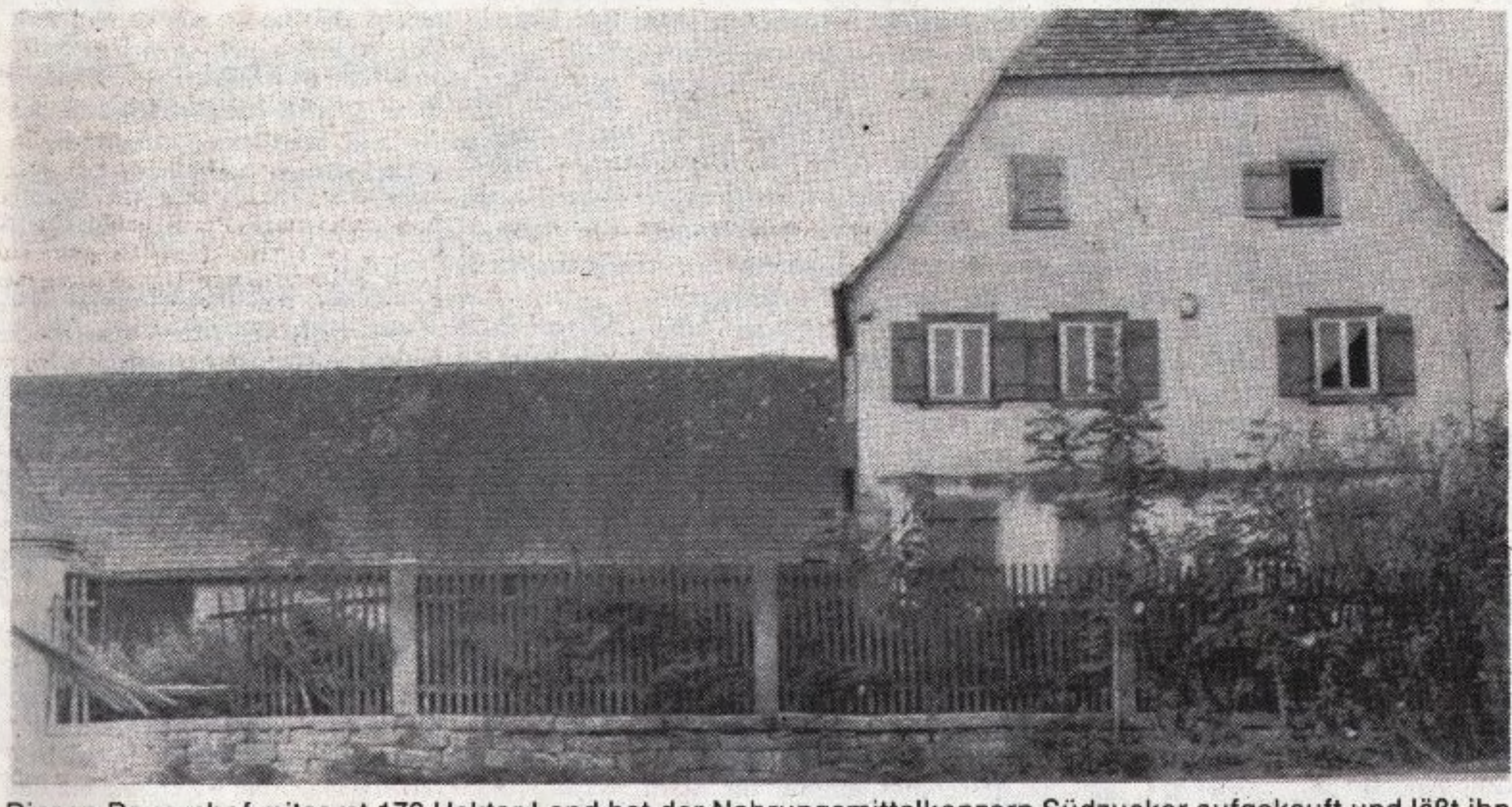
Die Lebensbedingungen der Arbeiter- und Kleinbauern auf dem Land sind noch schlechter als in der Stadt. Auf allen Gebieten ist dies nachzuweisen: In Eppingen gibt es ein Krankenhaus für Innere Medizin. Dies wird ärztlich versorgt von „Belegärzten". Die haben irgendwo auf dem Land eine Praxis und kommen nur stundenweise in die Klinik. An Wochenenden ist es schon vorgekommen, daß ein Krankenwagen weitergeschickt werden mußte, weil kein Arzt da war, oder weil die medizinische Einrichtung nicht einmal ausreicht, eine Bluttransfusion zu geben. Plötzlich auftretende komplizierte Krankheiten können auf dem Land gar nicht behandelt werden, lange Wege sind notwendig, um die Menschen in eine Fachklinik zu bringen. Stößt einem auf dem Land einmal ein schwerer Unfall zu, so kann man von Glück reden, wenn man diesen überlebt.

Ebenso ist die Ausbildungssituation der Kinder und Jugendlichen auf dem Lande verschlechtert. Die Schulen in den kleinen Dörfern wurden alle geschlossen und Schwerpunktschulen gebaut. In Eppingen steht auch eine dieser Schwerpunktschulen. 1000 Kinder und Jugendliche kommen täglich in die Stadt von weither. Durch den letztes Jahr verabschiedeten Fahrtkostenerlaß, wonach die Familien den größten Teil der Fahrtkosten selbst tragen müssen, haben sich die Kosten für die Ausbildung stark erhöht, so daß es vielen Familien verwehrt ist, ihre Kinder weiter als bis zum 15. oder 16. Lebensjahr auf die Schule zu schicken. Durch die geplante Stillegung der Eisenbahnlinien werden die Fahrtkosten teurer, und zweitens verdoppelt sich durch den Busverkehr die Anfahrtzeit zur Schule oder zum Arbeitsplatz. Fährt man z.B. mit dem Zug von Eppingen nach Karlsruhe, so braucht man eine Stunde, während die gleiche Strecke mit dem Bus bis zu zweieinhalb Stunden dauert.

Die Bauern, Arbeiter, Angestellten und Schüler in Eppingen haben im Kampf gegen die Stillegung der Eisenbahnlinien gezeigt, daß sie diese Verschlechterung ihrer Situation nicht hinnehmen werden. In einem ersten Schritt haben über 1500 gegen diese Stillegung demonstriert. Getragen haben die Aktion vor allem die kleinen Bauern, die mit der Vernichtung der Transportmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse noch mehr vom Ruin bedroht sind.

Wir verkaufen inzwischen in Eppingen jede Woche durchschnittlich 25 bis 30 KVZ. 20 Unterschriften wurden gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat in Heidelberg gesammelt. Die Diskussion um die Ideologie der Arbeiterklasse, den Marxismus-Leninismus wird heftig geführt.

Eine Perspektive können die Bauern nur an der Seite der Arbeiterklasse haben, die kämpft gegen jede Form der Ausbeutung und Ausplünderung, deren Grundlage der Privatbesitz an Produktionsmitteln ist. Solange die Kapitalistenklasse herrscht, alle gesellschaftlichen, produktiven Tätigkeiten von der Profitmaximierung der Kapitalisten bestimmt sind, haben auch die Bauern keine gesicherte Zukunft. Zukunft können sie nur haben an der Seite der Arbeiterklasse, die durch ihre Befreiung von der Lohnarbeit die ganze Menschheit befreit. Erst die soziale Revolution, die Enteignung der Kapitalistenklasse und die Überführung des Besitzes der Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz, wird die Bedingungen schaffen, daß die Landwirtschaft kollektiv organisiert wird und so die Vorteile der Großproduktion und der gemeinsamen Aufwendungen der Produktionsmittel in der Landwirtschaft zur Entfaltung der Produktivkräfte genutzt werden, zum Wohle des arbeitenden Volkes. – (h.d., Heidelberg/Red.)



Diesen Bauernhof mitsamt 170 Hektar Land hat der Nahrungsmittelkonzern Südzucker aufgekauft und läßt ihn verrotten, um durch Vernichtung von Anbaukapazitäten die Profite im Zuckergeschäft zu erhöhen. Den Kaufpreis für das Land hat er bei dem verschuldeten Bauern auf 1 DM pro Hektar gedrückt; sonst müssen für das Land etwa 3,50 DM pro Hektar gezahlt werden.

Genossin Tekere (ZANU):

Lieder des Volkes von Zimbabwe – Waffe im Befreiungskampf

„Lieder spielen in unserer Kultur eine sehr wichtige Rolle, weil wir wenig schriftliches Material haben. Erzählungen können gesungen leichter im Gedächtnis behalten werden als in einfach gesprochener Form. Der Gesang während der Arbeit ist auch eine große Stärkung, wo in Ländern, in denen jeder lesen und schreiben kann, man vielleicht zu einem Buch greift. Wir singen. Wir rufen dabei all das Gewünschte in Erinnerung und diskutieren dann über das Lied. Wir werden oft stärker mobilisiert durch die Art, wie jemand singt,als über die Art, wie jemand Reden hält. Anstatt daß jemand stundenlang redet, werden zum Beispiel bestimmte Erkenntnisse als Lied gefaßt und zusammen gesungen, so daß jeder aktiv an der Versammlung teilhat.

Zunächst kommen die Lieder spontan auf, dann werden sie zum Allgemeingut. Aber auch dann verändern sie sich noch weiter, je nach der Situation und dem Empfinden derjenigen, die sie singen.

Unsere Lieder sind an vielen Orten in Zimbabwe bekannt und werden gesungen. Einige verbreiten unsere Genossen, wenn sie direkt aus den Lagern in Mozambique kommen. Wenn die Lieder aus einem Teil des Landes jetzt in einem anderen gesungen werden durch die Erfahrungen der Massen mit unseren Kadern, so zeigt das eine Kontinuität und ist auch eine Art, das Volk von Zimbabwe zusammenzuschließen.

Wo es nicht möglich ist zu diskutieren, ist es für uns leichter, uns durch Lieder zu verständigen, zum Beispiel im Autobus. Ich kann nicht festgenommen werden, weil ich singe, obwohl auch das die Siedler manchmal tun. So singen die Massen die politischen Lieder im Autobus offen vor der Polizei oder während sie auf den Bus warten, an den Haltestellen der Townships, in den Fabriken oder in den Gruppen der Arbeiter beim Straßenbau. Das Lied über die heldenhafte Schlacht von Sinoia (am 28.4.1966 kam es bei der Stadt Sinoia zur ersten Schlacht von Befreiungskämpfern mit dem Siedlerregime, der Tag wird als Chimurenga-Tag vom Volk von Zimbabwe gefeiert), wurde von Genossen nach der Schlacht gemacht. Jetzt wird es im ganzen Land gesungen, und es sagt jedem, daß der andere mit im gemeinsamen Kampf steht.



Die Befreiungskämpfer bereiten sich auf einen Luftangriff des rhodesischen Siedlerregimes vor.

Für die Siedler sieht es so aus, daß da einfach ein paar Afrikaner singen – und plötzlich gibt es einen Aufstand. Zum Beispiel als wir gegen die britischen Pläne demonstrierten und die Massen von Highfield 6 Kilometer weit zur Stadt Salisbury marschierten. Plötzlich stellt die Polizei fest, daß die Massen sie gewaltsam angreifen, nach-
bury marschierten. Plötzlich stellt die Polizei fest,
daß die Massen sie gewaltsam angreifen, nach-
dem sie lange Zeit bloß gesungen hatten. Tatsächlich hat jemand singend zu den Massen gesprochen, und die Massen haben singend geantwortet, und so haben die Massen ihre politische Entschlossenheit gefestigt. Zum Beispiel singt jemand „Wie lange können wir das noch hinnehmen?", „Werden wir noch länger diese britische Einmischung in unsere Angelegenheiten dulden?", „Wir sollten uns erheben und schauen, wo wir Gewehre herbekommen" usf., bis plötzlich die Massen damit beginnen, Steine auf die Polizei zu werfen und ihre Autos anzugreifen. Das passiert oft. Als zum Beispiel Smith 1974 erklärte, daß er einem Plan zustimmt, im Siedlerparlament mit 75 Sitzen 22 Sitze an Afrikaner zu geben, waren die Massen damit nicht einverstanden. Der ANC organisierte eine Versammlung, wo die Massen ihre Haltung zeigen sollten. Die Führer des ANC waren in einem Raum versammelt, die Massen warteten im Freien. Sie durften sich nicht organisieren, und die Polizei sollte darauf achten, daß die Führer des ANC die Massen zu keinen Aktionen veranlassen. Wir waren den ganzen Tag da, jeder konnte nur mit dem Nachbarn sprechen, niemand Reden zur Versammlung halten. Und dann fingen die Massen an zu singen: darüber, was Smith die ganze Zeit gemacht hat und daß der jetzt vorgelegte Plan daran nichts ändern wird. Wir sangen, daß wir unsere Genossen haben, die sich außerhalb Zimbabwes auf den Krieg vorbereiten. Wir werden sie unterstützen! Morgen findest du mich vielleicht nicht mehr hier. Du weißt, wohin ich dann gegangen bin! Morgen wirst du michvielleichtnicht mehr in der Fabrik sehen, Bruder, du weißt dann, wohin ich gegangen bin! Morgen findest du mich vielleicht nicht mehr in der Schule, du weißt dann, wohin ich gegangen bin. Meine Frau, suche nicht nach mir, mein Mann, suche nicht nach mir, du weißt, wohin ich gegangen bin! Mutter, wenn du dein sechsjähriges Kind nicht findest, geh nicht zur Polizei, du weißt, wohin es gegangen ist. Und plötzlich fingen die Massen an: „Wieso warten bis morgen, wir können jetzt damit anfangen!" Sie erhoben sich und fingen an, mit Steinen auf die Polizei zu werfen, diese schoß dann in die Menge und tötete elf Demonstranten. Die Massen griffen dann die Busse der weißen Busgesellschaft in Highfield an. Sie steinigten die Polizeistationen und die Polizeifahrzeuge. Andere Personen wurden nicht bedroht.

Oft wundern sich die Siedler, wie wir einen ganzen Tag lang an einem Ort sitzen können und nichts tun als singen. Sie begreifen die politische Macht dieser Lieder nicht.

Wenn wir zum Beispiel einen landesweiten Streik organisieren wollen, können wir keine Flugblätter drucken oder herumgehen und die Sache diskutieren, weil die Polizei überall ist. Aber du kannst singen. Auf einem Fahrrad singen, die Straße entlangfahren und dabei sagen, was wir morgen tun werden, und das gleiche in den Bierkneipen. Die Siedler denken, du bist besoffen, und du singst vor dich hin, was morgen passieren wird: „Genossen, morgen werden wir in dieser Aktion zusammensein. Niemand soll
passieren wird: „Genossen, morgen werden wir
in dieser Aktion zusammensein. Niemand soll
morgen zur Arbeit gehen. Laß die weißen Siedler morgen um sechs Uhr ihren Tee selber machen. Laßt die Maschinen in der Fabrik eine Weile still sein. Unsere Maschinen werden weitersingen, aber sie werden in Highfield sein, wir werden in Highfield sein. Wenn du keine Milch für deine Kinder hast, besorge dir heute zwei Flaschen."

Das gleiche passiert auf den Fußballplätzen. Die Massen nutzen die Fußballmannschaften für die politische Mobilisierung. Sie geben den Teams revolutionäre Namen, zum Beispiel den Namen eines sehr guten Gewehrs. Sie nutzen das Spiel, um aggressiv aufzutreten und zu singen. Wenn zum Beispiel Weiße in einer Mannschaft sind, geben sie den Spielern Namen von Siedlern. Sie nennen zum Beispiel den einen Smith und rufen: „Haut ihn, laßt ihn nicht raus!" Jeder geht dann hoch. Besonders da, wo eine gemischte Mannschaft antritt, die als bourgeois angesehen wird, geben ihr die Massen die Bezeichnung von Regierungsdepartements, Gesetzen usw. und rufen: „Haut sie zusammen." Sie sagen, was sie mit dem Ministerium gern tun wollen.

Stimmen der Revolution

Hört zu!
Hört die fernen leisen Stimmen
Schluchzen im Busch
Durch den leisen Wind.

Die gestorben sind,
Haben uns nie verlassen.
Sie hören uns zu
Und sehen uns kämpfen.

Sie sind nicht unter der Erde,
Sie sind in den Hütten,
Unter den Massen.
Sie sind mit uns.

Hört ihre Stimme überall verbreitet
Durch die Gewehre der ZANU.
Hört aufmerksamer hin, ja,
Hört, sie rufen uns,
Zum Kampf für die Befreiung Zimbabwes,
Sie sagen: Folgt uns, folgt unsern
Fußstapfen zum Sieg!

Dieses Lied „Stimmen der Revolution" wird für die Mobilisierung der Massen daheim benutzt. Es stammt aus der „mittleren Phase" unseres Befreiungskrieges, den Jahren 1972 bis 1974, also eher aus der Vorbereitungszeit und aus einer anderen Situation als der, in der wir uns jetzt befinden. Wir hatten kein großes Netz zur Nachrichtenübermittlung über unsere Siege. Das Siedlerregime verbreitete in Presse und Radio, daß es unsere Kader umbringt, der Krieg bloße Schlächterei für uns bedeutet, daß nie Siedler getötet würden. Auf diese Weise versuchten sie unter den Massen Angst vor dem Befreiungskrieg zu schaffen. Unsere Genossen, die sich mit den Massen in kleinen Gruppen treffen, tragen das Lied vor und versuchen sie dafür zu gewinnen, das Land zu verlassen und sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen.

Gegen die Einschüchterung des Siedlerregimes war es sehr wichtig, daß wir den Massen zeigten, daß der Befreiungskrieg ein langandauernder Kampf ist und der Tod im Krieg, von dem die Siedler redeten, nicht das Ende bedeutete. Im Lied werden unsere Massen daran erinnert, daß nach unserer Kultur jemand, der stirbt, nicht für immer gegangen ist. Wenn jemand viel Gutes getan hat wie Chitepo, glauben wir, daß er weitermacht, daß er nach dem Tod sogar weiser ist. Er vereint sich mit denjenigen, die vor ihm gegangen sind, und hat jetzt einen besseren Überblick über die Geschichte als wir es haben, die wir nur unsere eigene Lebensspanne überblicken. Genosse Chitepo kann sehen, was das Regime machen will, wenn ihr sorgfältig auf ihn hört, werdet ihr verstehen, was er sieht und welchen Weg wir einschlagen sollen, welchen nicht. Das Lied sagt auch, „wenn ihr schon auf mich nicht hört, so hört auf die Genossen, die zu den vorher gestorbenen gegangen sind. Wenn ihr auf sie hört, werdet ihr keinen Widerspruch zu dem sehen, was ich sage. Ich wiederhole nur einiges von dem, was sie uns gelehrt haben, als ich mit ihnen im Kampf war".

Deshalb hört ihr in vielen Liedern: „Hört was Chitepo sagt", oder „Chitepo ist auch jetzt mit uns", „Sie sind mit uns im Befreiungskrieg", „Sie sind nicht fortgegangen", ihr braucht nicht ängstlich sein, mit uns zu kommen, um zu kämpfen und zu sterben.

Diese „mittlere Periode" des Befreiungskampfes war eine Zeit, wo viele unserer Genossen Monate unter den Massen zubrachten, ohne zu kämpfen, um sich mit den Massen zu verbinden und ihnen zu erklären, worum es beim Befreiungskrieg geht. Die ersten, die nach Zimbabwe zurückgekehrt waren, waren ZAPU-Mitglieder, sie gaben den Massen einfach Gewehre. Niemand wollte sie aber einsetzen, weil nicht klar war, warum und für welchen Zweck jemand sein Leben riskieren sollte. Die ZANU war dann in der Lage, diese Fragen zu beantworten, den Massen zu zeigen, daß sie sich dem Kampf anschließen müssen, ganz egal, welche Lügen das Regime darüber verbreitet, ob es behauptet, es würde die Befreiungskämpfer umbringen. Nein, wir werden davon nicht aufgehalten. Der Kampf geht weiter und kann nicht gestoppt werden, wenn die Befreiungskämpfer die Unterstützung der Massen haben und nicht isoliert werden können.

Heute singen die Massen nicht mehr in dieser Weise. Sie sind jetzt voller Begeisterung für den Kampf. Jetzt ist bestimmend, daß jeder den Volksbefreiungskrieg akzeptiert und unterstützt. Viele der Lieder heute stellen die Errungenschaften der ZANU und Siege heraus, was erreicht wurde und was wir in der Zukunft aufbauen wollen. Hier zum Beispiel das Lied:

Magariva Tine Mukwumbiva

Die Befreiungskämpfer genießen zu Recht große Hochachtung,
Weil sie die Siedler und Imperialisten niederkämpfen,
Krieg!

All ihr Leute, gebt nicht auf, verliert nicht den Mut,
Wir werden unser Vaterland ganz sicher zurückholen,
Wir haben hohes Ansehen, die ganze Welt weiß von uns,
Krieg!

Chitepo, sei unbesorgt,
Wir werden unser Vaterland ganz sicher zurückholen,
Krieg!
Krieg!

Wir haben hohes Ansehen, die ganze Welt weiß von uns,
Die Befreiungskämpfer genießen zu Recht große Hochachtung,
Weil sie die Siedler und Imperialisten niederkämpfen,
Krieg!

All ihr Leute, gebt nicht auf, verliert nicht den Mut,
Wir werden unser Vaterland ganz sicher zurückholen.

Der Originaltext ist Shona. Die deutsche Übersetzung wurde von einer englischen Übersetzung des Originaltextes angefertigt.
textes angefertigt.



Befreiungskämpfer der ZANU

Es wird im ganzen Land gesungen, die Massen kennen den Befreiungskrieg, die Massen sind vollständig für Chimurenga. Als unsere Genossen Umtali angriffen, gingen die Massen in die Straßen, um zu feiern, alle lachten und sangen in den Autobussen, zum Beispiel darüber, wie die Siedler aus Angst in die Toiletten mit der Aufschrift „für Schwarze" flüchteten, wo sie sonst niemals hingehen würden – weil sie hofften, daß unsere Genossen sie dort nicht angreifen.

Ihr wißt von dem Massaker des Siedlerregimes in einem Flüchtlingslager in Mozambique. Über die Reaktion der Massen in Zimbabwe wurde uns folgendes berichtet: Sie saßen nicht einfach herum und waren traurig über den Schlag, den die Siedler uns gegeben hatten. Sie sagten: Wartet, die Genossen lassen die Siedler damit nicht durchkommen, sie werden etwas tun. Und schon drei Tage später war überall in den Autobusen, in den Eisenbahnen und auf den Straßen zu hören: „Wir hörten die Bazookas den ganzen Weg bis Salisbury, als die Geschütze der Befreiungskämpfer die Stadt Umtali unter Beschuß nahmen." Die Massen waren nicht eingeschüchtert, was das Siedlerregime wollte, sie waren über den Angriff begeistert. Die Siedler hatten niemals erwartet, daß die Befreiungskämpfer die Stadt auf solche Weise treffen könnten. Dieses Massaker verfolgte die Absicht, die Massen einzuschüchtern und zu zeigen, daß das Regime mehr Macht hat als die Befreiungsarmee. Aber als diese zurückschlug, liefen die Siedler in den Straßen Umtalis herum, die Siedlerkinder und ihre Mütter und Väter, sie liefen nicht in ihre exklusiven weißen Hotels oder Polizeistationen, weil sie dachten, daß diese auch Ziele der Angriffe der Befreiungsarmee sind. Stattdessen rannten sie in die Toiletten der Schwarzen, wohin sie sonst niemals gehen würden. Sie hofften, daß die Genossen auf ihre schwarzen Brüder in den Toiletten nicht schießen würden.

Das war wirklich eines der Ereignisse, die den Massen große Zuversicht gegeben haben. Als in Salisbury vor einigen Monaten in einem Nachtclub der Siedler eine Bombe hochging, fürchtete sich jeder Siedler vor jedem Schwarzen, am nächsten Tag sogar vor den Arbeitern, die kamen. Die Massen sangen darüber, benutzten Symbole bei der Arbeit, um sich zu zeigen, wie die Siedler-Bosse verängstigt sind und jetzt jeder Angst hat, daß der Arbeiter, der seinen Wagen reinigt, ihn mit einer Bombe in die Luft jagen könnte. Das ist ausgezeichnet. Beim Teeservieren laden sie jetzt zum Beispiel die Schwarzen ein zum Tee, weil sie Angst haben, sie könnten vergiftet werden. Sie schicken alle ihre Kinder in die Stadt und bitten auf den Farmen die schwarzen Diener, in den Besuchszimmern zu übernachten, wo früher nie ein Schwarzer reingelassen wurde. Sie wollen einen Schutzwall aus Schwarzen um sich legen und hoffen, daß die Befreiungskämpfer dann nicht angreifen.